

Nr. 13

26.03 - 1.04 1990

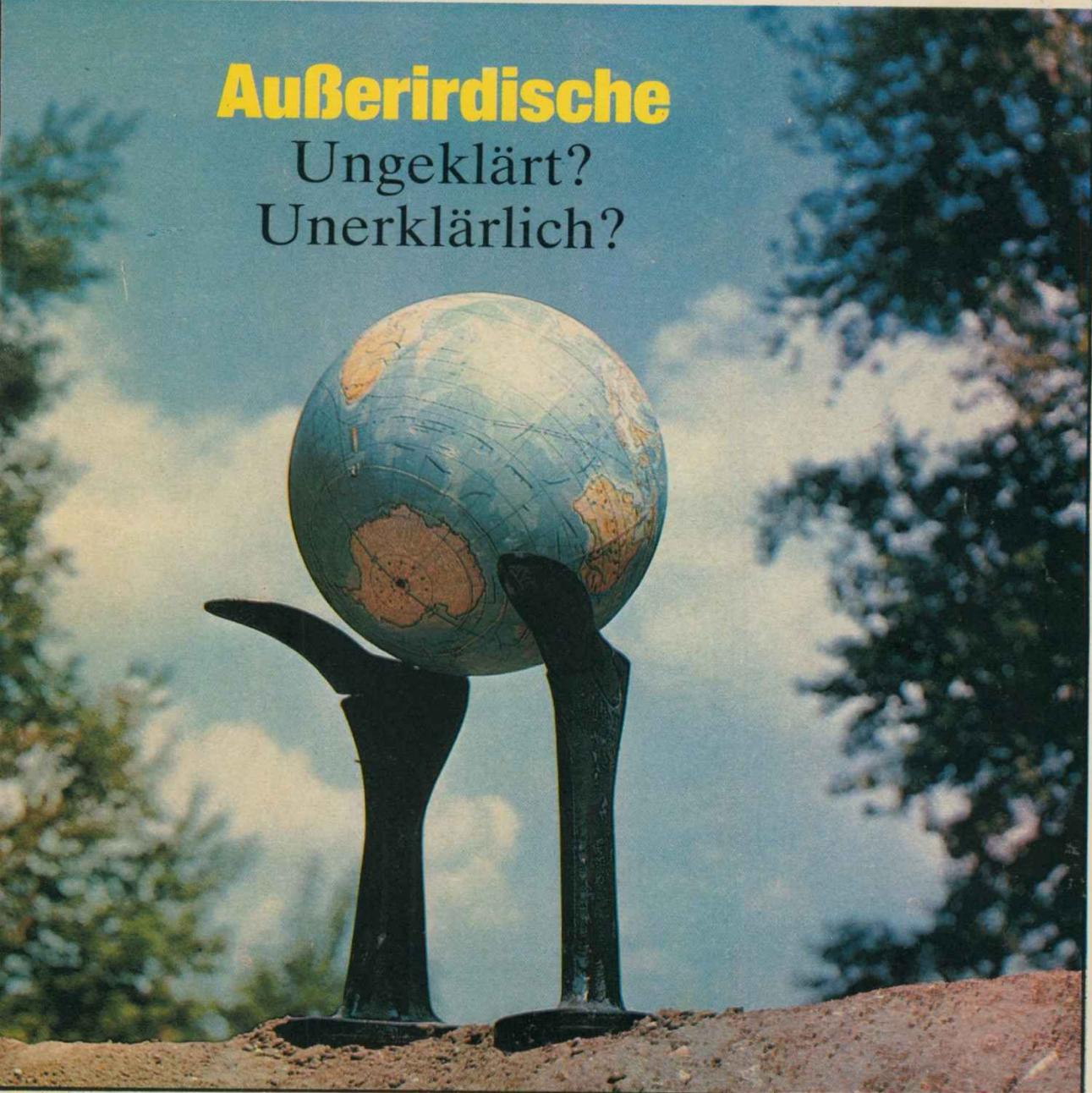
BRD 2,- DM
Österreich 10,- ÖS
Schweiz 1, 80 sfr
Berlin (West) 2,- DM

MOSKAUER HEFTE
FÜR POLITIK

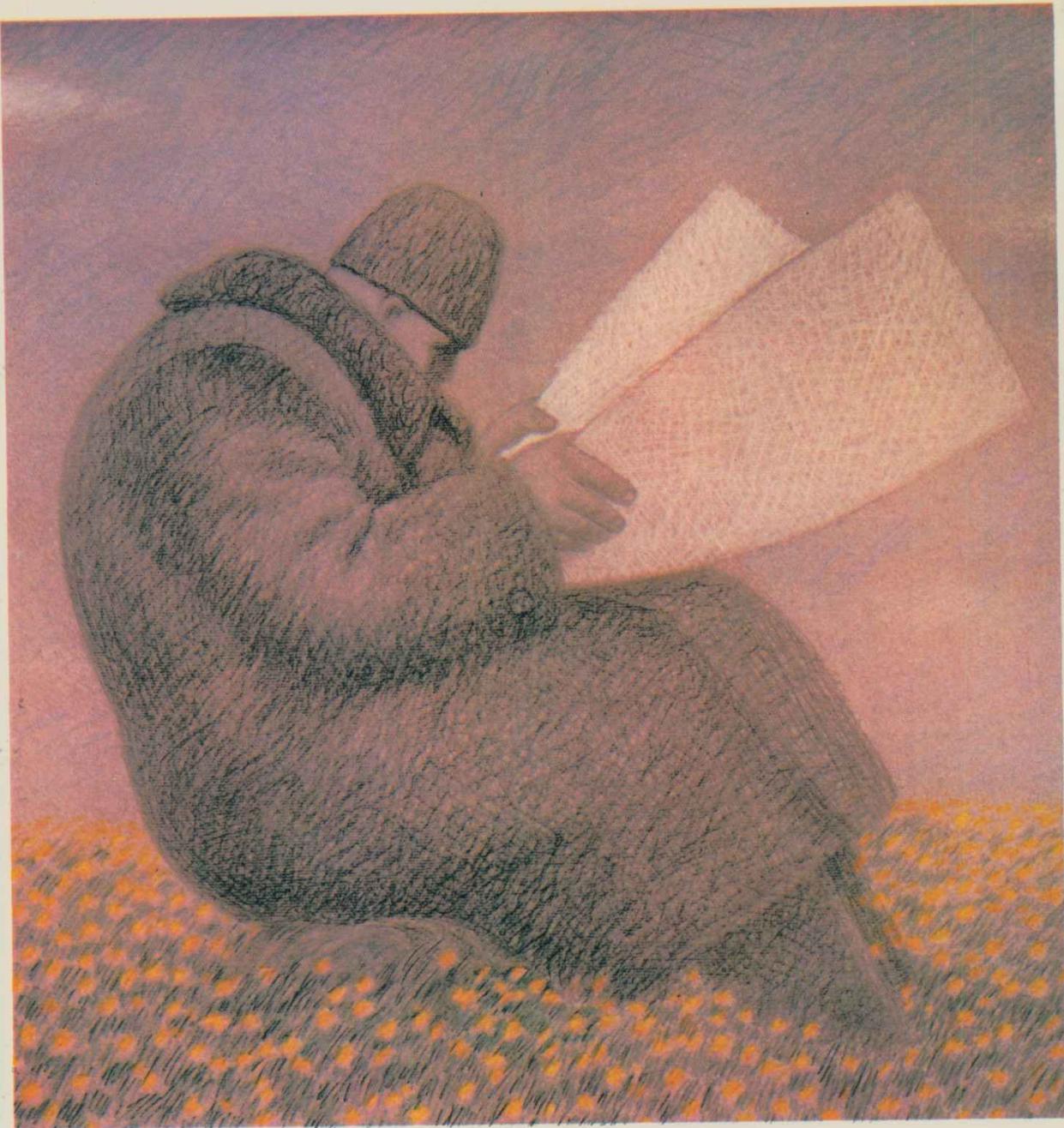
NEUE ZEIT

Krieg
gegen die
Drogenmafia:
Wer - wen?

Außerirdische
Ungeklärt?
Unerklärlich?



BRD: LANDWIRTE



Zeichnung: Garif Bassyrow (Fragment)

NEUE ZEIT

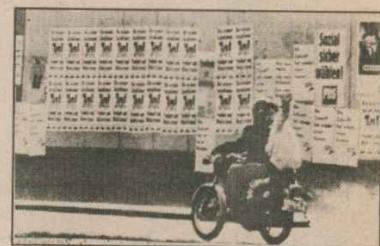
Nr. 13
Gründungsjahr
der deutschen Ausgabe
1945



Lebenslauf eines
Dissidenten
S.8

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

<u>UdSSR L. Michailow ERWARTUNGEN</u>	5
<u>LITAUEN L. Mletschin NIEMAND BRAUCHT NEUE FEINDE</u>	7
<u>MENSCHENRECHTE L. Jelin SERGEJ KOWALJOWS „WEISSBUCH“</u>	8
<u>FRAUEN-LOGIK T. Iwanowa AUF EIN WORT, GENOSSE DEPUTIERTER!</u>	12
<u>DDR M. Podwigin BERLINER KREUZWORTRÄTSEL</u>	13
<u>NZ-STANDPUNKT L. Besymenski UM EINE ILLUSION ÄRMER</u>	15
<u>MONGOLEI A. Didussenko PATTITUATION</u>	16
<u>NAHER OSTEN L. Medwedko PILGERFAHRT INS HEILIGE LAND</u>	18
<u>NZ-DISKUSSIONSCLUB I. Malaschenko GROSSES SPIEL</u>	21
<u>UdSSR – USA A. Lebedew DIALOG: EIN HEIKLES THEMA</u>	24
<u>AUSTRALIEN V. Ignatenko ALLES ANDERSRUM</u>	26
<u>KOLUMBIEN V. Sobolew ELDORADO OHNE GLANZ</u>	30
<u>IDEEN UND ERFAHRUNGEN</u>	
<u>N. Sholkwer EIN GANZ GEWÖHNLICHER HOF</u>	33
<u>KULTUR UND POLITIK</u>	
<u>A. Kun WIE ÜBERWINDET MAN DIE PROVINCIALITÄT ?</u>	36
<u>JUNGE WELT S. Solowejtschik VORSICHT FALLE!</u>	39
<u>HANDSCHRIFTEN BRENnen NICHT</u>	
<u>A. Gramsci PARTEIEN, STAAT, GESELLSCHAFT</u>	40
<u>WISSENSCHAFT W. Strelnizki AUSSERWORLDISCHE: WO SEID IHR?</u>	46



DDR. Die Wahlen haben stattgefunden.
Was weiter?
S.13

Titelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch • Druck: „Moskowskaja Prawda“

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.
Chefredakteur),
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCHIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.
Chefredakteur),
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:
Igor SCHEJIN

Verantw. Redakteur
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:

Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad
Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Michail PODWIGIN;
Bonn
Nikita SHOLKWER;
Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi
Sergej IRODOW;
Havanna
Vitali SOBOLEW;
Lusaka
Nikolai RESCHETNJAK;
Managua
Juri KUDIMOW;
New York
Jewgeni ANDRIANOW;
Prag
Kim KOSTENKO;
Rom
Pawel NEGOIZA;
Stockholm
Alexander POLJUCHOW;
Tokio
Wladimir
OWSJANNIKOW;
Warschau
Rudolf BORECKI

Auslandsredaktionen:
Warschau, „Nowe Czasy“
Jan LYSEK;
Prag, „Nova doba“
Vladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

„Die letzte Parade“
(NZ 10/90)

■ Mich hat dieser Brief sehr verwundert, zumal er von einem Militär geschrieben wurde.

Warum will man da völlig verschiedene Begriffe, Paraden und Paradenhaftigkeit, in einen Topf werfen? Das ist doch nicht dasselbe. Die Parade am 9. Mai ist doch nicht nur eine Demonstration unserer militärischen Stärke. Damit gedenken wir der Gefallenen, die für uns den Sieg erfochten haben. Das war nicht nur 1945 ein Feiertag, sondern er bleibt es bis heute. Natürlich, da hat der Autor recht, wurde dieser Sieg für einen schrecklichen Preis errungen. Desto größer ist die Heldenat des Volkes, das ungeachtet des Stalinschen Terrors und grober strategischer Fehler seine Heimat rettete.

Veteranen sollte man helfen. Wir müssen auch einen Gedenktag haben. Und dennoch ist der 9. Mai ein Feiertag, vielleicht sogar der freudigste. Deshalb will ich nicht, daß die „letzte Parade“ anbricht...

Valentin Serow
Major a. D., Moskau

„Der Weg zum Gotteshaus“
(NZ 7/90)

■ Sie schreiben viel über die Lage der Gläubigen und der Kirche in der Sowjetunion. In unserem Land wurde inzwischen die erste kirchliche Kinderzeitschrift herausgegeben. Einen entsprechenden Beschluß faßte die evangelische Kirche der DDR. Die neue Zeitschrift berichtet über das kirchliche Leben, über die Geschichte der Religion, die Kunst, die Bibel u. a. Bei uns gibt es viele Kinder, die sehr wenig von der Kirche wissen, ebenso wie in Ihrem Land.

Stefan Bauer
Halle, DDR

„Ende des Sozialismus“
(NZ 8/90)

■ Im Januar wurde in der Tschechoslowakei eine soziologische Untersuchung vorgenommen. Sie hat gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der Befragten mit den politischen Prozessen, die in letzter Zeit in unserem Land eingesetzt haben, zufrieden sind. Die Menschen glauben, daß die

revolutionären Umgestaltungen nicht nur die Ablösung der regierenden Oberschicht, sondern auch grundlegende Veränderungen im politischen System bewirken werden. Vier Fünftel der Bevölkerung sind bereit, sich an Streiks zu beteiligen, wenn Gefahr der Wiedererrichtung des totalitären Regimes auftreten sollte.

Sollten die Parlamentswahlen schon jetzt abgehalten werden, wären das „Bürgerforum“ und „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ die Sieger. Für ihre Kandidaten würden gegenwärtig 29 Prozent stimmen. Die „Grünen“ bekämen laut Umfrage 10 Prozent und lägen damit noch vor der Kommunistischen Partei, für die sich etwa über 8 Prozent der Wähler entschließen würden. In der Slowakei wächst der Einfluß der Christlich-Demokratischen Partei. Die Kommunistische Partei steht hier, gemessen an ihrer Popularität, an letzter Stelle. Sie hat ihre einstige Kraft verloren und ist gegenwärtig in einer äußerst

Politik und Moral

■ Politik und Moral sind zwei Pole des öffentlichen Lebens. Wer bezweifelt das? Wir sind so oft schon mit politischer Unmoral konfrontiert worden, daß wir, auch ohne Machiavelli gelesen zu haben, behaupten können: Politik ist ein schmutziges Geschäft, wo alle Mittel recht sind, nur um zu siegen.

Wir haben alle Krankheiten des russischen Sozialismus durchgemacht und dabei längst schon unsere Immunität gegenüber fremden Krankheiten eingebüßt. In einigen Dingen haben wir sogar den Westen übertroffen. Um einen Deputiertenstuhl zu ergattern, werden Gegenkandidaten erniedrigt. Vertrauensleuten von Kandidaten wird der Zutritt zu Wahllokalen verwehrt usw.

Eine Methode des Wahlkampfes wurde die Verbreitung von Listen: wer gehört dem Block „Demokratisches Rußland“ an, wer den „Gesellschaftlich-patriotischen Organisationen Rußlands“. Diesen Listen kann man jedoch nicht immer glauben, denn es gab auch Fälschungen. Unter die Kandidaten des demokratischen Blocks hat man auch einige Kreaturen aus dem Apparat geschmuggelt. Unter fremden Lösungen kämpfen sie um fremde Stimmen... Auch unter den Demokraten gab es Kulissenkämpfe. Aus der Organisation „Demokratisches Rußland“ wurde beispielsweise ein Wirtschaftsexperte ausge-

schlossen, der uns schon viele Jahre lang erklärt, daß Demokratie ohne Marktwirtschaft nichts mehr als eine Utopie ist.

Die Kandidaten wanderten nicht einfach so von einer Liste zur anderen. Sie änderten sogar ihre Ansichten von einer Kundgebung zur anderen. Bei der Jagd nach Stimmen hatten sie keinen Gedanken für die Moral übrig.

Wir hoffen darauf, in der Politik die Rettung zu finden, wie ein Kind, das in einem ausländischen Spielzeug nach einer neuen Freude sucht. Politik ist aber kein Selbstzweck. Sie ist stets ein Mittel zur Abstimmung verschiedener Interessen. Außerhalb der Moral bringt sie nichts.

Es ist tragisch und traurig, daß Politik und Moral bei einigen verschiedene Pole sind. Und solange sie nicht in jedem von uns ein Ganzes bilden, solange die Politik nicht moralisch wird und die Politiker, die nach Macht streben (und danach streben sie alle, sonst würden sie sich mit anderen Dingen beschäftigen), für sich ethische Tabus errichten, sind wir alle in Gefahr. Wir werden im Dunkeln von einem totalitären zu einem autoritären System stolpern, von einem autoritären...

Jewgeni Koshokin

Kandidat zum Volksdeputierten der RSFSR
im 21. territorialen Wahlkreis von Moskau

Wird es sowjetische Truppen in Polen geben?

Alle verurteilen, die mit Stalin zusammen-gearbeitet haben Machiavelli und die Wahlen

schwierigen Lage. Bereits 800 000 Mitglieder sind aus der KPTsch ausgetreten. Allem Anschein nach wird dieser Prozeß anhalten. Die meisten Befragten wollen in keine Partei eintreten.

Irgus Nemesek
Prag, Tschechoslowakei

„Links – wie geht es weiter?“ (NZ 7/90)

■ Im Unterschied zu den Regierungen Ungarns und der Tschechoslowakei, die die Frage nach dem sofortigen Abzug der sowjetischen Truppen auf die Tagesordnung gesetzt haben, beeilt sich die Führung meines Landes nicht, sie zu verabschieden. Der offensichtliche Grund ist wohl die bevorstehende Vereinigung Deutschlands. Hierbei tritt unsere Regierung allerdings für eine grundlegende Revision der Vereinbarung über die Bedingungen der Stationierung sowjetischer Truppen in Polen ein. Die Benutzung von Flugplätzen in der Nähe von Wohngebieten durch schwere sowje-

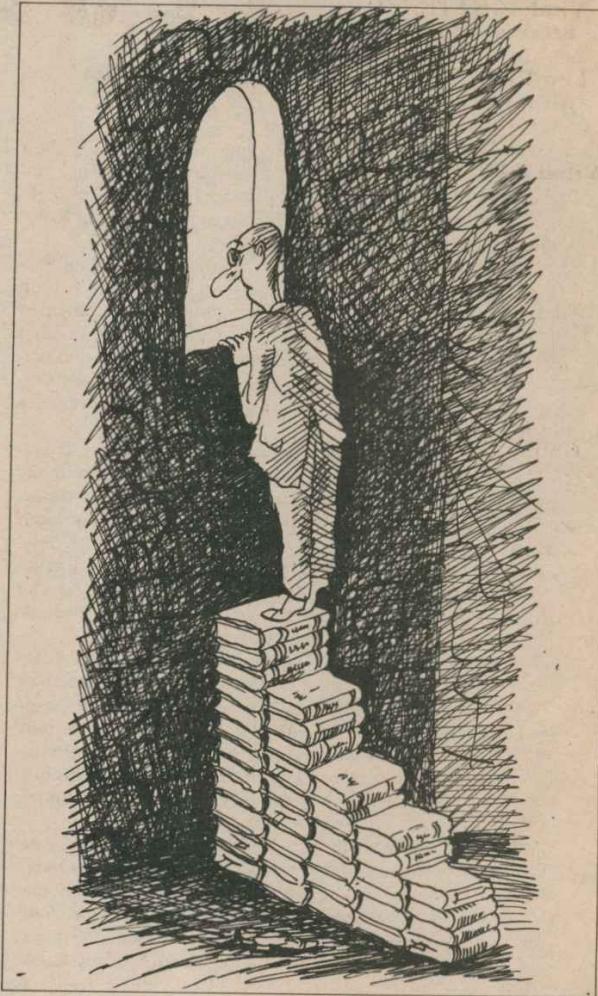
tische Militärflugzeuge schafft zusätzliche Schwierigkeiten für die Anwohner. Es gab Fälle, wo die Führung sowjetischer Truppenteile die Waldordnung und die Jagdethik verletzte: Soldaten jagten mit automatischen Waffen. Die leeren Wohnungen, die sowjetische Garnisonen an die örtlichen Räte übergeben, sind meist in einem äußerst verwahrlosten oder gar katastrophalen Zustand. In großen Garnisonen kommt es sogar zu Raubüberfällen. Die Folge davon sind unzufriedene Polen, Konflikte, Überfälle auf sowjetische Soldaten und andere Sowjetbürger. Bei einem Übungsmarsch wurde eine sowjetische Truppenkolonne mit Steinen und Flaschen beworfen...

Zbigniew Pilecki
Krakow, Polen

„Beschützer ist das Schlüsselwort“ (NZ 35/89)

■ Nach dem Sieg, den das nikaraguaneische Volk am 19. Juli 1979 errungen hatte, wurden wir sofort von einer Welle sowjetischer Presseerzeugnisse überflutet. Die Propaganda drang sogar bis in die Schulbücher vor. All diese Beiträge waren jedoch in der hölzernen Sprache auf dem Niveau von Proklamationen geschrieben, was mich enttäuscht hat. Einige Jahre später, bei Ihnen hatte die Perestroika begonnen, sah es in unseren Buchläden schon anders aus. Einmal entschloß ich mich, in Ihrer Zeitschrift zu blättern. Welch angenehme Überraschung! Auf allen Seiten war das neue Leben zu spüren. Mit den eiskalten und keinen Widerspruch dulden Klichées war es vorbei. Endlich

S O G E S E H E N



Zeichnung: Wladimir Nenaschew

kann ich über den Sozialismus reden, ohne daß mir dabei Split-

ter aus rotem Glas die Zunge ritzen!

Der Artikel von Simon Sоловейtschik ist von Menschlichkeit durchdrungen. Er ist ein leidenschaftlicher Aufruf zur Moral, die der russischen Literatur eigen ist.

Ich denke ständig über die Beiträge unter der Rubrik „Junge Welt“ nach. Jede Methodik ist zum Scheitern verurteilt, wenn es keine Moral gibt. Die Pädagogik kann in diesem Fall nichts entscheiden. Vielleicht erfreut Sie meine Stimme, die von jenen Bergen zu ihnen herüberklingt, die Sandino bei seinem Kampf für den Frieden und das Leben halfen.

Flavio Cesar Tijerinho
Boaco, Nikaragua

Zusammengestellt von
M. Tschewronzewa

Nach „Stalins Szenarium“ (NZ 31/89)

■ In meinem Inneren dreht sich alles, wenn ich den zahllosen Verbrechen lese, die von Stalin und jener Partei begangen wurden, der ich und alle Kommunisten der Welt unendlich vertraut habe. Jetzt stellt sich heraus, daß vieles von dem, was wir, Kommunisten, immer als bürgerliche Lügenpropaganda abgelehnt haben, in Wirklichkeit wahr ist. Viele Kommunisten fühlen sich nun, nachdem sie erfahren haben, was zu ihrer Zeit passierte, demoralisiert.

Ich frage mich: Wie konnte es geschehen, daß der UdSSR, wo es eine marxistisch-leninistische Partei gab, ein Mann machen konnte, was wollte, ohne daß ihm jemand Einhalt gebot? Ist es denn damals kein Politbüro, kein Zentralkomitee gegeben? Ich denke, man müßte alle

führer jener Periode für all das verurteilen, was allein Stalin angelastet wird, denn sie haben ja mit ihm zusammengearbeitet.

Ich verurteile alles, was Stalin getan hat, und bin mit den Genossen in der UdSSR einer Meinung, die sich darum bemühen, damit sich das nicht wiederholen kann. Und in dieser Hinsicht begrüße ich alle Veränderungen, die sich gegenwärtig in der Sowjetunion abspielen.

Hier bei uns, in den kapitalistischen Ländern, heißt es, der Sozialismus wäre zusammengebrochen, in der UdSSR würde der Kapitalismus errichtet. Leider glauben das viele Menschen. Sie sehen, wie dank den Reformen auf dem Gebiet von Gemeinschaftsunternehmen ausländisches Kapital in Ihr Land fließt. Und das beunruhigt die Menschen natürlich.

Manuel Gimenez Tienda
Sueca, Spanien

DIE PERSÖNLICHE
MEINUNGBONNY
L. HAUFIKUInterims-
geschäftsträger
der SWAPO und
Namibias
in der UdSSR

Die Verkündung der Unabhängigkeit von Namibia bedeutet, daß das Land seinen legitimen Herren zurückgegeben wird. Wir schließen die Geschichte der Kolonialzeit für immer ab.

Über Windhoek weht eine Fahne in fünf Farben: rot, weiß, blau, grün und gelb. Die Farben symbolisieren das Heldenamt des namibischen Volkes in seinem Kampf für Freiheit, Frieden und Einheit, das saubere Weltmeer und den sauberen Himmel, die reichen Naturressourcen unseres Landes, das Leben und die Energie des Volkes.

Die Verfassung des neuen unabhängigen Staates schließt eine Bill of Rights ein, sieht die Gleichheit aller Bürger unabhängig von Rasse, Geschlecht, Konfession und sozialer Herkunft vor und schreibt ein politisches Mehrparteiensystem fest. Sie stattet den Präsidenten mit Exekutivgewalt aus; er wird in allgemeiner direkter Abstimmung für 5 Jahre (höchstens zweimal nacheinander) gewählt.

In diesen für Namibia glücklichen Tagen danken wir aufrichtig unseren zahlreichen Freunden in allen Ländern, die uns in den schweren Jahren der Prüfungen unterstützten. Besonders verbunden sind wir der Sowjetunion, die uns vom ersten bis zum letzten Tag unseres Kampfes für Freiheit und Unabhängigkeit Namibias uneigennützig half.

Wir danken ferner unseren Brüdern in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU). Auch die kubanischen Freunde spielten eine wichtige Rolle bei der Erlangung unserer Unabhängigkeit, wir werden nie vergessen, daß unsere Brüder aus Kuba Blut für unsere Freiheit vergossen haben.

ANATOLI
ADAMISCHIN
stellvertretender
Außenminister
der UdSSR

In Bonn fand im Rahmen der „zwei-plus-vier“-Konferenz (die beiden deutschen Staaten und die vier Großmächte) ein Expertentreffen statt, das Fragen der Vereinigung von BRD und DDR erörtern soll. Gemäß einer Vereinbarung sind die Verhandlungen vertraulich. Die sowjetische Delegation hatte zwar auf Offenheit bestanden, aber die westlichen Partner unterstützten uns nicht.

Das Treffen galt vor allem organisatorischen Fragen. So wurde vereinbart, daß das nächste Expertentreffen in Berlin stattfinden soll, nachdem in der Hauptstadt der DDR eine neue Regierung gebildet wird. Als wahrscheinlicher Termin wurde die erste Aprilhälfte genannt. Nach dem Berliner Treffen werden die Minister konferieren, d. h. wird der in Ottawa abgestimmte Mechanismus voll in Aktion treten.

In Bonn wurden ferner Fragen besprochen, die auf die Tagesordnung künftiger Sitzungen kommen könnten. Obwohl die Verhandlungen vertraulich sind, weiß jeder, was zu den äußeren Aspekten einer deutschen Einheit gehört. Das sind die Grenzen in Europa und ihre endgültige

völkerrechtliche Verankerung. Das sind militärpolitische Probleme, einschließlich des Status des künftigen Deutschland. Das sind Fragen im Zusammenhang mit bestimmten Entmilitarisierungsmaßnahmen, z. B. das Übernehmen der Verpflichtung, keine Nuklear- und sonstige Massenvernichtungswaffen zu besitzen. Das sind Fragen der Rechte und der Verantwortung der vier Großmächte und die Westberlin-Frage. Wie wir die Sache sehen, muß man auf ein Dokument hinarbeiten, das einen Schlußstrich unter die Ergebnisse des zweiten Weltkriegs ziehen wird. Ideal in dieser Hinsicht wäre vom sowjetischen Standpunkt ein Friedensvertrag.

Die BRD aber – ich meine nicht das, was auf dem Bonner Treffen gesagt wurde, sondern die offizielle Position – wendet sich kategorisch gegen einen Friedensvertrag, und faktisch wird sie dabei von den Westmächten unterstützt. Kann denn aber von Rechten und Verantwortung der vier Mächte oder davon gesprochen werden, was aus diesen Rechten im weiteren wird, wenn man nicht an eine friedliche Regelung denkt, die allein den Status des künftigen Deutschland festlegen und die Frage der Grenzen lösen kann? Vorläufig bleibt das Problem offen.

Die „zwei-plus-vier“-Konferenz hat noch eine enorme Arbeit zu leisten. Sie darf jedoch nicht in Zeitnot und in der Atmosphäre ständigen Antreibens getan werden. Will man eine zivilierte Lösung der Deutschland-Frage, so muß etappenweise, allmählich vorgegangen werden, damit das Kräfteverhältnis in Europa nicht gestört wird.

Der Korrespondent des britischen „Observer“ Farzad Bazoft wurde in Bagdad vom Militärgericht von Irak zum Tode verurteilt. Die Anklage lautete auf Spionage, und er wurde trotz zahlreicher und maßgeblicher Versuche, sein Leben zu retten, hingerichtet. Farzad Bazoft schaffte seine „Reportage unter dem Strang geschrieben“ nicht. Er starb im 32. Lebensjahr und füllte die traurige Liste von Journalisten auf, die bei der Erfüllung eines Redaktionsauftrags starben.

Ich war weder mit ihm noch mit seinem Fall bekannt. Aber diese Hinrichtung heute, Ende des 20. Jahrhunderts, und in einem Land, das stolz darauf ist, an der Wiege der Weltzivilisation gestanden zu haben, hat mich zutiefst erschüttert. Unser Journalistenvorstand hat sich leider wieder zu keinem offiziellen Protest entschlossen. Aber im Namen meiner Kollegen aus der „Neuen Zeit“ schließe ich mich den in den „Iswestija“ und im Zentralen Fernsehen der Sowjetunion ausgesprochenen Worten der Trauer und des Bedauerns an. Die Welt braucht die Offenheit wie sonst noch nie, und Journalisten sind Auge und Ohr der Öffentlichkeit. Ich erinnere mich an einen publizistisch sehr zugespitzten Dokumentarfilm, den meine Kollegen, Fachleute für internationale Fragen, drehten. Der Film hieß „Wir sind Journalisten, nicht schließen!“ Bleibt hinzuzufügen: „Und nicht strangulieren!“

ALEXEI
BUKALOW
Sekretär
der
Journalistengesellschaft
der politischen
Wochenschrift
„Neue Zeit“

Erwartungen

Kongreß der Volksdeputierten, legislative Anerkennung des Mehrparteiensystems, Wahl des ersten Präsidenten unseres Landes, Plenum des ZK der KPdSU, Wahlen zu den örtlichen Sowjets... Welche politischen Veränderungen stehen uns noch ins Haus?

So viele Glückwünsche hörte Michail Gorbatschow noch nie. Beim Kongreß, in der Presse, beim Plenum. Nicht nur die Deputierten, sondern auch Leiter der höchsten Ebene haben ihre Probleme bei der Verbesserung unseres Lebens mit sichtlicher Erleichterung auf den Präsidenten abgewälzt. Alle hoffen, daß er vollbringt, was jahrelang mißlang. Dieses Warten auf ein Wunder ist eher enttäuschend.

In Wirklichkeit hat Präsident Gorbatschow, der auch Generalsekretär des ZK der KPdSU bleibt, nicht mehr reale Macht, als sie der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR Gorbatschow oder, noch früher, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets Gorbatschow hatte. Vor fünf Jahren hatte die Nr. 1 in der Parteiarchie weit mehr Macht als heute. In den fünf Jahren Perestroika hat sich die Gesellschaft emanzipiert und die Macht des Apparats zu einem guten Teil abgeschüttelt. Gegenwärtig haben einige territoriale Parteikomitees die Kontrolle über die Situation völlig verloren, die Regierung dagegen hat sich zur Selbständigkeit durchgerungen, der Kongreß und der Oberste Sowjet haben ihre Souveränität behauptet. Dieser Prozeß wird sich nach den jüngsten Wahlen im ganzen Land entfalten. Die reale Macht der Parteisekretäre ist ernsthaft beschnitten, übrigens hängt auch sie selbst – erstmalig in der Geschichte nach Lenin – von Meinung und Willen der Menschen ab. Das wurde als ein Mangel der Exekutive empfunden. Nach den zahlreichen Äußerungen beim Kongreß und in der Presse zu urteilen, soll der Präsident nun diesem Mangel allein steuern. Ist das möglich? Welche Hebel könnte er in Bewegung setzen? In einer Situation, da Gesetze nicht befolgt, Weisungen ignoriert und Entscheidungen nicht im Sitzungssaal, sondern auf einem Stadtplatz getroffen werden... Das sind keine Äußerungen der Anarchie, keine extremistischen Umtriebe. Hier bricht die Unzufriedenheit des Volkes, das eine weitere Rekonstruktion des politischen und ökonomischen Systems verlangt, an die Oberfläche. Die Präsidentschaft ist nur ein Schritt bei dieser Rekonstruktion, nur eine neue, wenn auch überaus wichtige Gliederung im neuen Machtssystem.

Andere Elemente dieses Systems sind die

mit Machtvollkommenheit ausgestatteten Sowjets und eine selbständige Verwaltung (von der Regierung bis hin zu den örtlichen Exekutivkomitees). Dieses System bildet sich erst heraus. Noch kann sich der Präsident also auf niemanden stützen. Deshalb ist es gegenwärtig faktisch unvermeidlich, daß er seine Parteifunktion beibehält.

Die Einführung des Präsidentenamtes bedeutet eine einschneidende Veränderung im System der Staatsmacht, es wäre jedoch falsch, Sofortresultate zu erwarten – einen Zauberstab hat niemand. Unerfüllbare Träume aber enden bekanntlich mit einer bitteren Enttäuschung. Sie könnte sich auf den geistigen Zustand der Gesellschaft verhängnisvoll auswirken. Dabei haben die Menschen ohnehin Anlässe zu Enttäuschungen genug. Warum war die Wähleraktivität bei den jüngsten Wahlen so gering? Weil die Menschen sagen: „Im vorigen Frühjahr haben wir ja abgestimmt, in dem Jahr seither ist das Leben aber nicht besser geworden.“ Übrigens stellten sich in Estland und Lettland fast alle in den Wahllokalen ein: Dort weiß man, daß von den Abstimmungsergebnissen das Schicksal jedes einzelnen abhängt. Aber in den anderen Republiken?

Warum sind die Einwohner von Estland

und Lettland überzeugt, daß sie die Lage in ihrer Republik beeinflussen können, während beinahe die Hälfte der Einwohner Rußlands daran offensichtlich zweifelt? Der Grund ist wohl, daß in den baltischen Republiken ein anderes politisches System, ein Mehrparteiensystem, entstanden ist. Der Wähler stimmt nicht nur für einen Kandidaten, sondern zugleich auch für das Programm seiner Partei ab. Auf diese Weise entsendet der Wähler nicht etwa einen „sympathischen Mann“, von dem man noch nicht recht weiß, welche Gesetze er formulieren wird, sondern einen Vertreter einer bestimmten politischen Linie ins Parlament.

In den Republiken, wo vorläufig nur eine Partei besteht, ließen sich die Wähler vom Aussehen des Kandidaten, seinem Lebenslauf, Empfehlungen der eigenen Freunde oder ganz anderen, in ihrer Rätselhaftigkeit beinahe mystischen Motiven leiten. Sie waren sich übrigens keineswegs sicher, daß sie die richtige Wahl getroffen hatten. Außerdem sehen sie, daß ihre Abgeordneten vorläufig nicht mit realer Macht rechnen können. Die regierende Partei regiert nicht nur über ihre Abgeordneten im Parlament und ihre Minister im Kabinett, sondern völlig selbstherrlich, indem sie Entscheidungen zu beliebigen Fragen, von der Landwirtschaft bis zum Bestattungsdienst, im Alleingang trifft, und diese Entscheidungen sind für das ganze Land **bindend**.

Nach der Abänderung der entsprechenden Verfassungsartikel, worin das Recht der KPdSU auf direkte Regierung festgeschrieben ist, wird dieses Verfahren zur Beschußfassung, wie man annehmen darf, entfallen.

Eine solche Normalisierung der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Partei wird die Staatsmacht stärken und dem Prä-



Alle hoffen, daß der Präsident vollbringt, was jahrelang mißlang...

sidenten mehr Möglichkeiten geben. Ein anderer Aspekt dieses Prozesses ist, daß die Menschen allmählich wieder Vertrauen zu einer Macht schöpfen, die personifiziert, nicht mehr anonym ist. Charakteristisch: Ist eine Wahl gegeben, dann entziehen die Wähler ihr Vertrauen am häufigsten dem Establishment, den Parteisekretären. Beim Plenum des ZK der KPdSU wurde das eine „gut organisierte und koordinierte Kampagne gegen die Partei“ genannt. Aber diese Behauptung läßt sich nicht damit verleugnen, daß die Wähler gern für KPdSU-Mitglieder stimmten und sie einem parteilosen Kandidaten vorzogen, wenn der betreffende Genosse seinen Willen zu radikalen Veränderungen unter Beweis gestellt hatte. Man stimmte gegen jene Parteisekretäre, die die Macht usurpiert und ihre Beschlüsse auch den Parteilosen aufgezwungen hatten, Menschen also, die gar keine Möglichkeit hatten, sich für das eigene Leben Verantwortlichen auszuwählen. Warum bestanden viele Volksdeputierte der UdSSR darauf, den Präsidenten durch das ganze Volk wählen zu lassen? Weil ein Mandat des Volkes nicht nur dem Gewählten mehr Sicherheit gibt, sondern auch das Institut der Präsidentschaft selbst festigt. Die Sozialpsychologie weiß eine Erklärung dafür: Wenn man mir die Möglichkeit nimmt, meine Meinung zu einer Sache zu äußern, wenn man statt meiner entscheidet, fühle ich mich nicht an fremde Entscheidungen gebunden.

Wir sind in der anerzogenen Überzeugung aufgewachsen: Erst Pflichten, dann Rechte. Im Leben ist alles umgekehrt: Wenn ich keine Rechte habe, übernehme ich keine Pflichten. Die Meeting-Demokratie, über die sich viele ärgern, zeugt in Wirklichkeit von einem Mangel an wahrer Demokratie. Zwar verstoßen streikende Bergarbeiter oder eine nichtsanktionierte Kundgebung gegen das Gesetz, aber darf man ihnen Verantwortungslosigkeit gegenüber der Gesellschaft unterstellen? Das gegenwärtige Machtssystem beschränkt immer noch ihre politischen, Wirtschafts-

und Bürgerrechte, und sie wollen keine Pflichten gegenüber einer solchen Macht übernehmen. Der Präsident ist berufen, zu garantieren, daß dem Menschen all seine Rechte zurückgegeben werden, daß gerade auf diesem Wege die ersehnte Ordnung in der Gesellschaft wieder einzieht – wenn man darunter nicht die so manchem Konservativen ans Herz gewachsene Kasernenhoftordnung versteht.

Wir haben also einen Präsidenten, in ihn werden jetzt viele Erwartungen der Gesellschaft gesetzt. Er braucht Unterstützung und wird sie unter ihnen finden, die sich für die Demokratisierung und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

Die KPdSU ist also im Endspurt vor dem 28. Parteitag, der ihre Geschichte vielleicht umkrepeln wird. Nach der Plattform wurde der Entwurf eines neuen Statuts erörtert; beide Materialien haben Komproßcharakter. Einfache Kommunisten fordern eine radikale Erneuerung der Partei, und in vielen Ansprachen beim Plenum war die Rede davon, daß die neuen Dokumente viel zu verschwommen sind und der Rolle einer „Avantgarde-Partei“ nicht entsprechen. Wird es dem Parteitag gelingen, diese beiden Flügel in der einen Partei zu erhalten?

Die ersten demokratischen Wahlen in der Geschichte der Republiken sind abgehalten worden. In Rußland haben Kandidaten mit progressiven Programmen einen merklichen Erfolg zu verzeichnen. Die Parlamente anderer Republiken können vielleicht sogar noch mehr Beachtung finden als der Oberste Sowjet der UdSSR. Die Wähler von mehr als nur einer Republik unterstützten Bewegungen, die die Frage nach der staatlichen Souveränität und der Unabhängigkeit von der Union aufwiesen.

Die eben erst begründete Präsidentschaft muß sich unter großen Schwierigkeiten bewähren.

Leonid Michailow

Glückwunsch an Michail Gorbatschow



PIERRE MAUROY
1. Sekretär
der
Sozialistischen
Partei
Frankreichs

Vor allem verfolge ich auf das aufmerksamste alles, was Michail Gorbatschow unternimmt. Ich bin überzeugt, daß dieser Mann die Geschichte unseres Jahrhunderts durch seinen Mut und politischen Realismus prägen wird. Die Sympathie für seine Person ist groß. Seine Kunst der Perestroika löst enorme Bewunderung aus. Ich hatte die Möglichkeit, ihn schon im Rahmen der „Initiative '87“ persönlich kennenzulernen, als unsere Gruppe von Vertretern der französischen Öffentlichkeit in Moskau von ihm empfangen wurde.

Wie Sie wissen, liebe ich Ihr Land und wünsche ihm Erfolg. Bekanntlich gab es in der Geschichte keine Revolutionen ohne Schwierigkeiten. Der Weg, den Michail Gorbatschow gewählt hat, ist für Ihr Land mit seinen Naturreichtümern und seinen freiheitliebenden Völkern der einzige mögliche.

Michail Gorbatschow wird Ihrem Land einen neuen Aufschwung und eine demokratische Zukunft sichern.

Die zurückhaltende Reaktion der westlichen Länder auf Litauens Unabhängigkeitserklärung dürfte Moskau kaum freuen. Vilnius dagegen kaum traurig stimmen. In alten Zeiten wäre vielleicht jemand der Versuchung erlegen, einen „neuen Staat anzuerkennen“, demonstrativ, schon um den Kreml zu ärgern. Jetzt dagegen legen westliche Politiker und Diplomaten ein Maximum an Loyalität an den Tag und unterstützen aus allen Kräften Gorbatschow und eine stabile, berechenbare Sowjetunion. Vergessen wir jedoch nicht, daß recht viele Staaten, allen voran die USA, die Eingliederung der drei baltischen Republiken in die UdSSR nie anerkannten. Dieser Umstand gibt einen juristischen Vorwand dafür, die Litauische Republik zu einem opportunen Zeitpunkt anzuerkennen.

Die Erkenntnis der Tatsache, daß ein Großteil der Weltgemeinschaft die Ereignisse vom Sommer 1940 schon seit einem halben Jahrhundert für Okkupation hält, ist schmerzlich. Zugleich vielleicht ein Anlaß, die Ereignisse von damals gründlich zu studieren. Zu beachten wäre dabei, daß auch der Oberste Sowjet Litauens, nicht der gegenwärtige, sondern der frühere, der noch geformt wurde, als es keine Sajudis gab, den Schluß über die „Okkupation der Republik“ zog.

Die lapidare Erörterung der Situation in Litauen auf dem außerordentlichen Kongress der Volksdeputierten (während die Kommission die bei den Präsidentschaftswahlen abgegebenen Stimmen zählte) zeigt: Die Deputierten wollten sich schon über die Ereignisse klarwerden, litten jedoch an einem deplorablen Informationsmangel. Es fehlte ihnen nicht nur an laufenden Informationen. Geschichtliche Kenntnisse im Umfang eines Universitätslehrgangs oder gar einer Oberschule genügen nicht, zu erklären, warum das litauische Parlament den Austritt aus der UdSSR bekanntgibt. Historische Forschungen in der eigenen Vergangenheit bringen uns täglich neue Überraschungen. Wie lange – in den Perestroika-Jahren! – hörten wir aus offizieller Munde: „Geheimprotokolle zum Ribbentrop – Molotow-Pakt hat es nie gegeben.“ Als sich die Protokolle doch fanden, war es nur natürlich, daß ein Deputierter beinahe einen hysterischen Anfall erlitt.

Vorläufig säte ein einziger Redner beim Kongress, der sich der Geschichte zuwandte, bei den Deputierten Zweifel an der Gesetzlichkeit der Entstehung des selbständigen litauischen Staates: Die Abtrennung Litauens von Rußland wurde vom deutschen Oberkommando und Kaiser Wilhelm beschlossen... Gesagt sei allerdings, daß nach dem ersten Weltkrieg mehrere selbständige Staaten entstanden: die einen durch den Zerfall von Österreich-Ungarn, andere durch Abtrennung vom ehemaligen Russischen Reich. Litauen wurde von der Leninschen Regierung und von der Weltgemeinschaft anerkannt.

Niemand braucht neue Feinde

Die scharf formulierte Botschaft aus Moskau wurde in Vilnius äußerlich ruhig aufgenommen. Beide Seiten haben sofort recht kompromißlose Positionen bezogen und so ihren Manöver- und Kompromißraum eingeengt

Die Ereignisse von 1940 hingegen müssen wirklich ernsthaft erforscht werden. In Vilnius selbst hat man solche Arbeit geleistet.

Historische Forschungen gut und schön, sie klären uns vielleicht darüber auf, warum in Litauen die oder die Entscheidungen getroffen werden. Die Hauptsache ist jetzt aber: Wie weiter?

Auf jeden Fall wird Litauen nicht über Nacht selbstständig werden. Niemand kann die Uhr um ein halbes Jahrhundert zurückstellen und zum Ausgangspunkt zurückkehren. In diesen Jahrzehnten integrierte sich Litauen fest in die Sowjetunion, und ein Schnitt durch ein noch so feines Gefäß darf

Interessen geschickt, und in der Republik wurden relativ wenig neue Produktionen angelegt, für die man Arbeitskräfte einführen mußte. Die in Litauen lebenden Russen, Polen und Belorussen fühlen sich in ihrer Mehrheit als zum Land gehörig, haben ihr Schicksal mit Litauen verbunden. Aber kaum entstanden, hat die nationale Bewegung in der Republik alles ethnisch Fremde kurzerhand abgetrennt. Statt alle Einwohner um die Idee der Wiederbelebung der Republik zu gruppieren, machte man aus der russischsprachigen Bevölkerung einen Feind.

Jetzt haben diese Menschen wirklich

ten hat. Diejenigen, die die übrigen Parteien (Grüne, Christliche Demokraten, selbständige KP) vorzogen, stimmten somit für die Abtrennung. Wladislaw Schwed hat die Zuschauer sicherlich beeindruckt, als er sicher und mühelos vorrechnete, daß die Sajudis-Deputierten ungefähr 30 Prozent der Bevölkerung der Republik vertreten. Mit seltenen Ausnahmen ist das sonst der normale Lauf der Dinge bei demokratischen Wahlen. Nur für Boris Jelzin allein stimmten in Rußland 85 Prozent der Wähler. Andere Deputierte kamen etwa mit 59 Prozent ins Parlament. Angenommen, an den Wahlen nahmen 60 Prozent der Wahlberechtigten teil. Wieviel Einwohner vertritt der betreffende Deputierte? Dennoch gilt er als gesetzlich gewählt und darf über die Geschicke der ganzen Republik entscheiden. Wenn er den Rahmen seines Mandats sprengt, kann er abberufen werden. Ich weiß jedoch nichts Nennenswertes von einer Bewegung zur Abberufung jener litauischen Deputierten gehört, die für den Austritt aus der UdSSR stimmten.

Wir wollen hoffen, daß der Beifall, den der Kongreß für den Vorschlag des Deputierten Jewgeni Kogan spendete, in Litauen die direkte Präsidentschaftsmacht einzuführen, nur eine emotionale Reaktion auf die überreilten Schritte von Vilnius war. Kühlere Köpfe werden sich wohl nicht über den Willen der litauischen Wähler hinwegsetzen und an einen Mechanismus des Zusammenwirkens mit Vilnius denken. Jede gewaltsame Variante einer Lösung des Problems wäre vor allem ein Schlag gegen die demokratischen Kräfte unseres Landes, diese Stütze des Präsidenten. In den Republiken aber würde Gewaltanwendung die Positionen jener festigen, die jede Vereinbarung mit Moskau für sinnlos halten.

Natürlich klingt es ungewohnt und schon deshalb erschreckend, den Austritt einer Republik aus der Sowjetunion zu vereinbaren. Die Moskauer Regierung beschloß, eine wirtschaftliche, finanzielle und zollmäßige Abtrennung Litauens vom Volkswirtschaftskomplex der UdSSR zu verhindern. Betriebe, die Unionsministerien untergeordnet sind, bleiben in Moskaus Hand. Auch das Komitee für Staatsicherheit und das Innenministerium der UdSSR haben besondere Aufträge erhalten. Gegenwärtig hängt vieles von Kontakten zwischen Moskau und Vilnius ab. Darunter das Schicksal und die Lage der russischsprachigen Litauer, die sich nicht in die Rolle einer „vierten Emigrantenwelle“ einleben möchten. Schließlich darf man die Perspektive nie aus den Augen lassen. Die gegenwärtigen Veränderungen in Europa eröffnen die Möglichkeit einer neuen, beispiellosen gesamteuropäischen Integration. Es kommt darauf an, sich keine neuen Feinde zu machen.

Leonid Mletschin



Was in Vilnius früher „Sowjet-Litauen“ hieß, nennt sich neuerdings „Litauens Echo“

nicht bluten. Die Sicherheitsinteressen, die Investitionen und Objekte der Unionsministerien, die Forderungen anderer Republiken – all das muß genau überprüft, jeder Schritt erwogen werden. Ein einziges Problem hat jedoch praktisch keine Lösung: Was soll aus den Einwohnern Litauens werden, die Sowjetbürger bleiben wollen?

Man muß die Dinge beim Namen nennen: Die meisten Litauer wollen die Abtrennung, und das Parlament in seiner neuen Zusammensetzung hat dieses Mandat bekommen. Viele Russen, Polen und Belorussen sind dagegen. Es ist zweierlei, in der Litauischen SSR oder in der Litauischen Republik zu leben. Im ersten Fall ist man eben an einem Ende des Riesenlandes und muß sich nur den örtlichen Besonderheiten anpassen. Im zweiten Fall sieht man sich plötzlich in einem anderen, nach eigenen Gesetzen lebenden Staat und weiß nicht einmal, welche Rechte man hat, ob man erwünschter oder unerwünschter Ausländer ist.

Der größte Fehler der Sajudis ist vielleicht ihr Unvermögen, die „russische Frage“ zu lösen. In Litauen unterscheidet sich die Situation von der lettischen und der estnischen. Antanas Snieckus, der lange Jahre die Republik leitete, vertrat ihre

Angst, daß sie zu Bürgern „zweiter Sorte“ herabgewürdigt werden. Sie werden also mit Zähnen und Klauen ihre frühere Lage verteidigen.

Ein Zweifel meldet sich: Ehe man den Beschuß über die Abtrennung faßte, hätte man doch ein Referendum durchführen sollen. In Litauen wünscht man jedoch kein Referendum. Nicht nur weil 1940, bei der Eingliederung in die UdSSR, kein Referendum abgehalten wurde. Das Ergebnis des gegenwärtigen Volksentscheids läßt sich genau voraussagen: 80 Prozent der Bevölkerung sind Litauer, und sie werden sich eins sein. In Litauen wirken mehrere Parteien, die Menschen haben unterschiedliche politische Sympathien, aber die Lösung der Selbstständigkeit schließt alle zusammen. Nach allem zu urteilen, versteht man das außerhalb der Republik kaum.

Sehr lehrreich für die Zuschauer des Zentralen Fernsehens der Sowjetunion war ein Interview mit Wladislaw Schwed, Sekretär des ZK der KP Litauens (auf der Plattform der KPdSU). Er ist ein Politiker neuen Stils, jung und dynamisch. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß seine Partei nur vier Abgeordnetensitze, selbstverständlich in den russischsprachigen Bezirken, erhal-

Sergej Kowaljows „Weißbuch“

Ein ehemaliger politischer Häftling, heute Volksdeputierter der RSFSR, erzählt aus seinem Leben

In Heft 1/1976 brachte die „Neue Zeit“ ein Interview mit dem damaligen stellvertretenden Justizminister der UdSSR Sucharew. Der Titel hieß: „Über einige unehrliche Eiferer der Rechte des Sowjetbürgers“. Ich glaube nicht, daß man heute, 1990, die Fragen des Interviewers und die Antworten des Interviewten unter die Lupe nehmen sollte: Schon das bloße Zitieren wäre eine furchtbare, vernichtende Methode. Nein, jenes Interview mit seiner Verteufelung der „unehrlichen Eiferer“, die die feindlichen „Stimmen“ und „Wellen“ vor dem „gerechten Zorn der Sowjetmenschen“ in Schutz zu nehmen versuchten, gehört ins Jahr 1976. Hoffentlich bleibt es dort für immer. Wenn man ein solches Interview aus der Versenkung hervorholt, müßte man ernstere Gründe oder Garantien haben als nur das Geburtsjahr: Man hätte so etwas nicht geschrieben, man wäre „auf eigenen Wunsch“ gegangen, man hätte... Aber jetzt, wo wir 1990 schreiben, muß die „Neue Zeit“ wenigstens eins tun: die Verleumdeten um Entschuldigung bitten.

Als jenes Interview veröffentlicht wurde, saß einer der „Unehrlichen“, Sergej Adamowitsch Kowaljow, schon seit mehr als einem Jahr im 36. politischen Lager bei der Stadt Perm ein. Man hatte ihn aufgrund des tragisch berühmten Artikels 70 – „antisowjetische Agitation und Propaganda“ – abgeurteilt. Im Interview hieß es: „Kowaljow hat boshafte Verleumderische, unsern Staat anschwärzende Materialien verfertigt und verbreitet... Er bereicherte sowjetfeindliche Schmähsschriften um „entlarvende Tatsachen.“ Ich möchte hier präzisieren: Kowaljow war jahrelang ein Autor der „Chronik der aktuellen Ereignisse“, einer Samisdat-Zeitschrift, die alle zwei Monate erschien und über Verstöße gegen die Menschenrechte in der UdSSR berichtete. Heute, ja heute

haben wir (und auch das erst vor kurzem) internationale Rechtsdokumente veröffentlicht, der Pakt über politische und Bürgerrechte wird von zahlreichen informellen Organisationen in ihren Statuten um die Wette zitiert, und selbst die neue Plattform der KPdSU enthält gleich zu Beginn einen Absatz über die Menschenrechte. Mitte der 70er Jahre war all das undenkbar.

Nach sieben Jahren Lager, drei Jahren Verbannung und weiteren fast drei Jahren in Kalinin unter KGB-Aufsicht erhielt Sergej Kowaljow Ende 1987 eine zeitweilige Aufenthaltsberechtigung für Moskau. Zwar bleibt bis heute ein vertraulicher Beschuß des Ministerrats der UdSSR von 1985 in Kraft, dem zufolge jemand, der seine Haftstrafe gemäß Artikel 70 und vielen anderen Artikeln abgebußt hat, aus der Hauptstadt ausgewiesen werden kann, niemand scheint das jedoch zu beabsichtigen. Kowaljow beteiligte sich an einer Sacharow gewidmeten Sendung der Fernsehreihe „Wsglijad“ (Blick), Kowaljow sprach auf den Kundgebungen der demokratischen Kräfte im Februar. Bei einer internationalen Konferenz in Moskau „verhörte“ er einen hochgestellten KGB-Mann, und dieser gab zu: Jawohl, man habe Leitungen angezapft, jawohl, man habe Briefe geöffnet. Die Führer unserer halb formellen und halb gesellschaftlichen Organisationen lassen es sich nicht nehmen, auf ihn zuzutreten und ihm die Hand zu schütteln. Übrigens glaube ich, daß Kowaljow diese neuen Spielregeln ausgezeichnet versteht und ihnen keine besondere Bedeutung beimißt.

Sergej Kowaljow kam mehrmals abends zu mir in die Redaktion, wir unterhielten uns stundenlang, so daß die Kassetten im Tonbandgerät immer wieder gewechselt werden mußten. Manchmal mußte ich mich meiner – und wohl unserer allgemeinen –

Ignoranz gegenüber der eigenen Geschichte schämen. Der Geschichte nicht des Staates und nicht der Partei, sondern der Gesellschaft. Wir kannten und verstanden die Menschen nicht, die kämpften, während alles um sie erstarb war. Bei meinen zahlreichen Fragen ging es mir nur um die Antwort auf die eine, die wichtigste: Wovon ließen sich diese Menschen leiten? Was führte konkret Sergej Kowaljow in die Menschenrechtsbewegung? Letzten Endes glaube ich eine Antwort gefunden zu haben. Merkwürdig, aber die Ursache liegt nicht in einer besonders revolutionären Einstellung. Die Ursache ist die Zugehörigkeit zur Intelligenz. Ebenso wie viele andere begann Sergej Kowaljow seinen Kampf, weil er zur Intelligenz gehörte. Er konnte nicht schweigen, wenn seinen moralischen Prinzipien Gewalt angetan wurde.

Die Welt verändere sich nicht, schrieb Nikolai Berdjajew, nur weil einige wenige Menschen die Menge zum Handeln veranlaßten und die dazu passenden „äußeren Umstände“ schufen. Veränderungen seien nur durch das innere Ich jedes einzelnen Menschen möglich. Nach Jahren von Kampf und Leiden erlangte Sergej Kowaljow jene innere Freiheit, jenes absolute Dissidententum der freien Persönlichkeit, die die Welt verändern.

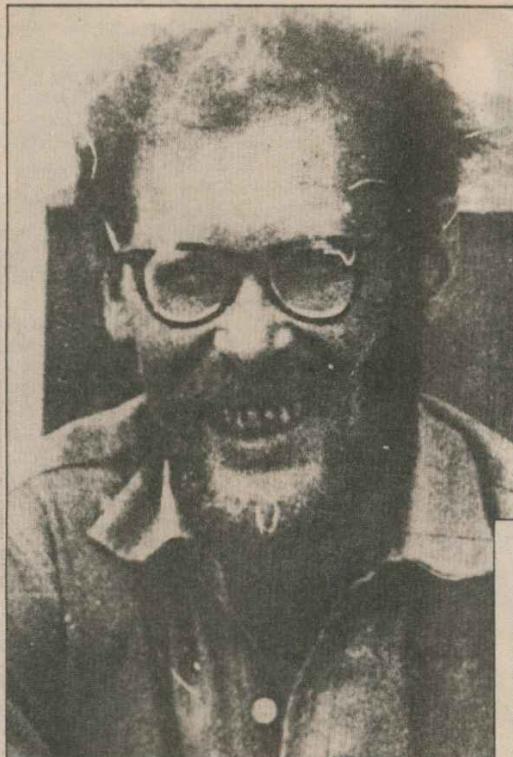
Ich schnitt die Erzählung eines Dissidenten mit – heute kann sie in der Rubrik „Volksdeputierte haben das Wort“ veröffentlicht werden. Sergej Kowaljow siegte gleich bei der ersten Runde der Wahlen der Volksdeputierten der RSFSR. Bald danach, Mitte März, wurde ihm die offizielle Rehabilitierungsbestätigung ausgestellt.

Lew Jelin

Die erste Begegnung mit dem KGB

Sie kam im Vorfrühjahr 1957 zustande. Ich war damals an der biologischen Fakultät tätig, die ich kurze Zeit zuvor absolviert hatte. 1956 beschlossen mehrere Absolventen dieser Fakultät – Laboranten, Aspiranten, junge wissenschaftliche Mitarbeiter –, ein Schreiber an das eigene Dekanat zu richten. Die Rede war vom Biologie-Unterricht: Man rede uns ein, einzig und allein die Mitschurinsche Biologie sei progressiv, man kritisiere scharf alle anderen Richtungen in der Genetik, niemand informiere uns jedoch über diese Richtungen und arbeite nur immerzu mit Schlagwörtern wie Pseudowissenschaft bzw. bourgeoisie Wissenschaft – ganz im Geiste des Artikels, den die „Prawda“ 1948 unter dem Titel „Fliegenliebhaber und Menschenhasser“ veröffentlicht habe. Der Brief wurde abgefangen und landete im Parteibüro und im Dekanat, noch bevor die Schreiber ihn abgeschickt

hatten. Ein unvorstellbarer Krach erhob sich, einige der Unterzeichner fielen schon in jenem Stadium ab. Dann wurden wir einzeln und gruppenweise vor das sogenannte Dreieck (Parteibüro, Gewerkschaftsleitung, Dekanat) zitiert: „Wer hat euch angestiftet? Wer steckt hinter eurem Rücken? Kudrjaschow? Kruschinski?“ Das waren die Professoren, die zwar noch an der Fakultät blieben, aber eindeutig als verdächtig galten und denen gegenüber also „Wachsamkeit“ angebracht war. Nun bröckelten weitere Unterzeichner ab. Es gab jedoch standhafte Menschen, die sich von nichts lossagten. Letztendlich fand eine überaus stürmische Komsomolversammlung statt. Professoren fragten uns pathetisch: Wollt ihr denn wirklich, daß eine andere Genetik gelesen wird? Sollen wir euch dann im Rahmen des Kurses Wissenschaftlicher Atheismus gar die Bibel zum Lesen empfehlen?! Ich stand auf und sagte: Wenn Sie uns den Atheismus beibringen wollen, wäre es gar nicht verkehrt, uns eine Vorstellung von der Bibel zu geben.

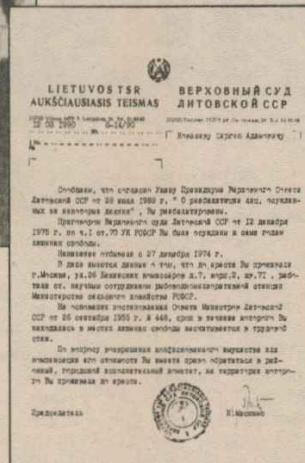


war auch vom Schreiben die Rede – wie, wer, warum. Das endete ergebnislos. Ich weigerte mich, mit den Leuten zusammenzuarbeiten, und man ließ von mir ab.

Der Puschkin-Platz

In mir ging eine Wandlung vor sich, die mir selbst noch nicht ganz klar war. Ein halbes Jahr, bevor ich meinen ersten Protestbrief (über den Fall Sinjawska und

Sergej Kowaljow kurz vor seiner Verhaftung 1974; Rehabilitierungsbescheinigung, ausgestellt am 12. März 1990



Daniel, 1966) unterschrieb, hatte ich mich mit einem Freund unterhalten. Er sagte mir: „Schau nur um dich, unwahrscheinliche Dinge passieren! Sollte man nicht etwas unternehmen?“ Ich antwortete ihm damals nicht sehr klug und nicht sehr ehrenhaft: „Was kann man da groß unternehmen? Ich bin grundsätzlich gegen Bomben, zudem wären sie nutzlos. Etwas anderes sehe ich aber im Moment nicht. Deshalb beschäftige ich mich mit meiner Wissenschaft, und das, wie ich glaube, ehrlich. Das will ich auch künftig tun.“

Aber ab 1966 wurde ich aktiv. Für die meisten jener, die sich an der Bewegung der Bürgerrechtlern beteiligten, spielten persönliche Kontakte eine große Rolle. Wenn man hört, da und da sei jemand verhaftet worden, empfindet man Mitleid, ist erstaunt, vielleicht empört, aber damit hat's sich auch. Das ist noch kein Weg zum Handeln. Wenn aber ein Freund oder sonst einer aus dem Bekanntenkreis plötzlich verhaftet oder rausgeschmissen wird, sagt man sich: „Nein, jetzt kann ich wirklich nicht schweigen. Sonst kann ich mich selbst nicht mehr achten.“ Später setzte ich mich schon für unbekannte Menschen ein und suchte nach Gesinnungsgenossen.

Der Prozeß gegen Sinjawska und Daniel war keineswegs der erste politische Prozeß. Sobald Chrutschow erklärte, er hoffe, im Fernsehen bald den letzten Verbrecher zu zeigen, denn politische Häftlinge gäbe es in der UdSSR seit langem nicht mehr, erreichte uns das Gerücht, jemand sei verhaftet worden. Da gab es z. B. den Leningrader „Glöckchen“-Fall von Anfang der 60er Jahre. Nach Alexander Herzens Beispiel gaben sie ihre Zeitschrift „Kolokol“ (Glocke) heraus und versuchten, Arbeiterkinkel zu organisieren. Sie wollten einen „richtigen Marxismus“ statt des dogmatischen und falschen. Später, im Lager, lernte ich viele „richtige Marxisten“ kennen und achten. Im Lager hörten sie übrigens meist ziemlich bald auf, Marxisten zu sein. Aber nicht alle. Leonid Pljutsch etwa, der auch die Klapsmühle durchgemacht hat, ist immer noch Anhänger eines konsequenten Marxismus.

Zu den Marksteinen der Rechtsschutzbewegung: Der erste war die 1965 auf dem Puschkin-Platz durchgeführte Demonstration. Der Organisator war Alexander Jessenin-Wolpin, ein Mathematiker, Lyriker und Kenner von Rechtsfragen. Er forderte einfach auf, die Verfassung zu schützen, und arbeitete sogar einige Verhaltensregeln für die Demonstranten aus, um die Wahrscheinlichkeit der Beziehungen zu vermindern, wir hätten Propaganda getrieben, ungesetzliche Forderungen erhoben oder die öffentliche Ordnung gestört. Man versuchte, an der Lösung „Ich fordere alle auf, die Verfassung der UdSSR zu befolgen!“ etwas Antisowjetisches zu sehen – keine Spur. Jessenin-Wolpin schrieb in einem Flugblatt, man müsse den Forderungen von Vertretern der Macht, besonders wenn sie Uniform tragen oder ihren Dienstausweis vorzeigen, nachkommen; auf keinen Fall dürfe man körperlichen Widerstand leisten. Das war, soweit ich mich zurückrinnern kann, die erste Äußerung der damals eingesetzten kollektiven Aktivität.

Zuerst wurden die Demonstrationen am 5. Dezember, dem Tag der Verfassung, abgehalten. Nachdem 1977 dieses Datum abgeändert worden war, verlegten wir unsere Demonstrationen auf den 10. Dezember, den Tag der Menschenrechte. Schließlich trugen wir keine Losungen, weil sie uns sofort weggerissen wurden, die Menschen versammelten sich einfach auf dem Puschkin-Platz in der Nähe des Denkmals und entblößten ihr Haupt. Was kann Menschen angelastet werden, die ihre Mützen abgenommen haben? Dennoch wurden wir auseinandergetrieben und gefaßt. Andrej Dmitrijewitsch Sacharow stellte sich seit einer bestimmten Zeit recht systematisch auf dem Puschkin-Platz ein. Ich versuchte das nur einmal. Alles in allem gehöre ich in ein Studierzimmer und nicht auf die Straße. In letzter Zeit sprach ich auf Kundgebungen, aber vor ihnen habe ich, um ehrlich zu sein, ein wenig Angst: Alle schreien Losungen durcheinander und neigen überhaupt nicht zu einer Diskussion. Da teile ich eher den Standpunkt von



Die Initiativgruppe: Sergej Kowaljow, Tatjana Chodorowitsch, Tatjana Welikanowa, Grigori Podjapolski, Anatoli Krasnow-Lewitin (v. l. n. r.)

Kostja Babizki, eines Teilnehmers der Demo auf dem Roten Platz, die am 25. August 1968 anlässlich der Invasion in der Tschechoslowakei stattfand. Schon nach der Verbannung unterhielt man sich mit ihm in Moskau, im KGB (er konnte und konnte keine Arbeit finden). Man fragte ihn: „Nun, wollen Sie auch noch weiter demonstrieren?“ Kostja antwortete: „An sich bin ich kein Liebhaber, nicht einmal ein Anhänger von Demos, hoffe also, daß ich keine mitmachen muß. Es sei denn, ihr läßt eure Panzer in Warschau einrücken.“ An jenem Tag fuhr ich mit einem Taxi zum Puschkin-Platz, aber ganz in der Nähe des Platzes hielt ein Milizionär den Wagen an. Er hatte etwas mit dem Fahrer zu klären. Der Vorwand war merkwürdig. Ich hätte aussteigen und zur festgesetzten Zeit den vereinbarten Ort erreichen können, aber dann hätte ich nicht bezahlt, der Milizionär aber führte den Fahrer ganz weit weg und las ihm die Leviten. Später stellte sich übrigens heraus, daß er dem Fahrer eigentlich so gut wie nichts vorzuwerfen hatte... Recht viele konnten wegen seltsamer Umstände jene Demonstration nicht mitmachen. An Pawel Litwinow trat direkt neben dem Puschkin-Platz eine Gruppe heran: „Wohin gehen Sie, Pawel Michailowitsch?“ Pawel war verwundert: „Das ist doch wohl meine Sache.“ Darauf meinte einer der Leute: „Nein, wohin Sie wollen, da werden Sie nicht hingehen.“ – „Doch“, antwortete Pawel, „natürlich gehe ich hin.“ – „Nein, Sie werden mit zum Revier gehen. Im nächsten Augenblick prügeln Sie sich mit diesen netten jungen Leuten, und man wird Sie festhalten.“ Pawel darauf: „Schön, dann gehe ich wirklich nicht zum Puschkin-Platz, denn sonst werdet ihr mir die Visage polieren und noch 15 Tage Arrest aufbrummen. Ich bin allein, ihr seid mir zu viele.“ Man führte ihn unter Aufsicht weg, sprach mit

ihm und ließ ihn laufen, aber inzwischen waren alle, die es bis zum Puschkin-Denkmal geschafft hatten, auseinandergetrieben. Als ich den Puschkin-Platz endlich erreichte, sah ich dort nur Milizionäre.

Nach dem Prozeß gegen Sinjawska und Daniel gab es solche Prozesse leider noch sehr oft. Alles entwickelte sich ungefähr so. Als der Prozeß gegen Sinjawska und Daniel beendet war, gab Ginsburg ein ausführliches Weißbuch darüber heraus. Dann wurden, u. a. wegen dieses Buchs, Ginsburg, Galanskow, Laschkowa und Dobrowolski vor Gericht gestellt. Ein weiteres Weißbuch – und weitere Verhaftungen.

Die Initiativgruppe

1964 verteidigte ich meine Doktorarbeit. Meine letzte Funktion als Biologe nannte sich wissenschaftlicher Mitarbeiter der Moskauer Staatlichen Universität, Abteilungsleiter im interdisziplinären Labor für mathematische Methoden in der Biologie. Aber 1969 mußten Sascha Lawut und ich gehen. Das hing mit unseren Protesten gegen die Okkupation der Tschechoslowakei und mit unserer Teilnahme an der Initiativgruppe für Menschenrechte zusammen.

Die Gruppe entstand im Mai 1969, sie zählte 15 Mitglieder und etwa 40 Sympathisanten. Das erste Dokument der Gruppe war ein Appell an die UNO über den Zustand der Menschenrechte in der UdSSR. Die Gruppe war die erste Assoziation der Rechtsschützler, die sich offen zu erkennen gab. Das war auch der erste offizielle, von einer Organisation ausgehende Appell ans Ausland, und zwar nicht an Korrespondenten, an die Presse, sondern an eine internationale Organisation.

Schon 1969 wurden alle Mitglieder der Gruppe zum KGB vorgeladen, wo man sie

verhöre und einzuschüchtern versuchte. Verhaftungen setzten ein. Der erste war Genrich Altunian aus Char'kov. Die Gruppe schmolz zusehends zusammen. Als ich 1974 ins Gefängnis kam, blieben nur noch Tanja Welikanowa, Tanja Chodorowitsch, Sascha Lawut und Grischa Podjapolski auf freiem Fuß. Grischa starb bald darauf, Tatjana Chodorowitsch mußte ausreisen und lebt jetzt in Frankreich. Tanja Welikanowa und Sascha Lawut wurden eingelocht.

Nun denn, 1969 wurden Sascha Lawut und ich „auf eigenen Wunsch“ entlassen. Zuvor war die Sekretärin des Moskauer Stadtkomitees der KPdSU Kalaschnikowa in die Universität gekommen und sagte bei der Aktivtagung, an der biologischen Fakultät (sie hatte es durcheinandergebracht, wir beide waren doch im interdisziplinären Labor) gebe es zwei „Fremde“, einen Kowaljow und einen – sie hatte Saschas Familiennamen schlimm verzerrt. Viele Teilnehmer der Aktivtagung wußten sehr wohl, von wem die Rede ist, taten aber, als verstanden sie nichts. An der biologischen Fakultät rührte man sich und suchte einen Monat lang nach den beiden Verbrechern. Sie fanden einen anderen Kowaljow bei sich und bedrängten ihn mit ihrer Fragerie. Es tat mir aufrichtig leid, daß ich ihm, ohne es zu wollen, Unannehmlichkeiten brachte. Schließlich entdeckte man Lawut und mich, es begann ein langes Tauziehen zwischen zwei Wissenschaftlichen Räten, dem der Molekularsektion und dem der gesamten Universität. Keiner wollte uns entlassen, um sich die Weste nicht zu beschmutzen.

Man legte uns nahe, freiwillig zu gehen, weil wir sonst Menschen vor einer entsetzlichen Wahl gestellt hätten, die solche Spiele nicht hätten mitspielen wollen. Da sei N. beispielsweise Parteimitglied und als solcher verpflichtet, gegen uns zu stimmen. Wir beide aber zwangen ihn, entweder Schurke oder Opfer zu sein. Typische Geiselsituation. Eine Zeitlang sträubten wir uns, Sascha und ich: Warum konnten wir nicht offen sagen, was wir dachten, ohne uns nach jemandem zu richten? Wir hätten niemandem die Bürgschaft für die Partei gegeben, besagter N. solle abstimmen, wie er es für gut halte. Aber letzten Endes gingen wir freiwillig. Niemand im Labor hielt uns direkt dazu an, es war jedoch klar, daß die Menschen zwar mit uns fühlten, aber am meisten doch ihre Ruhe wollten. Gut, sagte ich mir, ich gehe, weil ich meine Freunde, nur weil sie nicht zu einem langen und aussichtslosen Kampf bereit sind, nicht in Probleme stürzen will.

Die sowjetische Intelligenz hat mehrere Besonderheiten. Wenn ein Intelligenzler sieht, daß ein gewisses Vorhaben nicht die erwünschten Resultate bringen wird, ist er bemüht, sich da herauszuhalten. Wozu die Kräfte vergeuden und sich einem Risiko aussetzen? Dennoch möchte er ein anständiger Mensch bleiben. Diese zwei Tendenzen geraten oft in Gegensatz zueinander.

(Fortsetzung folgt)

Die Genossenschaft
PLANETA-SERVICE ist Mitglied
der internationalen Organisation
GENOSSENSCHAFTLER FÜR FRIEDEN
UND ÜBERLEBEN, der Vereinigung der
Werbefachleute der UdSSR und des
Genossenschaftsverbands der UdSSR

*Planeta-Service ist ein Team
von hochqualifizierten Werbefachleuten, die bereit sind,
jede Aufgabe prompt zu lösen*

Planeta- Service ist:

Durchführung von flächendeckenden Werbeaktionen bei Festivals,
Sportwettkämpfen, unionsweiten und internationalen Veranstaltungen

Werbung mit Hilfe aller vorhandenen Massenmedien

Produktion von Druckerzeugnissen und Souvenirs, Design und
Dekoration, Ausstellungen, Wettbewerbe, Präsentation

sorgfältige Marktanalyse, Marketing

unser eigenes unionsweites Informations- und Werbebulletin „Clip“,
bestimmt für einen breiten Leserkreis

Planeta-Service bietet das erste Werbetheater der Sowjetunion, eine farbenfrohe und aufregende Bühnenshow.

Planeta-Service unterhält eine Werbefachschule, an der erstklassige Spezialisten ausgebildet werden.

Planeta-Service hat sich durch harte Arbeit den guten Ruf der ersten und größten Werbeagentur der Sowjetunion
erworben, deren Dienste bereits Hunderte von Kunden in Anspruch genommen haben.

Planeta-Service will seinen Wirkungsbereich erweitern und sucht für gemeinsame
Unternehmen im Bereich Werbung und Marketing solide Auslandspartner.

Unsere Zusammenarbeit beruht auf gegenseitigem Vertrauen.

Wir sind sicher, daß PLANETA-SERVICE Ihr zuverlässiger Kompaß
in geschäftlichen und Werbeangelegenheiten werden kann.

Ihre Probleme sind unsere Sache!

Rufen Sie uns an:
292 69 27

Unsere Adresse:
UdSSR, 103009 Moskau
uliza Gorkogo 6
Planeta-Service



Auf ein Wort, Genosse Deputierter!



Tatjana
Iwanowa

An Meetings
mangelt es bei
uns nicht. Wenn
aber die
Parlamentarier
zusammentreten,
erwarten wir von
ihnen keine
Meeting-Allüren

Lange werden wir den 14. März nicht vergessen, als es schien, die Volksvertreter hätten ihren Kollegen Anatoli Sobtschak am liebsten gekreuzigt, hätte nur jemand das passende Stichwort gegeben. Die Atmosphäre war genauso wie in jener schlimmen Stunde, da im selben Auditorium dem Akademiemitglied Sacharow kollektive Wut, Verachtung, Empörung, Lärm und kampflustige Rufe entgegenschlugen.

Schwere, beschämende Seiten in unserer neuesten Geschichte. Wohlbemerkt erfaßte der Taumel nicht etwa die Menge auf einem Kundgebungsplatz, sondern die oberste Legislative unseres Landes.

Am bittersten ist aber, daß unsere Parlamentarier auch ohne Anlaß in Zorn, Pathos, Empörung oder Taumel geraten. Einfach aus Miß-Verstehen. Aus Nicht-Verstehen.

Womit brachte Sobtschak den Saal gegen sich auf?

Er sagte folgendes: „Ich hätte nichts dagegen, daß ein Jakute oder ein Adyge der Regierung Rußlands oder der Union vorständen, aber ich bin dagegen, daß Russen in unserem Parlament das jakutische und das adygeische Volk vertreten.“ Der stenographische Bericht bezeugt: Wortwörtlich das, was Anatoli Sobtschak sagte.

Was hörte er zur Antwort? Von J. Prokopjew, 1. Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU Jakutsk: „Ich halte es für unzulässig, daß ein Volk in seiner Seele getroffen wird... Wer sagt denn, daß ein Jakute oder ein Adyge, wenn entsprechend gebildet, nicht die höchsten staatlichen Funktionen ausüben kann? Ich betrachte diese Ansprache des Deputierten Sobtschak als chauvinistischen Ausfall.“

In der Tat: Wer sagte, daß ein Jakute oder ein Adyge nicht die höchsten Staatsposten besetzen dürfen? Niemand sagte das. Im Gegenteil, gesagt wurde, daß sie

es sehr wohl können. Gesagt wurde außerdem, daß die Deputierten Worotnikow und Wlasow im Parlament Rußlands nicht Jakuten und Adyge vertreten sollten, daß es besser gewesen wäre, wenn die Jakuten und die Adyge sich selbst vertröten; man sollte ihnen diese Möglichkeit nicht nehmen. Gehört wurde jedoch etwas anderes, und den Schluß zog man nicht aus dem Gesagten, sondern aus dem Gehörten: „ein chauvinistischer Ausfall.“ Das ist stark. Schlimmer: absolut falsch.

I. Maschaschew, der die Adyge vertritt, bestieg die Tribüne, um seinerseits zu verkünden: „Wir sind ein zahlenmäßig kleines Volk, das heißt aber noch nicht, daß ein Vertreter unseres Volkes nicht Rußlands Präsident sein könnte. Deshalb fordere ich Sie auf, mit dem Gerede, das Sie hier seit einem Jahr führen, Schluß zu machen. Meiner Meinung nach müssen Sie das jakutische und das adygeische Volk um Entschuldigung bitten.“

Wer sagte denn, daß ein Adyge nicht Rußlands Präsident werden kann? Niemand sagte das. Im Gegenteil. Und was ist das für ein „Gerede“, das Sobtschak seit einem Jahr führt und das er unverzüglich einzustellen habe?

Die Spannung im Kongreßsaal war dermaßen groß, daß man abends vor dem Fernsehschirm direkt Angst hatte. Warum geschah das? Nur wegen eines Mißverständnisses, weil man sich verhört, weil man eine Redewendung mißverstanden hatte?

Nein. Wie sich herausstellte, glauben viele, Sobtschak melde sich viel zu oft zu Wort. Der Deputierte Suchow tut das so oft, wie er will, bei jeder Anzahl der Menschen, die sich schriftlich gemeldet haben, aber das kratzt niemanden. Oberst Petruschenko besteigt die Tribüne immer wieder und man findet das völlig in Ordnung. Liest man die Ansprache des Deputierten Poloskow aufmerksam, dann

sieht man, daß seine Kritik an der Regierung nicht Kritik, sondern Diffamierung war. Und? Niemand weinte, niemand verfiel in Wut, niemand stürzte zur Tribüne.

Meiner Logik gemäß folgere ich, daß Menschen, die zu kollektiver Aufregung neigen, eher für Ansprachen im Meeting-Geist als für parlamentarische sind. Diese Menschen machen sich nicht viel aus Fakten, Gedanken und Kenntnissen. Um so mehr dagegen aus Emotionen.

Ich kann nicht vergessen, wie bei der Erörterung von Zusätzen zum Gesetz über die Genossenschaft ein Deputierter von der Tribüne herab sagte: „Heute haben wir uns versammelt, um das Schicksal der Genossenschaft zu entscheiden.“ Es folgte eine Philippika über die „schamlosen Millionäre“, die uns allen das Leben vergällten. Der Saal war voller Zustimmung und teilte sein Pathos. Gleich ihm meinte ein Großteil der Anwesenden: Ho-ho, wir sind in der Mehrheit, gleich haben wir die verdammten Genossen schafter niedergestimmt, und schon morgen geben sie keinen Mucks von sich. Nur ein Wunder, ein winziges Stimmenübergewicht, rettete die Gesellschaft vor einer peinlichen Situation.

Bei einigen Delegierten hatte man den Eindruck, daß sie sich bei der Abstimmung nicht über das Wesen ihrer legislativen Tätigkeit, über ihre Verantwortung für die Folgen der gefaßten Beschlüsse bewußt waren. Daß sie nicht einmal verstanden, worum es ging.

Indes brauchen wir ein Parlament. Wir brauchen Wissen, die Fähigkeit, Tatsachen zu erfassen, ein kluges Wort zu verstehen, solche Worte vom Phrasengeklingel zu unterscheiden. Wir brauchen die Kunst, adäquate Schlüsse zu ziehen. An Meetings mangelt es bei uns nicht. Auch an solchen, die weit disziplinierter sind als unser Kongreß.

Berliner Kreuzworträtsel

Die Volkskammerwahlen brachten den Christdemokraten den Sieg. Wie geht es weiter?

Michail PODWIGIN ist der neue NZ-Korrespondent in der DDR und in Berlin (West). Wir bringen seinen ersten Bericht.

Die für seelische Regungen unzugänglichen Computer zogen Bilanz unter die aufsehenerregendsten Wahlen in der Geschichte der DDR. 24 Parteien, Gruppierungen und Wahlbündnisse machten sich gegenseitig das Recht streitig. Vertreter in die Volkskammer zu entsenden. Längst nicht allen glückte es, die Ziellinie zu erreichen.

Die DDR-Wahlen verliefen vor dem Hintergrund einer schwer durchschaubaren Verflechtung von Interessen und Widersprüchen, von Hoffnungen und Sorgen der verschiedensten Bevölkerungsschichten und politischen Kräfte dieses Landes. Die offene Grenze stellte die Republik vor eine Reihe schwerer politischer und sozialer Probleme. Der Strom der Übersiedler in die BRD und nach Berlin (West) reißt nicht ab. Allein seit Beginn dieses Jahres sind mehr als 130 000 Menschen in den Westen gezogen. Heute kann man schon nicht mehr sagen, daß ihre Abreise politisch motiviert war. Auf der Suche nach einem besseren Leben ziehen qualifizierte Facharbeiter, Ingenieure und medizinisches Personal ab.

Die Spekulation nimmt zu. Heute wollen viele sich an dem Preisgefälle zwischen DDR und BRD bereichern. Die wirtschaftliche Lage hat sich dra-

stisch verschlechtert. Die Arbeitsproduktivität sinkt rapide, vertragliche Lieferungen werden nicht eingehalten, und die Arbeitslosigkeit nimmt zu.

Lawinenartig wächst der Wunsch nach einem vereinigten Deutschland. Viele sehen darin den Ausweg aus der sozialökonomischen und politischen Krise, in der die DDR jetzt steckt. Weit verbreitet ist auch die Vorstellung, daß die Einführung der D-Mark nach Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD die Ostdeutschen auf einen Schlag reicher machen könne. Hoffnungen wie diese wurden durch den offenen Eingriff der BRD in die innenpolitische Auseinandersetzung in der DDR genährt. Bonn ignorierte die Entscheidung des Run- den Tisches, bundesdeutsche Politiker zu Wahlkampfaktivitäten in der Republik nicht zuzulassen, und setzte alle Hebel einer direkten Einflussnahme auf die öffentliche Meinung in der DDR in Bewegung. Bundesdeutsche und Westberliner Massenmedien unterzogen die Bevölkerung einer Dauerbearbeitung. SPD und CDU gründeten in Bonn Sonderstäbe, um ihre Handlungen mit ihren Schwesterparteien in der DDR zu koordinieren. Ersten Schätzungen zufolge pumpte die BRD etwa 20 Millionen D-Mark in den DDR-Wahlkampf.

Bei einer CDU-Wahlkundgebung in Berlin-Friedrichshain lernte ich den Bundestagsabgeordneten der West-CDU Gero Pfennig kennen.

„Herr Pfennig“, fragte ich ihn, „bekanntlich hat der Runde Tisch beschlossen, bundesdeutsche und westberliner Politiker vom Wahlkampf in der DDR auszuschließen. Haben Sie in dieser Hinsicht keine Gewissensbisse?“

„Nein“, antwortete er, „Ich war 6 Jahre lang Abgeordneter im Europaparlament und bin es gewohnt, in verschiedenen Ländern zu Wahlveranstaltungen eingeladen zu werden.“

„Immerhin ist die DDR kein EG-Mitglied!“

„Ist das hier etwa von Belang?“

„Wie oft haben Sie an solchen Ver-

anstaltungen in der DDR teilgenommen?“

„Das dürfte sich nur schwer nachzählen lassen.“

„Trotzdem, zehn, zwanzig oder fünfzig Mal?“

„Mit der letzten Zahl kommen Sie der Sache schon näher.“

„Das heißt, praktisch jeden Tag?“

„Ja.“

Hier noch eine Illustration zum Wahlkampf: Auf den Stufen des alten Französischen Doms in Berlin geben sich die Wortführer der „Allianz für Deutschland“ ein Stelldichein. Dem konservativen Block gehören die CDU, der Demokratische Aufbruch und die erst im Januar dieses Jahres gegründete Deutsche Soziale Union an. Sie eint die strikte Ablehnung des Sozialismus und ihr Wunsch, die deutsche Vereinigung unverzüglich zu vollziehen. Auf der Tribüne weilen Gäste aus dem Ausland: die Bundespräsidentin Rita Süßmuth und der Westberliner CDU-Vorsitzende Eberhard Diepgen.

Wattstarke Lautsprecher tragen Aufrufe über den Platz, die Allianz zu wählen, und Versprechungen, auf dem Territorium der DDR, nach der Vereinigung, versteht sich, ein Wirtschaftswunder zu starten. Die Redner ärgern sich eindeutig über die hier und da hoch über die Köpfe der Anwesenden gehaltenen Staatsflaggen der DDR und über Gruppen von Jugendlichen, die laut skandieren: „Berlin bleibt rot!“

Die Politiker aus Bonn legen es eindeutig darauf an, mit effektvollen Auftritten vor der in Wahlkämpfen ungeübten DDR-Zuhörerschaft zusätzliche Punkte zu sammeln. Man kann sagen, daß ihnen das gelingt.

Der Wahlkampf ist vorbei. Am Abend des 18. März werden die ersten Hochrechnungen mit Ungeduld erwartet. Die erste Sensation: Die Allianz für Deutschland hat mit über 40% der Stimmen gesiegt. Ein dermaßen hohes Ergebnis hat hier niemand erwartet, selbst die Sieger nicht. Die Wahlbeteiligung war sehr hoch. Von 12,2 Millionen Wahlberechtigten gingen 93 Prozent zu den Urnen.

Journalisten, Politiker und Deutschland-Experten werden noch oft auf diese Wahlen zurückkommen, um die Motive und möglichen Folgen dieses Abstimmungsergebnisses zu eruieren. Bereits heute ist jedoch schon klar, daß ökonomische Gründe für einen

Michail PODWIGIN, geboren 1940, absolvierte die Staatliche Pädagogische Hochschule für Fremdsprachen in Moskau. Von 1979 bis 1983 war er Korrespondent der „Neuen Zeit“ in der DDR und in Berlin (West).





Auf allen Wänden Plakate. So sahen die Berliner Straßen vor den Wahlen aus.

Foto: AP-TASS

bedeutenden Teil der DDR-Bevölkerung den Ausschlag gaben, die Hoffnung auf eine baldige Einführung der D-Mark, der Glaube daran, daß ein schnelles Wirtschaftswunder möglich ist. Zweifellos haben auch die großzügigen Versprechungen Wirkung gezeigt, mit denen CDU-Politiker während des Wahlkampfes um sich warfen. Das soll trotzdem noch längst nicht heißen, daß alle diese Wähler die politische Konzeption der CDU für eine deutsche Vereinigung teilen. Einschätzungen des Instituts für angewandte Sozialwissenschaften INFAS sprechen sich etwa 75% der DDR-Bevölkerung für ein entmilitarisiertes vereinigtes Deutschland aus. In letzter Zeit macht sich in einem Teil der Bevölkerung zunehmende Beunruhigung über die sozialökonomischen Folgen einer übereilten Vereinigung bemerkbar.

Gründe dafür gibt es zur Genüge. Fachleute meinen, daß freier Markt und Schließungen von unrentablen Betrieben 1,5 bis 2 Millionen Menschen um ihren Arbeitsplatz bringen können. Auch die Bauern machen sich ernsthaft Gedanken darüber, was nach der Vereinigung aus ihnen werden soll. Die BRD mit ihrem riesigen Nahrungsmittelüberschuß und ihrer hohen Arbeitsproduktivität kann den Agrarsektor im östlichen Teil Deutschlands lahmlegen. Was soll mit den Renten geschehen? Wie hoch werden die Mieten steigen? Wie wird die medizinische Versorgung aussehen?

Fragen wie diese beunruhigen hier viele.

Der CDU-Vorsitzende und designierte Premierminister der DDR Lothar de Maizière sprach sich sofort nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses für eine „möglichst breite Regierungskoalition“ aus. Er lehnte es ab, mögliche Ministerkandidaten zu benennen, gab aber zu verstehen, daß er die Kandidatur eines Elmar Pieroth von der Westberliner CDU für das Amt des Wirtschaftsministers unterstützen werde. Die vorrangige Aufgabe der neuen Regierung sieht de Maizière in der baldigen Gründung einer wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Union zwischen beiden deutschen Staaten, außerdem ist er für Maßnahmen, die verhindern, daß DDR-Bürger ins westliche Deutschland übersiedeln. In Hinsicht auf die deutsche Einheit betonte er, daß sie nicht möglich sei, ohne die Interessen der Nachbarstaaten zu berücksichtigen. Vieles werde seiner Meinung nach davon abhängen, wie die Verhandlungen nach der Formel 2 plus 4 verlaufen.

Für die Sozialdemokraten waren die Wahlergebnisse eine glatte Enttäuschung. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Markus Meckel machte „die Unerfahrenheit in Demokratie“ dafür verantwortlich, daß seine Partei es nur auf 22 Prozent der Stimmen brachte. Außerdem sei der Kampf um die Wählerstimmen ohne Einhaltung der elementarsten Spielregeln geführt worden.

Die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) führte den Wahlkampf unter hochkomplizierten Bedingungen. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung stellte seinen Rachedurst und stimmte gegen die Träger der alten Macht, gegen Angehörige des Parteiapparats. In einer Atmosphäre der Hetzjagd und Isolation von Seiten der anderen politischen Kräfte brach die PDS entschieden mit dem bürokratischen Kommandostil ihrer Vorgängerin, der SED, verurteilte Fälle von Korruption und persönlicher Bereicherung durch einige Parteidienststellen, schloß diese aus der Partei aus und stellte ein neues Programm vor. Der Kampf um Abgeordnetenmandate verlief parallel zum Selbstreinigungsprozeß. Die erneuerte PDS setzte sich konsequent für den Schutz der sozialen Errungenschaften der Werktätigen ein und dafür, daß es zu keinem wie auch immer gearteten Anschluß der DDR an die BRD kommt. Daß diese Partei 17% der Stimmen erhalten hat, spricht eindeutig dafür, daß die PDS weiterhin ein wichtiger politischer Faktor in diesem Land sein wird. Als Opposition im Parlament wird sie um ihr politisches Ansehen und ein neues eigenständiges Profil ringen müssen.

In Berlin stehen jetzt Verhandlungen über eine neue Koalitionsregierung auf der Tagesordnung. Da die Allianz weniger als die Hälfte der Wählerstimmen errungen hat, kann sie keine Mehrheitsregierung bilden. Für Verfassungsänderungen in der DDR ist zumindest eine Zweidrittelmehrheit in der Volkskammer erforderlich. Ein Koalitionspartner der Allianz wird voraussichtlich der Bund Freier Demokraten, der bei diesen Wahlen 5% der Stimmen erhalten hat. Die Sozialdemokraten wollen sich an dieser Koalition nicht beteiligen.

Kann die CDU Regierungsverantwortung übernehmen und dabei eine integrierende Kraft werden? Wird die neue Regierung imstande sein, zu verhindern, daß die DDR angesichts einer allgemeinen Brutalisierung und Intoleranz ins Chaos abrutscht? Erkennen die Christdemokraten in beiden deutschen Staaten, was für eine riesige Verantwortung jetzt auf ihnen lastet? Werden sie so vernünftig sein und ihre Schritte hin zu einer möglichen Vereinigung konsequent durchdenken?

Um eine Illusion ärmer

Wir sind unverbesserlich. Menschen, die in einem Milieu von verhängnisvollen Illusionen aufgewachsen sind, wie edel diese auch motiviert gewesen sein mögen, können das Undenkbare offensichtlich nicht denken. Andauernd hoffen wir, daß ein solches Denken sich dereinst erübrigt, daß sich eines Tages alle kleinlichen Mißverständnisse klären lassen und man wieder leben kann, ohne sich mit eitlen und unangenehmen Fragen plagen zu müssen. Während des letzten ZK-Plenums der KPdSU erläuterte Genosse Browikow, UdSSR-Botschafter in Warschau und ein unermüdlicher Kritiker der sowjetischen Außenpolitik in der Perestroika-Ära, mit unnachahmlicher Naivität, daß es ausreiche, beispielsweise Gorbatschow oder Jakowlew mit einem Parteiverfahren zu belangen, und alles käme wieder ins Lot, dann entstünde noch einmal um uns herum eine rettende Pufferzone aus sozialistischen Staaten, Walesa und Havel würden wie eine Sinnestäuschung verschwinden und der Weltsozialismus wäre wieder gerettet.

In eben diesem Falle geht der Weltsozialismus un widerbringlich unter. Die Einsicht in diese Gefahr zwang das in Michail Gorbatschow personifizierte kollektive Bewußtsein der Partei, den kühnen Versuch zu unternehmen, sozialistisches Denken auf die gefährliche, aber rettende Höhe der Selbstverleugnung zu heben, einer Selbstverleugnung um der Erneuerung willen. Wahrscheinlich hat auch Genosse Browikow Gorbatschow mehrfach dahingehend zitiert, daß im April 1985 eine neue Revolution begonnen habe. Nur macht Übung (im Zitieren) nicht immer den Meister, besonders wenn sie mechanisch erfolgt. Wir haben alle etwas nachgeplappert, ohne den Sinn dieser Definition zu begreifen.

Heute sind viele bereit, über Gorbatschow herzufallen und, wie ein Volksdeputierter das ausdrückte, „Gorbatschow vor Gorbatschow zu schützen“. Nein, lieber wollen wir uns „vor uns selbst schützen“, vor denen nämlich, die vergessen, daß sie die Früchte der Perestroika genießen, besonders die Früchte eines neuen politischen Denkens, das die Gefahr einer atomaren Katastrophe von uns abgewandt und uns in eine Reihe mit anderen zivilisierten Staaten gestellt hat, die keine Angst mehr vor uns haben, sondern uns achten. Dazu gehören auch unsere Nachbarn, mit denen die Sowjetunion durch ein gemeinsames Schicksal und gemeinsame Grenzen verbunden ist.

Die Revolution geht weiter, wobei sie uns jeden Tag neue innen- und außenpolitische Enttäuschungen bringt. Zukünftige Geschichtsforscher werden entscheiden müssen, ob das Enttäuschungen oder Erkenntnisabschnitte waren. Die heute Lebenden aber haben es schwer, sich emotionaler Wertungen zu enthalten, die beinahe uneingeschränkt von uns Besitz ergreifen. Das deutlichste Beispiel dafür ist, wie die Ereignisse in der Deutschen Demokratischen Republik und die Entwicklung ihrer Beziehungen zur BRD aufgenommen werden. Viele Jahre hielten wir die Lage in der DDR für stabil und die Doktrin von der deutschen Zweistaatlichkeit für

fest verankert, da sie sich sowohl in Berlin als auch in Bonn bewährt hatte. Um so schwerer ist es jetzt für alle, besonders für Teilnehmer des großen Krieges, die Vorgänge in Deutschland, besonders im östlichen Teil, nachzuvollziehen. Hier ist wieder etwas „Undenkbares“ geschehen: Der Vereinigungsprozeß läuft an. Soll man dafür vielleicht wieder Gorbatschow oder Jakowlew eine Parteirüge erteilen? Ich fürchte, daß Botschafter Browikow diesmal nicht einmal bei seinem Kollegen in der DDR Unterstützung finden wird.

Wer wollte bestreiten, daß die Entwicklung der Ereignisse uns überholt hat, selbst unsere Vorstellungen darüber, was noch alles passieren kann. Allerdings gibt es bei Verspätungen in der Politik graduelle Unterschiede: Man kann zu spät zum Zug kommen, man kann ihn aber auch mit dem Automobil einholen, im Flugzeug wird man ihn sogar überholen. Dafür muß die Entscheidung allerdings hart sein, ohne Lyrik und Trauer um vergangene Tage.

Sind die Wahlergebnisse in der DDR wieder eine Enttäuschung für uns? So sehen sie bestimmt für diejenigen aus, welche die ganze Tiefe der moralischen Niederlage sozialistischer Ideen in ihrer preußischen Variante à la Honecker noch nicht ermessen haben. Wie wir sehen, konnten weder die Partei des Demokratischen Sozialismus, die schwer an der Last ihrer Vergangenheit zu tragen hat, noch die ihr entgegengesetzte Sozialdemokratische Partei führende Positionen erringen. Diese erzielte dafür unter direkter Führung von Kohl der konservative Block, der den DDR-Bürgern Milch und Honig an den Ufern des Rheins versprach. Ich möchte nicht alles durch die beispiellose Einmischung des Westens erklären. Sie hat ihre Rolle gespielt, aber wie ich in früheren Artikeln zu bemerken Gelegenheit hatte, bleibt jedem äußeren Einmischungsversuch die Wirkung versagt, wenn er nicht auf fruchtbaren Boden im Innern stößt. Folglich müssen wir wieder auf eine Illusion verzichten, die wir bis zum 18. März noch hegten konnten. Es haben Parteien und Gruppen gesiegt, die auf ihre in Bonn hergestellten Banner antisozialistische Parolen geschrieben haben. Obwohl mit der CDU in der DDR an der Macht Herr Kohl selbst dort noch nicht an der Macht ist, sprechen die Wahlen für sich. Eine neue Realität ist entstanden, eine „konservative“ DDR.

Sicherlich ist der 18. März nur ein Abschnitt, und nicht einmal der letzte. Vor diesem Hintergrund sind die internen Kräftekonflikte in der BRD etwas in den Schatten getreten, dabei sind diese nicht etwa weniger stark, wenn man an die Bundestagswahlen im Dezember denkt. Die weitere Entwicklung der deutschen Angelegenheiten wird unter Bedingungen eines „Kreuzfeuers“ in beiden Republiken verlaufen. Daneben ist der internationale Dialog über Deutschland bereits eröffnet. Er nimmt physische Formen an und birgt nicht wenige Risse und noch mehr Unterströmungen. Wir müssen sowohl Enttäuschungen (um das schreckliche Wort „Vollziehung“ zu vermeiden) als auch Durchbrüche in die Zukunft gewärtigen. Am besten ohne Illusionen.



Lew
Besymenski

**Muß man
ab sofort
mit einer
konservativen
DDR rechnen?**

Pattsituation

Das Politbüro und die Sekretäre des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei sind zurückgetreten ● Gomboshawin Otschirbat wurde zum neuen Parteichef gewählt ● Die Opposition sammelt Punkte

Vor dem Hintergrund der gewaltigen politischen Veränderungen in Osteuropa und der dramatischen Entwicklung des sowjetischen Umbauprozesses scheinen die Veränderungen in der Mongolischen Volksrepublik verspätet zu kommen. Dennoch beweisen sie: Nicht nur in der UdSSR und den europäischen sozialistischen Ländern, sondern auch in Zentralasien hat das stalinistische und poststalinistische Modell des „realen Sozialismus“ seine Reserven endgültig erschöpft und sich in einen Bremsfaktor der gesellschaftlichen Entwicklung verwandelt, der nun gezwungen ist, die historische Bühne zu verlassen.

Die Wurzeln der Unzufriedenheit

Das Plenum des ZK der MRVP, bei dem die alte Parteiführung zurückgetreten ist, wurde zu einem logischen Schlüpfunkt in diesem wichtigen Abschnitt des politischen Kampfes. Dieser kommt, sich manchmal zuspitzend, hin und wieder auch abflauend, seit mehreren Monaten in der Mongolei nicht zur Ruhe. Demonstrationen, Versammlungen, Sitzungen, Resolutionen, Erklärungen. Neue politische Organisationen treten mit eigenen Plattformen auf, neue Leitfiguren melden sich zu Wort, und alles angesichts einer zunehmenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung über inkonsequente wirtschaftliche und politische Reformen, niedrige Löhne, leere Geschäfte und Warteschlangen.

Mitte Februar führten Mitglieder der inoffiziellen Mongolischen Sozialdemokratischen Bewegung eine Meinungsumfrage auf den Straßen von Ulan-Bator durch. Sie befragten Passanten: Sind sie mit ihrem Lebensstandard zufrieden? Halten Sie die Führung der MRVP für fähig, den Erfolg des Umbaus in der Mongolei zu gewährleisten? Braucht die Mongolei ein Mehrparteiensystem? Müssen die Beschränkungen für die Stückzahl von Vieh in Privatbesitz beibehalten werden? Wird das Prinzip der Gleichheit und Gerechtigkeit in der mongolischen Gesellschaft eingehalten? Entsprechen die in der Mongolei gelten-

den Gesetze Ihren Vorstellungen von Menschenrechten?

Von 1150 Befragten waren 1064 mit ihrem Lebensstandard unzufrieden. 67% glaubten nicht an die Kompetenz der politischen Führung. 73% sprachen sich für ein Mehrparteiensystem aus. Über 90% meinten, daß unter den Bedingungen der Mongolei jeder Viehzüchter das Recht haben sollte, soviel

che soziale Gerechtigkeit und Zuversicht, einen hohen Lebensstandard und größtmögliche menschliche Rechte und Freiheiten bietet. Die MRVP hat das nicht geschafft. Wir müssen zurück zu den revolutionären Idealen von Suche-Bator und seinen Kampfgefährten, und das vollbringen, wovon die Nachfolger der ersten Generation von Revolutionären abgewichen sind, nämlich eine demokratische Revolution. Jeder Mongole hat das Recht, auf mongolischem Boden gut und frei zu leben.“

„Was muß denn dafür geschehen?“

„Die derzeitige Führung der MRVP muß gehen, und die Partei selbst muß auf ihr Machtmonopol verzichten. Man muß die Möglichkeit anerkennen, daß unser Land sich unter Bedingungen eines Mehrparteiensystems und des politischen Pluralismus demokratisch entwik-



Spontane Zusammenkunft in Ulan-Bator

Foto: S. Batsuch (Monzame)

Vieh zu halten, wie er will, so wie in anderen Ländern Bauern das Recht haben, ihren eigenen Boden zu bearbeiten. Mehr als drei Viertel der Befragten meinten, daß Prinzipien der Gleichheit und Gerechtigkeit in der MVR nicht verwirklicht werden und die geltenden Gesetze bei weitem nicht immer mit den Bestimmungen der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration zusammenfallen.

„Die Umfrageergebnisse bringen die Stimmungen der gesamten mongolischen Gesellschaft ziemlich genau zum Ausdruck“, sagte mir S. Sorig, Hauptkoordinator des Mongolischen Demokratischen Bundes (MDB), einer der bekanntesten Männer in der heutigen Mongolei. „Es ist jetzt schon klar, daß es uns nicht gelungen ist, einen Sozialismus aufzubauen, der dem Menschen größtmögli-

kelt. Wir brauchen eine neue Verfassung, ein neues demokratisch gewähltes Parlament und eine neue Regierung, die nicht über die Sauberkeit von ideologischen Prinzipien, sondern über die wirklichen Interessen des Volkes wacht.“

Unser Gespräch fand in einem Institut der Mongolischen Staatsuniversität statt. Im Nebenzimmer arbeiteten MDB-Mitglieder an der nächsten Ausgabe der Zeitung „Shine Üye“, „Neue Generation“, und unser Gesprächskreis wurde immer größer.

„Also gut, nehmen wir einmal an, es wird so, wie Sie sich das vorstellen. Es gibt eine neue Führung, und das Mehrparteiensystem wird eingeführt. Davon gibt es aber noch keine Apfelsinen in den Geschäften. Mehr Fleisch gibt es auch nicht, und der Lohn steigt damit auch nicht automatisch.“

„Wir haben ausgerechnet, daß man den durchschnittlichen Monatslohn auf 1200 bis 2000 Tugrik steigern könnte.“

„Woher wollen Sie denn das Geld nehmen?“

„Die Mittel dafür könnten aus dem Außenhandel kommen. Heute ist die Mongolei auf den Auslandsmärkten kein gleichberechtigter Partner. Wir werden kurzerhand ausgeplündert.“

Was kostet wieviel?

Hier ist eine Erklärung fällig. Sobald in der Mongolei außenwirtschaftliche Fragen angesprochen werden, geht es in der Regel vor allem um die mongolisch-sowjetischen Beziehungen. Auf sie entfallen, wie mir mehrfach versichert wurde, neun Zehntel des gesamten Außenhandelsumsatzes, und die erregen nicht geringen Anstoß.

Am meisten ärgern sich die Mongolen über die, wie sich inzwischen herausstellte, riesigen Schulden bei ihrem nördlichen Nachbarn, fast 10 Milliarden Rubel oder 40 Milliarden Tugrik. Das sind annähernd 20 000 Tugrik von jedem der 2 Millionen Einwohner.

„Keiner von uns hat diese 20 000. Wir haben auch noch nie gesehen“, sagten die Studenten, „wofür das ganze Geld ausgegeben worden ist.“

„Schon 1926 hat unser damaliger Minister A. Amar dem sowjetischen Volkskommissar Tschitscherin geschrieben, daß wir der UdSSR Rohstoffe zu Niedrigpreisen verkaufen, fertige Waren aber zu hohen Preisen einkaufen. Seitdem hat sich daran leider nichts mehr geändert, vielleicht ist es sogar noch schlimmer geworden“, stellte der Journalist D. Nintsch, ein Parteifreund von Sorig, fest. „Urteilen Sie selbst.“

Man übersetzte mir einen Artikel des Ökonomen D. Surenshaw aus der Januarausgabe der ZK-Zeitschrift „Wirtschafts-Rundschau“. In den 60 Jahren unserer Zusammenarbeit war, wie der Ökonom schreibt, die Handelsbilanz mit der UdSSR nur ein einziges Mal, nämlich 1925, ausgeglichen. Schuld daran ist natürlich die unvernünftige Handelspolitik der mongolischen Führung, aber auch die Preise waren nicht in Ordnung. 1946 bis 1966 lieferte die MVR der UdSSR beispielsweise 3 Millionen Kälber und Kühe zu einem Stückpreis von sage und schreibe 38 Rubeln, 35 Millionen Schafe und Ziegen zu 6 Rubeln pro Kopf. In den 70er und 80er Jahren wurden riesige Bergbau- und Anreicherungsunternehmen aus dem Boden gestampft, die ihre Produktion heute in die UdSSR, in die Tschechoslowakei, nach Ungarn und in die DDR liefern, und die Verschuldung nahm katastrophale Ausmaße an. Der Rohstoff ist billig, die Fördertechnik teuer.

„Wenn wir das Problem des gerechten Außenhandels lösen, werden wir auch

genug Mittel haben, um den Lebensstandard für unsere Bevölkerung drastisch anzuheben“, meint S. Sorig.

„Die Leute vom MDB sind nicht objektiv. Sie wollen nicht wahrhaben, daß die UdSSR ihre Erzeugnisse in anderen Ländern sehr viel günstiger hätte verkaufen können“, heißt es in der sowjetischen Botschaft in der MVR.

„Bei den Preisen auf unseren sozialistischen Märkten herrscht heute ein solches Durcheinander, daß es nur noch sehr schwer gelingt, objektiv zu berechnen, was wieviel kostet und wer wem wieviel schuldet“, meinen die Fachleute, die ich in Moskau um Klärung bat.

In einem sind sich alle sicher: Hier muß endlich Ordnung geschaffen werden. Sonst verliert man Freunde, Verbündete und die Achtung voreinander.

Dieser Meinung kann man sich nur anschließen.

Entgegenkommen

Freilich sind die populistischen Slogans des MDB interessant für Leute, die, wie sie selbst sagen, nach 1937 überhaupt nicht mehr gewagt haben, den Mund aufzumachen und ihre Meinung zu sagen. Dennoch mißtrauen viele der sagenhaften Leichtigkeit, mit der die spontanen Gruppen allgemeinen Wohlstand anstreben wollen.

„Das sind erstmal alles nur Worte“, sagten mir aus diesem Anlaß Arbeiter aus der Teppichweberei „Wilhelm Pieck“. „Man kann leicht etwas versprechen, wenn man dafür nicht geradestehen muß. Schöne Worte haben wir schon genug gehört. Das zieht bei uns nicht mehr.“

„Wen würden Sie denn unterstützen, den MDB oder die MRVP?“

„Noch niemanden. Wir werden sehen, wie es weitergeht.“

Wie es weitergeht, kann heute wohl niemand in der Mongolei so genau sagen. Eins ist klar: Die Opposition nutzt die Möglichkeiten der Versammlungsdemokratie und das Zögern, die mangelnde Flexibilität der offiziellen Regierung geschickt aus und kann dadurch ihre Stellung ausbauen. Der MDB, der Studentenverband, das Neue fortschrittliche Bündnis, die Bewegung für demokratischen Sozialismus und andere in letzter Zeit gegründete Organisationen haben ihren Masseneinfluß gestärkt, Keimzellen zukünftiger Organisationsstrukturen aufgebaut und wenn auch nicht restlos durchdachte, so doch attraktive Programme aufgestellt. Die MRVP hechelt den Ereignissen hinterher. Erst in den letzten Tagen kümmert sie sich ernsthaft um ihren innerparteilichen Umbau, bemüht sich, Versäumtes nachzuholen und der Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Das ZK-Plenum der MRVP, das die Rücktrittserklärung der alten Parteiführung entgegengenommen hat, beschloß, den außerordentlichen Parteitag auf den

10. April vorzuziehen, schlug vor, den Paragraphen aus der Verfassung der MVR zu streichen, welcher der MRVP das ausschließliche Recht auf die führende Rolle garantiert, und sprach sich dafür aus, die Wahlen für den Großen Volkshural von 1991 auf dieses Jahr vorzuverlegen und alsbald einen neuen Verfassungstext auszuarbeiten. Die MRVP erklärte, sie sei angesichts der mongolischen Spezifität bereit, mit allen politischen Kräften zusammenzuarbeiten, die an der Gründung eines humanen, demokratischen und sozialistischen Rechtsstaates interessiert sind.

Damit sind die mongolischen Kommunisten den Forderungen der demokratischen Opposition entgegengekommen. Zweifellos mußten sie dafür politischen Mut, Verantwortungsbewußtsein und die Fähigkeit aufbringen, ihre eigene Arbeit kritisch zu werten und ihre Positionen zu überprüfen.

Wird die Opposition angemessen auf diesen Schritt antworten können oder wird sie weiter von der Demokratie der Straße profitieren wollen? Ob die euphorischen Trugbilder von einer greifbar nahen glücklichen Zukunft in Überfluß durch eine nüchternere Sichtweise abgelöst werden kann, bei der klar wird, welche Maßnahmen in welcher Reihenfolge zu ergreifen sind, um die Wirtschaft der Mongolei anzukurbeln, wird sich erst mit der Zeit zeigen. Noch erinnert die Lage an eine Pattsituation. Weder die eine noch die andere Seite wird die Probleme dieses Landes alleine lösen können.

In den Jahrhunderten ihres Bestehens hat die bürgerliche Demokratie einen großartigen Mechanismus entwickelt, wie die führenden Personen in der staatlichen Leitung abzulösen sind. Regierungsparteien, Präsidenten, Premiers, Minister wechseln einander ab, und alles geht in der Regel ohne größere politische oder wirtschaftliche Erschütterungen über die Bühne und schlägt sich nicht auf Löhne, das Warenangebot oder die Dienstleistungen nieder. Die sozialistische Demokratie hat einen solchen Mechanismus leider nicht zustande gebracht. Die Mongolen werden in dieser Beziehung noch mit nicht eben geringen Schwierigkeiten rechnen müssen.

„Wir sehen den Schwierigkeiten ins Auge“, sagt D. Nintsch aus diesem Anlaß. „Wir hoffen aber, wenn wir sie bewältigen, eine Gesellschaft aufzubauen zu können, in der die Demokratie keine Attribute wie ‚bürgerlich‘ oder ‚sozialistisch‘ mehr braucht. Sie wird das sein, was eine Demokratie sein muß, nämlich die Macht von freien Menschen auf einer freien Erde.“

Es liegt also alles noch vor uns.

Alexander Didussenko

NZ-Sonderkorrespondent
ULAN-BATOR - MOSKAU

Nach 40 Jahren arabisch-israelischer Krieg

Pilgerfahrt ins Heilige Land

Leonid Medwedko
Dr. phil. habil., Historiker

O

Die russische Redewendung „in Palästina sein“ bedeutet seit alters die physische und geistige Fühlungnahme mit heiligen Stätten. In unserer Zeit hat dieser Ausdruck einen überraschend neuen Sinn erhalten.

wohl Jerusalem übersetzt „Stadt des Friedens“ heißt, ist hier ständig gekämpft worden. Die Stadt wurde mindestens 35mal zerstört. Palästina, mehrfach zum Kriegsschauplatz geworden, ist gewissermaßen zum zweiten Mal das gelobte Land.

Das erste Gelübde wurde, wie es in der Bibel heißt, Moses gegeben, als er die Juden aus der Sklaverei in Ägypten führte. Das zweite Gelübde, oder Versprechen, das man sowohl den Juden als auch den Arabern gab, war in einer Resolution der Organisation der Vereinten Nationen enthalten, die vor über 40 Jahren am 29. November 1947 verabschiedet wurde. Dieser Resolution zufolge sollten auf dem Territorium des ehemaligen britischen Mandats zwei unabhängige Staaten, ein arabischer und ein jüdischer Staat, und die besondere internationale Zone Jerusalem mit ihren heiligen Stätten in der Umgebung entstehen. Zu dieser Geburt der drei palästinensischen Gebilde ist es nicht gekommen.

Als ich fast 20 Jahre nach dem Jukrieg Palästina besuchte, konnte ich sehen, daß es heute weder in Jerusalem noch im gelobten Land irgendwelche sichtbaren Grenzen oder Demarkationslinien gibt. Weder de jure zwischen den drei Palästinas noch de facto zwischen Israel und den 1967 von Israel okkupierten arabischen Territorien. Auch die Mauern

von Jerusalem trennen die heilige Stadt nicht mehr als früher auch schon in Zonen und Sektoren. Die Trennung zwischen ihnen vollzieht sich nicht nach nationalen oder religiösen Merkmalen, sondern nach einem moralischen Kriterium, über das einst Berdjajew geschrieben hat: „In der Welt gab und gibt es immer zwei Rassen, und diese Rassentrennung ist wichtiger als alle anderen Trennungen. Es gibt Kreuzigende und Gekreuzigte, es gibt Hetzer und Gehetzte.“

Pilger des Glaubens und des Gewissens

Gruppen von Wallfahrern und einzelne Pilger suchen die heiligen Quellen ihres Glaubens auf: die Juden gehen an die Klagemauer, die Christen in die Grabeskirche und die Muslime in die Al-Aqsa-Moschee. Mit der Vergebung ihrer Sünden hoffen sie auch auf sittliche Läuterung.

Die christliche Wallfahrt ins heilige Land erlebt ihren Höhepunkt zu Weihnachten und Neujahr. In der Übergangszeit vom alten zum neuen Jahr waren auch wir, eine Delegation des Sowjetischen Komitees für die Solidarität mit den Ländern Asiens und Afrikas, unter diesen Pilgern, denn wir beteiligten uns an dem Friedensmarsch durch Palästina, den der internationale Koordinationsausschuß der regierungsunabhängigen Organisationen veranstaltet hatte. Er fand im Rahmen der Kampagne „1990: Jahr des Friedens“ statt, nachdem die Europäische Friedensbewegung und mehrere palästinensische und israelische Organisationen dazu aufgerufen hatten.

Wir fünf Volksdiplomaten aus der Sowjetunion wurden nicht zu den religiösen Wallfahrern gezählt. Die meisten von uns gehören aber schon längst der 1882 gegründeten ehemaligen Kaiserlich Orthodoxen, heute schlicht Russischen Palästina-Gesellschaft (RPG) an. Bis zur Revolution hatte die RPG die Bibelworte: „Um Zions willen will ich nicht schweigen, und um Jerusalems willen will ich nicht innehalten“ zu ihrer Devise. Viele Jahre hindurch betrieb die RPG neben wissenschaftlichen Forschungen auch praktische Wohltätigkeit, unter anderem bei der Durchführung von massenhaften Wallfahrten ins ferne Palästina. Damit hatten wir guten Grund, uns als Fortsetzer der für viele Jahrzehnte unterbrochenen russischen Wallfahrt zu fühlen.

Früher dachte ich wohl wie die meisten meiner Landsleute, daß die Teilnehmer von Friedensaktionen überwiegend in fortschrittlichen Parteien oder Organisationen aktiv sind. Kaum hatte ich mich jedoch im Gasthaus „Sieben Torbögen“ auf dem Ölberg in Jerusalem umgesehen, als ich auf einem hölzernen Podium, das unter freiem Himmel aufgebaut worden war, auf einem weißen Tuch las: „1990: Jahr der Bibellektüre“.

Als ich mich am nächsten Morgen beim Frühstück mit einem der Organisatoren des Bibelmar-



Jerusalem: Israelis und Palästinenser gemeinsam beim Friedensmarsch

thons unterhielt, erfuhr ich, daß dieser ebenfalls unter dem Leitgedanken „1990: Jahr des Friedens“ stattfinden soll. Seine Veranstalter, zutiefst gläubige Menschen und überwiegend Protestanten, sind nach Jerusalem gekommen, um ihren Beitrag mit „Gottes Wort für den Frieden auf Erden“ zu leisten.

Tags darauf in Bethlehem hörten wir in der Auferstehungskirche Christi, daß am heiligen Abend unter dem Klang der 100蒲d schweren Glocken, die Meister Akim Worobjow 1886 in Petersburg gegossen hatte, ebenfalls eine Nachmesse „zum Ruhme des Friedens, der Liebe und der Gerechtigkeit auf Erden“ abgehalten worden war. Diesen feierlichen Gottesdienst führte Erzbischof Desmond Tutu durch, der eigens dazu aus Südafrika angereist war. Wegen der Sperrstunde konnten jedoch viele palästinensische Christen nicht daran teilnehmen. Das nahm der Erzbischof zum Vorwand, ihre Lage mit der „Rechtlosigkeit der Schwarzen“ in Südafrika zu vergleichen. Diese Bemerkung löste in der israelischen Regierung Verärgerung aus. Man warf ihm vor, sich in innere Angelegenheiten eingemischt zu haben. Tutu hatte jedoch mehr Sympathisanten als Glaubensbrüder, nämlich die aktiven Teilnehmer der Friedensbewegung. Sie engagieren sich nicht so sehr aus politischer Überzeugung, sondern weil sie es als ihre moralische Pflicht ansehen.

Das bestätigte uns Marisa Monu. Die italienische Katholikin wurde während des Friedensmarsches in Jerusalem verwundet. Wir besuchten sie im St. Joseph-Krankenhaus, das überfüllt ist mit ebenso unschuldigen Opfern polizeilicher Gewaltanwendung. Frau Monu, Mutter von zwei Kindern, wurde bei der gewalttamen Auflösung einer Demonstration von einem Gummigeschoß getroffen und verlor dabei ein Auge.

„Ich bin zum erstenmal in Jerusalem und als überzeugte Katholikin fasse ich das als Prüfung meines Glaubens und meiner Aufrichtigkeit als Bürgerin auf. Man kann sich doch nicht vor Heiligtümern verneigen und dabei über Gotteslästerung und Leiden von lebendigen Menschen hinwegsehen. Mitleid empfinden heißt bereit sein, den Schmerz mit ihnen zu teilen.“

Im Krankenhaus Al-Maqased in Jerusalem sahen wir Hunderte von verwundeten Jugendlichen. In Israel gelten sie als minderjährige Terroristen. Dabei sind sie selbst nur Opfer des Terrors von Erwachsenen.

Die Argumente der Regierung sind einfach. Wir hörten sie von einem ranghohen israelischen Polizeibeamten. Er hatte uns in der engen Via Dolorosa, dem „Leidensweg“ in Jerusalem auf russisch angesprochen. Diese enge Gasse heißt so, weil Christus hier mit dem Kreuz auf dem Rücken seinen letzten grammvolen Weg antrat. Der Polizeioffizier wiederholte beinahe wörtlich das Prinzip, welches der Hohepriester Kajphas unweit vom Ort unseres Zusammentreffens formuliert hatte, bevor er Jesus auf



In Erwartung eines Wiedersetzens mit palästinensischen Gefangenen

den Golgatha-Hügel geschickt hatte: Es ist euch besser, ein Mensch sterbe für das Volk, als daß das ganze Volk verderbe. Dieses Prinzip des Kajphas aber hatte doch die Ideologie des Totalitarismus und des Rassismus bestimmt. Totalitären Regimes sind Millionen von Menschen zum Opfer gefallen.

Müssen ehemalige Häftlinge im Namen der übergeordneten Interessen eines Volkes, welches die legitimen Rechte eines anderen mit Füßen tritt, wirklich unbedingt Gefängniswärter werden?

Konfrontation und Händedruck

In der Menschenkette, die sich in mehreren Reihen über 5 Kilometer an den Mauern des alten Jerusalem entlangzog, beteiligten sich ungefähr 30 000 Menschen: Palästinenser, Israelis, Mitglieder von Friedensbewegungen vieler Länder, wie Italien, Frankreich, England, den USA und der BRD. Unter den Teilnehmern des Friedensmarsches waren auch Geistliche zu sehen: Muslime, Juden, Christen und sogar Buddhisten aus Japan.

Wir, die Mitglieder der Russischen Palästina-Gesellschaft, kamen uns hier ziemlich verloren vor. In Jerusalem sind orthodoxe Kirchen und Gotteshäuser sowie Wohnstätten für russische Pilger erhalten geblieben. Nur die Wallfahrer aus Rußland selbst haben sich schon lange nicht mehr sehen lassen. Immer noch läuten, sei es aufrufend, sei es trauernd, die russischen Glocken von Jerusalem und Bethlehem. Leise russische Laute kann man jedoch auch hinter der dicken Mauer, welche die Vertretung der russisch-orthodoxen Kirche umgibt, und in dem ihr zugehörigen Gorlitzki-Nonnenkloster hören. Die hierher entsandten Brüder und Schwestern in Christi fühlen sich eher im übertragenen als im

direkten Sinne des Wortes als Klausner. Freilich ist die Kirche vom sowjetischen Staat und folglich auch von seiner Politik getrennt. Wenn aber die Volksdiplomatie schon recht bald darauf drängt, die Politik moralisch zu vervollständigen, darf auch die Kirche nicht abseits stehen. Mir scheint, daß die RPG und die russisch-orthodoxe Kirche, nachdem sie die Ketten des Stalinismus und der Stagnation abgeworfen haben, inzwischen einen größeren Beitrag dazu leisten können, die Heimstatt von drei Religionen von lästerlicher Konfrontation zu säubern.

Als wir in Palästina und Israel waren, konnten wir erleben, daß ihre Einwohner nach 40 Jahren arabisch-israelischen Krieges und ebenso langer Konfrontation bereits nicht mehr nur einen Dialog führen, sondern bereits das Fundament für zukünftige gute Nachbarschaft legen. Die ersten Veränderungen lassen sich erkennen.

Ein Journalist der „Al-Ittihad“, die Zeitung erscheint auf Arabisch in Israel, schilderte mir, daß fortschrittliche Juden und Araber nicht selten gemeinsam auftreten, um sich der Willkür der Behörden oder dem Extremismus muslimischer Fundamentalisten und orthodoxer Juden entgegenzustellen.

„Wir schätzen Ihre Anstrengungen hoch ein, die darauf abzielen, Konflikte zu lösen und Kriege zu beenden, besonders im Nahen Osten“, schloß mein palästinensischer Kollege seinen Bericht. „Heute beobachten wir mit Sorge die tragischen Ereignisse in Transkaukasien. Da man ihn inzwischen schon als sowjetischen Nahen Osten bezeichnet, könnten wir dort vielleicht sogar unsere Erfahrungen einbringen. Warum sollte man die Kampagne 1990: Jahr des Friedens“ eigentlich nicht auf Transkaukasien ausdehnen? Wir palästinensische Muslime und Christen würden uns sofort an einem solchen Friedensmarsch beteiligen, damit Aserbaidschaner und Armenier sich wieder die Hände reichen, so wie es jetzt Araber und Juden, Amerikaner und Russen an den Mauern von Jerusalem schon getan haben.“

Neujahr feierten wir in Nazareth.

„Die Bewohner von Nazareth und ihre Gäste haben die günstige Möglichkeit, die Koordinaten von Zeit und Raum in der Neujahrsnacht zusammenzufügen. Hier in Galiläa war es, daß Jesus Christus seine Bergpredigt hielt, der es vorbehalten war, der Menschheit ein neues Zeitalter zu eröffnen“, mit diesen Worten begrüßte uns, gleichsam meine Gedanken lesend, der Bürgermeister Taufik Zayat, ein arabischer Dichter und Kommunist.

Damals äußerte ich noch Zweifel: „Glauben Sie wirklich, daß sie damals angefangen hat? Für meine Begriffe ist es leichter, die Koordinaten von Zeit und Raum zusam-

menzubringen als Moral und Politik miteinander zu versöhnen.“

„Dann lassen Sie uns in diesem Fall dar auf trinken, daß wenigstens das dritte Jahr tausend uns eine wirklich neue Ära eröffnet“, schlug unser Gastgeber vor.

„Also gut, auf die Vereinbarkeit.“ Dieser Toast wurde von den israelischen Gästen und arabischen Freunden Zayats unterstützt.

Die Trägheit der Konfrontation

In der sowjetischen Presse wird darüber gestritten, ob neues politisches Denken auf die Situation im Nahen Osten anwendbar ist oder nicht. Ich teile die Meinung von Alexander Bowin, der diese Diskussion eröffnet hat, nämlich daß unsere Politik im Nahen Osten und ihre propagandistische Flankierung jahrelang parteiisch und einseitig gewesen seien. Indem an dieser Auseinandersetzung Beteiligten unsere traditionelle Diplomatie dafür verantwortlich gemacht haben, beziehen sie mehr die Position der Konfrontation als die des Pluralismus. Mir scheint, daß allein schon die Fragestellung, ob man die Beziehungen zu Israel ausbauen oder die Intifada unterstützen und wie früher die arabische Seite begünstigen soll, einseitig ist. Es ist nicht leicht, das Trägheitsmoment der Vergangenheit hinter sich zu lassen. Doch auch wenn wir es tun, verfallen wir von einem Extrem ins andere. Warum muß denn eigentlich die Entwicklung oder die Wiederherstellung von Beziehungen mit der einen Seite notwendigerweise dazu führen, sie zur anderen Seite abzubrechen? Offensichtlich muß die Diplomatie von unten ein Beispiel dafür liefern, wie sich ausgewogene Beziehungen besonders zu den Ländern oder Seiten entwickeln lassen, die sie davon überzeugen will, Feindschaft und Konfrontation zu beenden.

Wir erkennen die Unabhängigkeit sowohl Israels als auch des Staates Palästina an. Noch aber haben wir keine diplomatischen Vertretungen in ihren Hauptstädten. Das soll jedoch nicht heißen, daß sowjetische Repräsentanten von Kultur, Wissenschaft oder Kunst Kontakten mit arabischen Kollegen in Palästina aus dem Weg gehen müssen, wenn sie auf Einladung von israelischen Firmen und gesellschaftlichen Organisationen Tel Aviv besuchen. Das trifft auch für die auswandernden sowjetischen Juden zu.

„Wir wollen keinesfalls, das sowjetische Bürger, darunter auch Juden, unserer wegen die Möglichkeit verlieren, sich frei zu bewegen und sich ihren Wohnort selbst auszusuchen“, teilte mir ein arabischer Alt-journalist in Jerusalem mit. „Diese Freiheit darf aber nicht auf Kosten der Palästinenser gehen, denen man das Recht nimmt, über ihren eigenen Grund und Boden zu bestimmen. Jüdische Auswanderer, die sich darauf einlassen, unsere Landstriche zu kolonie-

sieren, müssen sich darüber im klaren sein, daß sie damit nicht nur mit der palästinensischen Intifada in Konflikt geraten, sondern mit allen, die sie in der ganzen Welt unterstützen. Unter anderem auch mit der progressiven Öffentlichkeit in Israel. Die Bewegungsfreiheit der einen darf nicht durch die gewaltsame Verschleppung der anderen gewährleistet werden. Shamir versucht damit, das Kräftegleichgewicht zugunsten eines Groß-Israels zu verändern. Natürlich dürfen wir keine Einwände gegen die Entwicklung kultureller und anderer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel erheben. Unter solchen Bedingungen jedoch finden wir das nicht korrekt. Zumal sie in letzter Zeit mit einem einseitigen Übergewicht entwickelt worden sind. Warum ist kein einziges Künstlerkollektiv oder kein einziger Künstler aus der Sowjetunion, die in letzter Zeit Israel besucht haben, vor Palästinensern auf den besetzten Territorien aufgetreten? Ich verstehe: Laut Vertrag müssen sie vor denen auftreten, die bezahlen. Veranstalten Ihre Künstler aber nicht auch Wohltätigkeitskonzerte in Moskau? Jerusalem ist für Wohltätigkeit ein noch angemessenerer Ort.“

„Sie machen das bestimmt deswegen, weil sie Angst haben, das könnte in der arabischen Welt als eine Anerkennung der israelischen Okkupation ausgelegt werden“, hielt ich meinem Kollegen entgegen. „Ich befürchte sogar, daß ich in Zukunft Schwierigkeiten haben werde, bestimmte arabische Staaten zu besuchen, weil ich ein Einreisevisum für Israel im Paß stehen haben muß, wenn ich nach Palästina will.“

„Stimmt, wir haben solche ‚Verbündeten‘, die sich als noch größere Beschützer der Palästinenser ausgeben als diese selbst. Über solche Leute sagen wir: „Je weiter sie von Mekka weg sind, desto eifrigere Muslime werden sie.“ Sie fordern auch von Ihnen, daß Sie eine noch stärkere proarabische Politik betreiben als die Araber selbst. Ich finde es sehr gut, daß Sie in beiden Teilen von Jerusalem waren. Jetzt haben Sie selbst gesehen, wie Palästinenser und Israelis Hand in Hand in der Menschenkette an den Mauern der heiligen Stadt stehen.“

Von der Blindheit zum Durchblick

Ich habe bereits einmal über die Analogie der moralischen Atmosphäre geschrieben, bei der regionale Konflikte und nationale Konflikte innerhalb der Sowjetunion zuerst schwelen und dann offen ausbrechen (NZ 51/89). Nachdem ich Palästina besucht habe und die tragischen Ereignisse in Transkaukasien ihren Höhepunkt erreicht haben, muß ich voller Bedauern feststellen, daß unser nationaler Brudermord sich in vielerlei Hinsicht nach dem klassischen Schema regionaler Konflikte im Ausland entfaltet hat. Wenn wir schon aus ihrer Entstehung nichts gelernt haben, könnten wir

ja, solange es noch nicht zu spät ist, die eine oder andere Erfahrung übernehmen, die in anderen Regionen der Welt, unter anderem auch im Nahen Osten, bei der Entschärfung von Krisensituationen gesammelt worden sind.

Bei aller Verschiedenheit und Widersprüchlichkeit der Ereignisse im fernen und im einheimischen Palästina kommt es jetzt darauf an, nicht die Kontrolle über sie zu verlieren. Dazu ist vor allem erforderlich, die Trägheit der Klischeevorstellungen und der militärischen Konfrontation zu überwinden.

In den über 40 Jahren Feindschaft im Nahen Osten ist deutlich geworden, daß die Palästinafrage weder mit Hilfe von Waffen noch durch „korrigierende demographische Siedlungsbewegungen“, noch durch gewaltsame Deportation gelöst werden kann. Dieser Weg ist nicht dazu angetan, die Sicherheit eines ständig kriegsführenden Israel zu gewährleisten, die Geburt eines unabhängigen Palästina zu fördern oder den arabisch-israelischen Konflikt beizulegen. Deshalb haben die Palästinenser ihre Zukunft lieber selbst in die Hand genommen. Selbst als sie merkten, daß die Hand, die sie Israel entgegenstreckten, umgedrückt in der Luft hängenblieb, griffen sie nicht wieder zu den Waffen. Der palästinensische Schriftsteller und Politiker Basam Abu Sharif sagte, daß sie ihre revolutionären Steine nicht aufgehoben hätten, um den Staat Israel zu zerstören, sondern um ihren eigenen Staat aufzubauen.

Manchmal bezeichnet man die Intifada als „Krieg der Steine“, dabei wäre es richtiger, sie als Alternative zum Krieg zu bezeichnen.

Die palästinensische Intifada hat gewissermaßen nicht nur die historische Gerechtigkeit wiederhergestellt, indem sie die politischen Voraussetzungen für die Ausrufung eines unabhängigen Palästina geschaffen hat, sondern sie schafft auch weiterhin eine günstige Atmosphäre für die Verwirklichung jenes Leitsatzes, unter dem die Friedenswoche in Jerusalem stand: „Zwei Völker – zwei Staaten“.

Damit das Jahr 1990 wirklich zu einem Jahr des Friedens wird, muß jeder, ob er nun Christ, Moslem, Jude, Angehöriger einer anderen Religion oder Atheist ist, es für seine moralische Pflicht halten, einen für ihn erträglichen Beitrag für den Sieg der Gerechtigkeit zu leisten.

Damit meine Appelle nicht Appelle bleiben, bekräftige ich sie durch meine Bitte, das Honorar für diesen Artikel für wohltätige Zwecke auf das Konto der Russischen Palästina-Gesellschaft zu überweisen.

JERUSALEM - BETHLEHEM
- NAZARETH - MOSKAU

Photos aus dem Informationsbulletin „Palästina“ (PLO) und „L'Express“ (Frankreich)

Der kalte Krieg ist zu Ende. Wer hat „gesiegt“?

Großes Spiel

Igor Malaschenko

Die osteuropäischen Länder erlangen Ihre frühere Selbständigkeit. Sowjetische Truppen kehren heim. Die Vereinigung Deutschlands ist eine Frage der nächsten Zeit. Von der sowjetischen Einflußsphäre in der Dritten Welt aber sind nur ein paar Brocken geblieben...

Nach den theoretischen Vorstellungen von Geopolitikern liegt zwischen dem Kaspischen Meer und dem Baikalsee im Süden und den arktischen Gewässern im Norden das sogenannte Heartland bzw. das Herzstück Eurasiens. Dort schneiden sich angeblich alle Kraftlinien des großen Kontinents, der einen Großteil des Festlands der Erde ausmacht und das Gros der Menschen- und Wirtschaftsreserven besitzt. Ein klassisches Postulat der Geopolitik lautet: Wer Osteuropa kontrolliert (unter Osteuropa verstand man entgegen dem durch den kalten Krieg bedingten Gebrauch vor allem den europäischen Teil der UdSSR), der herrscht über das Heartland und in letzter Instanz über die Welt.

Die Geschichte hat diese gradlinige These gründlich korrigiert: Heute sind in der Welt mehrere Kraftzentren entstanden, sämtlich so stark, daß sie ein übermäßiges Erstarken jedes Staates, so vorteilhaft seine geopolitische Lage auch sein mag, verhüten können. Die Sowjetunion weiß das aus eigener Erfahrung. Von ihrem Streben geleitet, nicht etwa die Welt zu beherrschen, sondern ihre Sicherheit zuverlässig zu schützen, vergrößerte sie die von ihr kontrollierten Territorien und die eigenen Streitkräfte so sehr, daß das zu einem bedrohlichen Zusammenschluß all ihrer Rivalen führte.

Die Rivalität zwischen der Kontinentalmacht, die das Herzstück Eurasiens kontrolliert, und einer ihr gegenüberstehenden Koalition ist nicht erst in den letzten Jahrzehnten entstanden und keineswegs nur auf die Konfrontation von Sozialismus und Kapitalismus, von Ost und West zurückzuführen, obwohl das manchmal behauptet wird.

Die Tradition kannte nur einen Weg, das Heartland und zugleich damit auch Rußland abzusichern: einen gut geschützten geopolitischen Wall in den Randgebieten. Verschiedene Herrscher, Dynastien und sogar politische Systeme sahen sich immer wieder vor diese Aufgabe gestellt.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts, als die traditionellen Reiche zusammenstürzten, schien dieses Los auch Rußland zu drohen. Aber die Revolution gab einen neuen mächtigen (und um einen ungeheuerlichen Preis erkauften) Impuls zur Stärkung des Staates und legitimisierte die Macht über ein buntes Konglomerat von Territorien auf neue Art. Ein neues staatliches Gebilde entstand, sozusagen ein revolutionäres Reich, dessen Grundlage nicht so sehr eine „demokratische Willensäußerung“ der Völker zugunsten der Föderation war wie vielmehr die Revolution, die die Großmacht, die sich schon am Rande des Zerfalls sah, mit Eisen, Blut und Ideologie zusammenschweißte.

Das „Dritte Reich“, dessen Strategen sehr wohl wußten, daß der Schlüssel zur Weltherrschaft die Herrschaft im Herzen Eurasiens war, unterschätzte

ten eindeutig die Festigkeit des Sowjetstaates. Die in Dimensionen und Stärke beispiellose geopolitische Herausforderung seitens Nazideutschlands schloß die Sowjetunion (für die es im zweiten Weltkrieg ums Überleben ging) mit den westlichen Mächten zusammen, die nicht wollten, daß ein unverhohlen aggressiver Staat die geostrategischen Schlüsselpositionen an sich riß.

Geopolitische Konstellation

Nach der Niederlage der Achsenmächte kam es zu einer sehr raschen Kräfteumgruppierung. Das Ergebnis war, daß die UdSSR ihre Alliierten aus dem Krieg schließlich im Lager der ehemaligen Gegner sah. Für Moskau bestand die größte Gefahr für die Sicherheit des Landes darin, daß sich das Szenarium von 1941 wiederhole und die feindliche Koalition versuche, eine massierte Invasion in der UdSSR vorzunehmen und sie als souveränen Staat auszulöschen. Deshalb orientierte sich die UdSSR in ihrer nationalen Sicherheitspolitik vor allem darauf, mehrere mittel- und südosteuropäische Staaten zu einer „Pufferzone“ zusammenzuschließen sowie gigantische Landstreitkräfte zu unterhalten, deren kampffähigste Teile weit in den Westen, an die Berührungsstelle mit dem wahrscheinlichen Gegner, vorgeschoben waren. All das sollte eventuellen Anwärtern auf die Herrschaft über Eurasien einen Dämpfer aufsetzen.

Im kalten Krieg wurde jedoch eine Seemacht zum wichtigsten Opponenten der Sowjetunion. Angesichts der Kräftekonstellation in der Nachkriegszeit und der verstärkten Positionen der UdSSR konnte diese Seemacht nicht damit rechnen, direkte Kontrolle über das Herzstück Eurasiens zu erlangen. Admiral Mahan, Begründer der amerikanischen geopolitischen Schule, meinte seinerzeit warnend, daß „das Zentrum Rußlands nicht gebrochen werden kann“, und schlug vor, es durch starken Druck an den Flanken „einzudämmen“. Diese Idee wurde denn auch der „großen Strategie“ der USA in der Nachkriegszeit zugrunde gelegt.

Die Mobilität der Stärke der USA ermöglichte es ihnen, so oder so mehrere Schlüsselgebiete an der Peripherie Eurasiens unter Kontrolle zu nehmen und die UdSSR unter unvermindertem Druck zu halten. Auf den Amerikazentrismus angewandt, lautete das traditionelle geopolitische Postulat nun: Kontrolle über das eurasische Festland ist der Weg zur Herrschaft über den ganzen Kontinent und wiederum über die Welt. Die Niederlage im Indochina-Krieg, der Zusammenbruch solcher Bollwerke des US-Einflusses wie des Schah-Regimes in Iran führten jedoch vor Augen, wie halbtot die Weltherrschaftsansprüche sind, und wenn sie von einer so starken Macht wie den USA stammen.

Vom Standpunkt seiner Dimensionen, Ziele und Aufgaben der Seiten war der kalte Krieg eigentlich der Kampf der USA und ihrer Bündnispartner dafür, die geopolitische Konstellation zu eigenen Gunsten zu verändern, was sonst nur durch absolut reale, großangelegte Kriege zu erreichen war. Zu einer globalen militärischen Konfrontation kam es vor allem deshalb nicht, weil die Teilnehmer einer geopolitischen Auseinandersetzung von

einem nuklearen Konflikt und folglich von der totalen Vernichtung bedroht waren. Bezahlt wurde die Abwendung eines globalen Kriegs allerdings durch fast ununterbrochene „kleine Kriege“ an der Peripherie der Welt, in einer „Grauzone“. Wenn es dort Zusammenstöße gab, gefährdeten sie nicht das geopolitische Gleichgewicht.

Um den Druck an den Flanken standzuhalten, war die UdSSR bemüht, nicht nur alle ihre Vorteile aus der Nachkriegszeit zu bewahren, sondern sich noch mehr abzusichern und die eigene Einflussphäre zu erweitern. Möglichkeiten dafür gab es hauptsächlich in weit abgelegenen, geostrategisch völlig unbedeutenden Regionen, zudem kostete die Kontrolle über sie erstens zu viel, und zweitens trug sie in keiner Weise zur Sicherung des Zentrums – darum ging es ja – bei. Mit der Zeit wurde immer klarer, daß die traditionellen Methoden der militärpolitischen Kontrolle über die Randterritorien des Heartland ineffektiv waren.

So brachte der Versuch, das „afghanische Problem“ militärisch zu lösen, der UdSSR keineswegs mehr Sicherheit, im Gegenteil, er erzeugte einen gefährlichen Herd der Instabilität an ihrer Südgrenze. Die Militärhilfe für einige Regimes in der Dritten Welt erwies sich nur als zusätzliche wirtschaftliche Belastung und vergrößerte noch den politischen Minussaldo unseres Landes.

Die kolossale Kumulation der sowjetischen Militärmacht auf dem Territorium der Warschauer Vertragsländer konnte die Entwicklung von sozialpolitischen Tendenzen dort nicht abwenden, die im Ergebnis dazu führten, daß sich diese Länder von der politischen Kontrolle der Sowjetunion (vorerst nicht von ihrem Einfluß) befreit haben. Zur Schwächung der politischen Positionen der UdSSR in Mitteleuropa kommt noch die Minderung ihrer militärischen Präsenz in dieser Region.

In Washington glaubt man ein Ziel der US-Nachkriegsstrategie erreicht zu haben, das George F. Kennan seinerzeit „allmäßliche Aufweichung des sowjetischen Imperiums“ nannte. Es geht jedoch nicht darum, ob nun ein „Sieg“ der Vereinigten Staaten oder eine „Niederlage“ der Sowjetunion zu registrieren sei, sondern darum, was die gegenwärtigen geopolitischen Wandlungen für die Sicherheitsinteressen der UdSSR bedeuten und ob sie in der Lage ist, die Kontrolle über das zentrale strategische Gebiet zu behalten.

Der Preis des Imperiums

Angesichts der heutigen Befürchtungen über eine Erschütterung der internationalen Positionen unseres Staates wird oft gefragt, ob wir gut daran getan hätten, „Osteuropa“ die sowjetische Kontrolle abschütteln zu lassen bzw. unser Rüstungspotential zu mindern; Mahnungen im Sinne, man dürfe „das Jahr 1941 nicht vergessen“, werden laut. Es ist nicht ganz klar, warum die Erinnerung an den „Blitzkrieg“, der uns überrumpelte, ausgerechnet heute erwacht: Die Situation unserer eigenen Verwundbarkeit haben wir selbst in vielen Jahren geschaffen und aufrechterhalten. Um einer eventuellen NATO-Invasion zuvorzukommen, hat die UdSSR ihre Elitedivisionen so disloziert, daß sie bei einem Überraschungsangriff unvermeidlich verlieren würde – genauso wie anno Domini 1941.

Sicherlich hat sich die NATO kaum je mit Plänen eines Langzeitkriegs gegen die Sowjetunion auf dem europäischen Kriegsschauplatz getragen: Weder das politische System noch die Wirtschaft des Westens hätte das ausgehalten. Offenbar verstand der „wahrscheinliche Gegner“ jedoch seinen technologischen Vorsprung zur Schaffung eines Rüstungspotentials zu nutzen, das es ermöglichen würde, wegen der Überlegenheit in mehreren Waffenkategorien die vorgeschobenen Staffeln der sowjetischen Truppen aufzubrechen, die Reserven zu blockieren und Schläge gegen das Heartland aus den verschiedensten Richtungen zugleich zu führen.

Zum Glück sollte sich dieses Szenarium nicht bewahrheiten, weil beide einander gegenüberstehenden Länder bemüht

waren, einen militärischen Zusammenstoß zu vermeiden, und weil ein Faktor wie Atomwaffen besteht, der selbst scharfe Kriege und Konflikte nicht in einen Krieg ausarten ließ. Aber so gering die Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen Ost (d. h. der Sowjetunion) und West auch sein mag, aus der Welt ist sie nicht. Deshalb erhöhen Veränderungen in der internationalen Ordnung, die die Verwundbarkeit der sowjetischen Streitkräfte mindern, die Sicherheit unseres Landes.

Der Abzug eines Großteils (vielleicht auch des gesamten Bestands) der sowjetischen Truppen aus den Warschauer Vertragsländern wird die Gefahr, die mit ihren vorgeschobenen Stellungen zusammenhängt, rapide reduzieren und eine Wiederholung von 1941 wohl ausschließen. Natürlich muß dieser Abzug mit bestimmten Garantien für die Sicherheit der Sowjetunion und mit der Erhaltung einer breiten „Truppenentflechtungszone“ längs ihrer Westgrenze einhergehen. An und für sich ist das noch keine Garantie gegen Versuche, die UdSSR unter militärpolitischen Druck zu nehmen, wird jedoch das Gespenst eines neuen Blitzkriegs etwas blasser machen.

Im Grunde hat man mit der Demontage des Systems der militärpolitischen Kontrolle über ausgedehnte Territorien begonnen, die man aus alter Gewohnheit noch immer für ein Unterpfand unserer Sicherheit hielt. Das gibt die Möglichkeit, die schwerfällige, verwundbare und sündhaft teure Kriegsmaschinerie zu transformieren, denn in ihrer heutigen Gestalt eignet sie sich nur für eine Wiederholung der Kämpfe des zweiten Weltkriegs. Sie muß abgelöst werden durch moderne Streitkräfte mit

einer qualitativ neuen militärtechnischen Basis, Streitkräfte, die auf die Abwehr nicht der gestrigen und sogar nicht nur der heutigen, sondern auch der morgigen militärischen Gefahr orientiert sind.

Die Rede ist nicht von der Möglichkeit einer erneuten militärischen Invasion in unserem Land zu dem Zweck, „das Heartland zu erobern“ oder „den Sozialismus zu vernichten“. Das gehört heute zu den militärpolitischen Phantastereien. Kriege müssen jedoch nicht lediglich durch das Vorgehen eines Aggressors verursacht werden, der es bewußt auf die Zerstörung des Status quo abgesehen hat. Die Internationalisierung und Eskalierung von nationalen und religiösen Konflikten oder ein innerer Kollaps eines Landes können zu einem militäri-



Zeichnung: Viktor Bogorad

schen Zusammenstoß führen, den niemand herbeiwünschte und niemand voraussah. Deshalb bedeutet eine einschneidende Verminderung jener Gefahr, vor der wir uns so sehr fürchteten und die abzuwehren wir uns rüsteten, keineswegs, daß die Kriegsgefahr als solche eliminiert sei.

Man braucht nicht zu befürchten, daß der Abzug unserer Truppen aus Afghanistan, der Tschechoslowakei, der Mongolei und Ungarn, daß der Abbau unserer Streitkräfte und der Produktion von Kriegstechnik die Sicherheit der UdSSR beeinträchtigen: Das kolossale atomare Potential der UdSSR ist ein zuverlässiger Schild, der die ohnehin sehr geringe Gefahr einer direkten militärischen Aggression minimiert. Dagegen würde die weitere Überanstrengung aller Kräfte und Ressourcen zu dem Zweck, ausgedehnte Territorien weiterhin unter direkter Kontrolle zu halten, unser reiches Potential endgültig erschöpfen sowie die Quelle der Stärke und Sicherheit unseres Landes von innen sprengen.

Der Lohn für das Weiterbestehen eines „monolithischen“ gewaltigen geopolitischen Konglomerats war dessen künstliche Isolierung von der Weltwirtschaft, waren die wissenschaftlich-technische Rückständigkeit und das niedrige Lebensniveau. Die langwierige Wirtschaftskrise in der UdSSR ist eine logische Folge nicht nur unserer „Anti-Markt-Wirtschaft“, sondern auch des Umstands, daß diese Wirtschaft der Geopolitik in ihrer klassischen imperialen Variante untergeordnet ist.

Dabei werden die Wirtschaftsmacht, das wissenschaftlich-technische Potential und die Anziehungskraft des Modells der sozial-politischen Entwicklung zunehmend zur Garantie für die Erhaltung und Festigung der geopolitischen Positionen eines Staates.

Davon, ob die UdSSR es schafft, zu einem qualitativ neuen Modell der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklung überzugehen, wird in entscheidendem Maße auch ihr Vermögen abhängen, die internationale Umgebung zu beeinflussen und letzten Endes auch feste geopolitische Positionen zu beziehen. Die relative „Entmilitarisierung“ und „Ökonomisierung“ der internationalen Beziehungen bedeutet nämlich nicht, daß eine geopolitische Umgruppierung unmöglich sei; sie ist nicht mit rein militärischen Mitteln zu erreichen. Die UdSSR bleibt auf ihrer zentralen geopolitischen Position. Wenn sie so schwach wird, daß im Herzstück Eurasiens ein Kräftevakuum entsteht, wird dieses Vakuum unweigerlich durch starke Erhöhung von Anteil und Einfluß eines oder mehrerer naher Staaten gefüllt. Eine neue geopolitische Konstellation wird in entscheidendem Maße vom

Ausgang der inneren Entwicklung in der UdSSR abhängen, davon, ob wir es vermögen, die Strähne der krisenhaften Entwicklung zu überwinden und die inneren Quellen unserer Stärke wiederzubeleben.

Die Erschöpfung der sowjetischen Wirtschaft als Folge der imperialen Verpflichtungen geht einher mit der allmählichen Verminderung der Rolle des revolutionären Erbes als zementierende Kraft im multinationalen Staat und als Quelle der Legitimität der Macht. Die gesetzmäßige Erweiterung und Festigung der Demokratie – ein seinerzeit von der Revolution verkündetes Ideal – gibt jedoch über die imperiale Herkunft unserer Föderation Aufschluß, in der die Fliehkräfte merklich zunehmen. Ist diese Entwicklung unumkehrbar? Bleibt uns nichts anderes übrig, als uns darauf vorzubereiten, daß der Geist des Nationalismus, einmal ausgebrochen, die jahrhundertealte Großmacht zerstören wird, was unvorhersagbare geopolitische Folgen nach sich ziehen würde?

Die zentrale Frage, sowohl vom Standpunkt der Zukunft unserer Union als auch in geopolitischer Hinsicht, ist die nach der Zukunft Rußlands. Das eurasische Schlüsselgebiet, für dessen Absicherung das Reich in hohem Maße geschaffen wurde, gehört historisch zu Rußland. Dieses ist jedoch keineswegs nur ein Imperium, sondern auch eine ethnokulturell einzigartige Macht, gehörend zu Europa und Asien zugleich, also eurasisch im Wortesinn; Rußland war nicht nur ein Expansionsherd, sondern auch ein überaus starkes Anziehungszentrum für zahlreiche Völker. Heute überwiegen – angesichts der ausgepowerten Wirtschaft, des niedrigen Lebensstandards und der ausblutenden Kultur – leider nicht die Anziehungs-, sondern die Fliehkräfte. Die Wiederbelebung der russischen Stärke, aber einer vom Zwang freien Stärke, die Wiederbelebung der nationalen Kultur und eines vom Chauvinismus freien nationalen Selbstbewußtseins könnten das Fundament sein für eine wahre Föderation, deren Mitglieder durch festere Bände geknüpft sein werden, als es die Fesseln des bürokratischen Zentralismus sind. Selbst wenn die neue Föderation um einen Bestandteil des ehemaligen Imperiums kleiner wird, werden die Stärke und Sicherheit des erneuerten Staates wohl kaum darunter leiden.

Eine abermalige geopolitische Runde ist abgeschlossen: Das Imperium hat eine Niederlage erlitten. Je rascher wir die imperiale Logik ganz aufgeben, desto besser: Das wird unserer Gesellschaft aufreibende, aber sinnlose Nachhutkämpfe ersparen. Es geht nicht, die nationalen Reichtümer und gesellschaftlichen Kräfte weiter zu verschwenden: Die geopolitische Umgruppierung hat begonnen.



„DRUSHBA“ – UdSSR

Wer freundschaftliche Kontakte oder über gleiche Interessen und Hobbies Bekanntschaft mit Bürgern der UdSSR schließen will, sollte sich bei der Agentur DRUSHBA der „Gostinitschny“-Kooperative melden.

Um in die DRUSHBA-Kartei zu kommen, brauchen Sie nur einen Fragebogen auszufüllen, den Sie erhalten, wenn Sie uns Ihre Wünsche mitteilen und Ihrem Brief einen Umschlag mit Ihrer Adresse beilegen.

Unsere Adresse:
UdSSR, 123007 Moskau
KOOP. Gostinitschny
DRUSHBA



Dialog: ein heikles Thema

Noch vor einigen Jahren hätte man sich kaum denken können, daß Moskau und Washington einen Dialog über Zusammenarbeit auf dem Informationssektor würden führen können

Doch heute ist ein solcher Dialog im Gange – und das nicht ohne Erfolg. In der amerikanischen Hauptstadt fand eine turnusmäßige Begegnung der Vertreter beider Länder zu diesem Thema statt. An ihr nahm als stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation der stellvertretende Leiter der Ideologischen Abteilung des ZK der KPdSU und Leiter der Unterabteilung für internationale Information **Alexander LEBEDEW** teil. Mit ihm sprach unser Kommentator Dmitri Pogorshelski

Das war das dritte derartige Treffen. USIA-Direktor Bruce Gelb bemerkte zu den Ergebnissen, daß diese Gespräche die freundschaftlichsten und produktivsten von allen gewesen seien, die unsere Länder geführt haben. Teilen Sie diesen Standpunkt?

Grundsätzlich stimme ich diesen Einschätzung zu, obwohl ich meine, daß auch in anderen Richtungen, z. B. bei der Abrüstung, der Dialog in letzter Zeit sehr erfolgreich ist. Und doch verstehe und teile ich den Optimismus von Herrn Gelb. Erstens haben ja unsere Kontakte und unsere Zusammenarbeit im Informationsbereich anders als in anderen Bereichen erst vor kurzer Zeit begonnen. Und zweitens, und das ist das Wichtigste, ist der heikle Charakter dieses Themas zu berücksichtigen. Nicht wahr: Was kann stärker ideologisiert sein als der Bereich der Information. Er wird ständig als eine Art „natürliches“ Versuchsgelände für die psychologische Kriegsführung betrachtet. Nichtsdestoweniger war gerade hier in den vergangenen zwei bis drei Jahren ein enormer Fortschritt zu verzeichnen.

Sie beteiligten sich an der ersten Begegnung und können deshalb die Atmosphäre damals und heute vergleichen.

Der Unterschied ist, ehrlich gesagt, verblüffend. Damals, vor zwei Jahren in Washington in der Gruppe der Regierungsvertreter, war alles in den „besten Traditionen“ der Epoche der Konfrontation gehalten – endlose gegenseitige Anschuldigungen und Vorwürfe... Die Amerikaner warfen uns vor, die Tatsachen zu verdrehen, vorsätzliche Desinformationen sowohl über die sowjetische Presse als auch über internationale gesellschaftliche Organisationen zu verbreiten. Wir blieben ihnen nichts schuldig.

Bekanntlich bereitet die USIA alljährlich im Auftrag des US-Kongresses Berichte über „aktive sowjetische Maßnahmen“ im Bereich der Desinformation vor. Sie sind, ehrlich gesagt, nicht sonderlich interessant, obwohl sie nicht ohne Anspruch auf Wissenschaftlichkeit verfaßt wurden. Amüsant ist z. B. die „wissenschaftliche“ Qualifizierung der Arten

der Propaganda. So wird die „schwarze“ Propaganda dem KGB zugeschrieben, die „graue“ Propaganda stammt angeblich aus der Internationalen Abteilung des ZK und die „weiße“ Propaganda wird in der ehemaligen Abteilung für Propaganda gemacht. Insgesamt werden von Jahr zu Jahr die gleichen Anschuldigungen wiederholt, die Sowjetunion verbreite vorsätzlich die USA kompromittierende Propaganda. Und das geschehe von einer Regierungsagentur unter dem Dach des Kongresses, von den Geldern der amerikanischen Steuerzahler.

Bei dem ersten Treffen also stand dieser gesamte Fragenkomplex im Mittelpunkt. Jetzt aber sind alle diese Themen in den Hintergrund gerückt, ihre Erörterung führte nicht zu einer Zuspitzung, zu einer Konfrontation, sondern fand, ich würde sagen, ruhig, sachlich statt.

Allerdings waren dem Anstrengungen beider Seiten vorausgegangen, die Anlässe für Klagen über den anderen weitmöglichst zu verringern – obwohl das bisweilen nicht einfach ist, geht es ja um mögliche Publikationen nicht in offiziellen Regierungsmedien, sondern in einzelnen Zeitungen, Verlagen, in irgendwelchen Rundfunk- und Fernsehprogrammen. Die Amerikaner haben früher stets betont, daß die Presse in ihrem Land frei und unabhängig sei. Jetzt hört man dieses Argument seltener – offenbar wird immer deutlicher, daß unsere Massenmedien selbst entscheiden, was sie veröffentlichen und daß diese Beiträge einer Vorsensur im ZK nicht unterworfen werden. Überdies ist es bisweilen nicht leicht, Desinformationen von für irgendwelche Leute unangenehmen Informationen zu unterscheiden...

Und doch kann man sich wohl nur unschwer vorstellen, daß ein solcher Dialog ohne Nadelstiche gelaufen wäre...

Natürlich wäre es zu früh zu sagen, es hätte überhaupt keine Vorwürfe an die andere Seite gegeben und das, wo wir die Aufmerksamkeit vor allem auf Informationen konzentrierten, die von Regierungsquellen oder von regierungsnahen Quellen verbreitet werden.

Hier ein konkretes Beispiel. In Washington und dann auch auf der Pressekonferenz in

New York sprach ich offen davon, daß die Sendungen von Radio „Liberty“ einen Moment lang informativer und weniger tendenziös als früher zu sein schienen, sich die Tonart dieser Sendungen aber während der Verschärfung der Lage im Transkaukasus im Januar jäh änderte. Und an einigen Tagen (besonders am 19. und 20. Januar sowie an einzelnen anderen Tagen) zeichneten sie sich durch offene Einseitigkeit und Voreingenommenheit, ja offene Hetze aus – besonders, wenn man die Sendungen in verschiedenen Sprachen vergleicht. Die Armenier sollten gegen die Aserbaidschaner, die Aserbaidschaner gegen die Armenier und diese beiden Völker gegen die Russen, gegen die Armee aufgehetzt werden. Fragwürdige Meldungen und Zahlen wurden gesendet. Doch so etwas – die Schürung von Haß, die Schaffung von Feindbildern – hatten wir, darauf hatten wir uns geeinigt, jeder bei sich nicht dulden wollen. Unsere Kritik wurde ruhig und mit Verständnis aufgenommen – wie auch einige unserer Bemerkungen zum Regierungssender „Voice of Amerika“. Insbesondere wurden von uns einzelne in antisowjetischem Geist gehaltene Sendungen ausländischer Stationen für Länder Osteuropas, Fakten, die von Voreingenommenheit und Einseitigkeit zeugten, erwähnt. Unterden verlangen die ethischen und auch die juristischen Normen in den USA, soweit ich weiß, von den Massenmedien Ausgewogenheit bei der Darstellung der Positionen der Seiten.

Und welche praktische Ergebnisse konnten zu Fragen der Verbesserung der Gesamtsituation im Bereich der Informationskontakte und der Zusammenarbeit erzielt werden?

Hier wurde ein bedeutender Fortschritt erreicht. So glaube ich, daß sich die Lage der sowjetischen und der amerikanischen Korrespondenten in den USA bzw. in der UdSSR bedeutend verbessert wird, da viele frühere Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit und beim Zugang zu den Informationsquellen beseitigt werden.

Wir sind bereit, auf der Grundlage der Gegenseitigkeit das Regime „geschlossener Zonen“ zu revidieren, das wir übrigens als erste eingeführt haben und wobei die Amerikaner dann diesem dummen Beispiel gefolgt sind. Interessanterweise haben dann die Amerikaner wiederum nach unserem Beispiel (obwohl unter Bedingungen, da anders als bei uns die Dienste von Vermittlungsorganisationen a la Intourist nicht sonderlich erforderlich sind) etwas von der Art unserer berühmten Verwaltung für die Betreuung des diplomatischen Korps geschaffen. Und diese Einrichtung hat manchen Leuten in den USA derart gefallen, daß man jetzt dort weniger als bei uns daran interessiert ist, gegenseitig auf die aufdringlichen „Dienste“ beider Einrichtungen zu verzichten.

Eine sehr wichtige Frage, die erörtert wurde, ist die gegenseitige Zugänglichkeit der Territorien der UdSSR und der USA für Rundfunksendungen. Hier herrscht ganz offensichtlich Ungleichheit – und das nicht zu unseren Gun-

sten. Rundfunksender der USA erfassen das gesamte Territorium der Sowjetunion, neue Sender werden gebaut. Bei uns aber sendet nur Radio Moskau auf Kurzwelle für die USA. Seine Sendungen werden meiner Meinung nach nur wenig gehört, vor allem, weil die Amerikaner von der Kurzwelle so gut wie keinen Gebrauch machen. Vor einigen Jahren versuchte man, da für Abhilfe zu sorgen, und in Vereinbarung mit Havanna wurden von kubanischem Territorium aus Mittelwellensendungen auf der Frequenz 1040 Megahertz aufgenommen. Diese Idee sollte sich als unproduktiv erweisen. Die Sendungen konnten nur in einem kleinen Radius empfangen werden, und überdies verursachte der Sender Störungen bei amerikanischen Werbessendern. Mit anderen Worten, in unseren Beziehungen tauchte ein weiterer, wenn auch unabsichtlicher, doch betrüblicher Reizfaktor auf.

So kamen wir zu folgendem Schluß: Die Sendungen von Kuba aus sind einzustellen. Und gleichzeitig wollten wir mit den Amerikanern vereinbaren, daß sie uns helfen, das viele Millionen zählende amerikanische Auditorium zu erreichen. Die USIA ist bekanntlich nicht auf amerikanischem Territorium tätig, doch trotzdem half sie uns dabei, Kontakte zu Vertretern privater Rundfunksender herzustellen. Diese Gespräche haben bereits stattgefunden, und im September wird eine sowjetische Delegation zur nationalen Konferenz der Rundfunknetze der USA reisen, um neue praktische Schritte zu vereinbaren. PBS, eine bekannte und beliebte Gesellschaft, hat sich bereit erklärt, regelmäßige Sendungen über das Leben in der Sowjetunion zu verbreiten. Überdies, in Berücksichtigung der Besonderheiten des amerikanischen Rundfunkmarkts und der dort üblichen Präsentation der Information, erklärten die Amerikaner ihre Bereitschaft, uns bei der Ausbildung von Fachkräften für eine solche spezifische Arbeit zu helfen. Wir vereinbarten, die Möglichkeit zu erörtern, die Vertretung des sowjetischen Auslandsrundfunks in den USA zu erweitern, umso mehr, da „Voice of America“ einen weiteren Korrespondenten in Moskau akkreditieren möchte.

Erfolgreich war das Gespräch auch über eine Vergrößerung der Auflagen der Zeitschriften „Soviet Life“ in den USA und „America“ in der UdSSR auf 250 000 sowie in der Perspektive überhaupt über eine Beseitigung derartiger Obergrenzen. Obwohl es hier nicht wenige Probleme gibt, was die volle Gegenseitigkeit angeht, versprachen die USIA-Vertreter über Wege für eine Verbesserung der Bedingungen zur Verbreitung unserer Zeitschrift in den USA zu informieren.

Eine Vereinbarung über die Vergrößerung des Studentenaustausches – auf 1000 Studenten – erlangte praktische Gestalt, ein Projekt für die Gründung einer sowjetisch-amerikanischen Universität wurde erörtert. Es ging um die mögliche Herausgabe einer gemeinsamen Zeitung zum bevorstehenden Gipfeltreffen – die Redaktion der „Iswestija“ sucht nach Partnern. Die Gespräche über die

Eröffnung von Informations- und Kulturzentren in Moskau und Washington wurden fortgesetzt.

Wenn ich Ihre Worte höre und mich an die Einschätzung von Bruce Gelb erinnere, muß ich unwillkürlich an gewisse Gralshüter ideologischer Dogmen denken, die bereits die wütende Frage stellen werden: Was, wieder Zugeständnisse, einseitige Schritte, und das noch beim Allerheiligsten – bei der Ideologie?

Ja, ich weiß, daß bei einem Teil unserer Öffentlichkeit derartige Gespräche und Vereinbarungen bisweilen die falsche Vorstellung hervorrufen, wir würden ständig einseitige Zugeständnisse machen, ja einen „ideologischen Strip“ zeigen. All das ist Unsinn. Im Informationsbereich wird es stets einen Wettkampf der Ideen, der politischen Konzeptionen geben; wichtig ist, daß er ehrlich geführt wird, ohne Methoden der psychologischen Kriegsführung, wichtig ist, daß sich beide Seiten nicht in Wörtern, sondern in Taten an die Priorität der allgemeinmenschlichen Werte halten. Es ist ja gar nicht so schwer, nicht von Prinzipien abzugehen und zugleich nicht zu versuchen, von Schwierigkeiten des anderen Gebrauch zu machen, um irgendwelche eigennützige Ziele zu erreichen.

Natürlich gibt es eine objektive Ungleichheit, die sich aus den materiell-technischen Möglichkeiten und den geographischen Besonderheiten ergibt. Das ist eine Tatsache. Eine solche Ungleichheit läßt sich nicht auf einen Schlag beseitigen. Doch wir versuchen, das zu ändern, und zwar nicht durch eine Drosselung des Informationsstroms von der anderen Seite, sondern durch die Verstärkung und Verbesserung der Qualität der eigenen Informationen. Wichtig ist es, einen qualitativen Ausgleich dieser Informationsströme, ihre wirkliche Objektivität und Glaubwürdigkeit zu erreichen. Die jetzige Dynamik der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen erlaubt das. Die Zahl derjenigen, die uns in den letzten Jahren wohlwollen, hat enorm zugenommen – dank den Veränderungen in unserer Innen- und Außenpolitik und nicht zuletzt auf dem Informationssektor. Das trägt jetzt seine ersten Früchte.

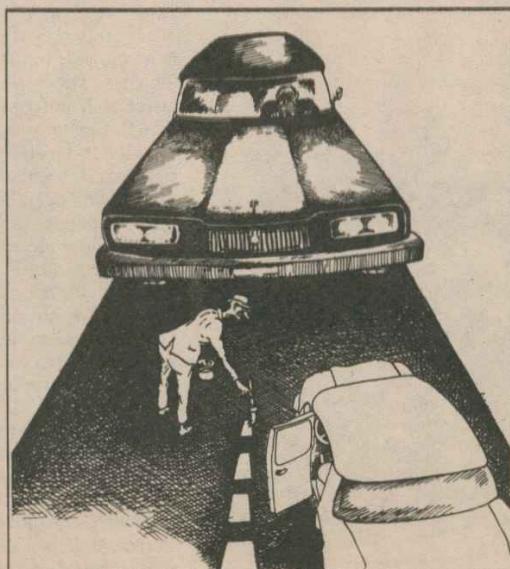
Ich möchte hier zwei konkrete und doch recht bezeichnende Beispiele anführen. Vertreter der Presseagentur „Nowosti“ äußerten die Bitte, in New York ein eigenes Büro eröffnen zu dürfen. Noch vor zwei, drei Jahren schien ein solcher Gedanke utopisch zu sein: Damals gab es in Moskau noch kein Büro der „Voice of America“, die Sendungen von „Radio Liberty“ und „Free Europe“ wurden gestört. Jetzt aber haben sich die Amerikaner bereit erklärt, diese Frage ernsthaft zu prüfen und in nächster Zeit eine Antwort zu geben.

Ein anderes Beispiel. Delegationen der sowjetischen Gewerkschaften wurden vom State Department ständig Einreisevisa unter Hinweis auf die Meinung vom AFL-CIO verweigert. Doch kürzlich hielt sich eine Delegation von Bergleuten, Vertreter von Streikkomitees, in den USA auf. Sie wurden vom AFL-CIO bei aktiver Unterstützung der USIA empfangen. Natürlich warfen wir die Frage auf, daß auch dieser Bereich unserer Kontakte, die zu mehr Informationen über das Leben des anderen und zu einem Meinungsaustausch beitragen, normalisiert werden müsse. Infolgedessen gelang es, grundsätzlich eine Formel abzustimmen, die es erlauben würde, die Beschränkungen für die Ausstellung von Einreisevisen für sowjetische Gewerkschaftsdelegationen auch für Delegationen des Zentralrates der Sowjetischen Gewerkschaften, WZSPS, aufzuheben (obwohl die amerikanische Seite den WZSPS nach wie vor nicht als Verhandlungspartner betrachtet). Natürlich wird auch die sowjetische Seite USA-Reisen der Mitglieder von Gewerkschaftsdelegationen, die formell dem WZSPS nicht angehören oder ihn nicht vertreten, nicht behindern. Auf jeden Fall liegt das letzte Wort bei den Gewerkschaften selbst, doch Fortschritte zeichnen sich ab.

Die Ergebnisse sind also ermutigend. Doch offenbar wird man nicht wenig arbeiten müssen, damit die Vereinbarungen mit Leben erfüllt werden.

Zweifellos. Viel von dem, was ich erwähnte, hat bereits die Form von Vereinbarungen angenommen, doch es gibt noch manche Fragen, die zu lösen sind. Ständige Kontakte sind erforderlich, auch über das Problem der sogenannten Desinformation. Wir vereinbarten, in jedem konkreten Fall eine Analyse vorzunehmen und auf Publikationen zu reagieren, die Einwände des Partners hervorrufen und nicht durch glaubwürdige Fakten bestätigt werden. Das wird bereits praktiziert und ist keineswegs ein Angriff auf die Pressefreiheit.

Insgesamt haben wir, wie gesagt, eine neue, partnerschaftliche Ebene erreicht – jetzt bereits im Bereich der Informationskontakte und der Zusammenarbeit mit den USA. Das betonte der sowjetische Delegationsleiter, der stellvertretende UdSSR-Außenminister W. Petrowski in Washington. Jetzt darf man das Tempo nicht verlangsamen. Nicht von ungefähr schlug Bruce Gelb vor und wir stimmten dem zu, das nächste Treffen bereits im November in Moskau durchzuführen. Das ist vernünftig, da der sowjetisch-amerikanische Gipfel bevorsteht, der dem Gesamtkomplex der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zweifellos einen neuen Impuls geben wird.



Zeichnung: Wladimir Nenaschew

Alles andersrum

Vitali Ignatenko
NZ-Sonderkorrespondent

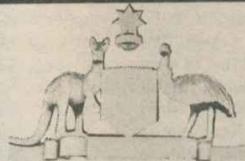
Man denkt zumeist, daß in Australien alles andersrum läuft. Denkbar ist aber auch, daß man nicht hier, sondern anderswo nicht so lebt, wie es sein müßte

H

in und wieder fallen wir unserer Geographie zum Opfer. Jedes Land nimmt sich die Freiheit, solche Landkarten zu haben, wo es selbst im Mittelpunkt und die übrige Welt in weiter Ferne liegt. Dieses Vorecht nimmt man auf allen Kontinenten für sich in Anspruch. Die maßstabverkrümmte Weltkarte lenkt unseren Blick irgendwo weit nach Südosten, und dort ist Australien eigentlich bloß noch eine Insel. Eine große Insel immerhin, denn von Sydney im Norden fliegt man eine knappe Nacht bis zum Süden Australiens. Der Flug führt über ein Territorium, auf dem bloß einige zehntausend Menschen leben. Jeder Vorort von Moskau hat mehr Einwohner.

Jung und frei

Vor 203 Jahren war es, daß Kapitän Arthur Philip im Mai 1787 mit seinen elf morschen Seelenverkäufern der „First Fleet“ mit einer Wasserverdrängung von insgesamt viertausend Tonnen in See stach. Hinter sich die neblige englische Küste, vor sich ein unbekanntes Territorium, auf dem siebenhundert Outlaws für immer ausgesetzt werden mußten. Heute gibt es Historiker, die behaupten, daß mindestens vier von fünf Männern, die in den Schiffsbäuchen der „Ersten Flotte“ schmachteten, Straftaten begangen hatten, für die sie nach gelten-



dem britischen Gesetz entweder freigesprochen oder mit einer Geldstrafe belangt worden wären. Viele Häftlinge, Frankokanadier, irische Katholiken und Arbeiter aus England oder Schottland, die sich für ihre elementaren Rechte eingesetzt hatten, müßten heute als politische Gefangene eingestuft werden. Andere Forscher gehen mit den Zwangsübersiedlern jedoch schärfer ins Gericht. Insgesamt wurden auf dem Kurs des Käpt'n Phillip etwa 160 000 Menschen nach Australien verschifft. Ihre Nachkommen sind nach drei bis vier Generationen in diesem riesigen Tiegel verschmolzen, mit freien Übersiedlern, die von allen Kontinenten hierher gegangen sind, um ihr Glück zu machen, um sich Ruhm, Geld und Freiheit zu erwerben. Heute sind sie ein 17-Millionen-Volk, das in sorgloser Freiheit groß geworden ist, ein Volk, dessen Eigenarten in einer gar nicht so fernen und alles andere als leichten Geschichte ihren Ursprung finden. Von daher erklärt sich auch der Charakter der richtigen „Ausies“, wie sich die Australier selbst bezeichnen: Freiheitsliebe, Unabhängigkeit, Güte und ein ausgesprochener Sinn für Freundschaft und Familienleben.

Je mehr Einwanderer zuerst aus England und Irland hierherkamen, desto höher wuchsen ihre Erwartungen. Auch wenn die Arbeit auf den Plantagen schwer war, erhielt jeder Neuling doch ein Stück Boden – ein Luxus, der in Europa unmöglich gewesen wäre. Die aus den Slums des viktorianischen England stammenden Siedler schufen einen Traum, der bis heute noch im australischen Volk lebt: ein Stück Land von einem viertel Acre und ein eigenes Haus zu haben.

Nach 1945 wurde das vom Krieg verschonte und von Hunger und Verzweiflung nicht ausgelaugte Land für Tausende von Engländern, Italienern, Griechen, Türken, Jugoslawen, Polen usw. zu einem Magneten. Der Slogan des Nachkriegs-Premiers Robert Menzies „Besiedeln oder Untergehen“ enthielt bestimmt ein gut Teil weißer Fremdenangst. Die Befürchtungen des Premierministers lassen sich unschwer erraten: Entweder europäische Besiedlung oder Australien hält dem Ansturm asiatischer Übersiedler nicht stand. Erst in den siebziger Jahren wurde die Politik des „weißen Australien“ begraben, obwohl sie auch jetzt noch ihre Sympathisanten hat.

In jedem australischen Flughafen hängt der freundliche Gruß: „Herzlich Willkommen zu Hause!“ Das habe ich sonst noch nirgendwo gesehen. Den Einheimischen sagt er: Hier sind dein Heim und Herd, deine Familie. Den Übersiedlern macht er Mut, und den Reisenden verspricht er Wärme, Gastfreundschaft und einen herzlichen Empfang.

Inzwischen leben Übersiedler aus 120 Ländern in Australien. Praktisch die Hälfte aller Australier ist entweder im Ausland geboren oder hat zumindest ein Elternteil, das in einem anderen Land lebt. Die größten Gemeinden nach den Anglo-Australiern sind die Italiener, die Griechen (Melbourne ist eine sehr griechische Stadt), die Jugoslawen, die Deutschen und die Niederländer. Etwa 95 000 Men-



Die „Georgi Pjassezki“ (UdSSR) in der Bucht von Sydney

schen stammen aus russischen Breiten. Inzwischen kommen jedoch die meisten Einwanderer aus der asiatischen Region. Angaben des australischen Büros für Migrationsstudien zufolge sind in den letzten beiden Jahren etwa 52 000 Bürger aus Asien zugezogen. Das sind 36 Prozent aller Einwanderer. Es geistert die Auffassung herum, daß die Bundesbehörden und die Regierung in Canberra von dem unstillbaren Wunsch gepeinigt werden, noch mehr Übersiedler aus aller Welt willkommen zu heißen. Das ist nicht der Fall. Es gibt eine Obergrenze von 140 000 Einwanderern jährlich. Der höchste Anteil von Einwanderern aus den Philippinen entfällt beispielsweise auf Ehefrauen für australische Männer. Eine Analyse des Einwandererstroms aus Malaysia zeigt wiederum, daß die Übersiedler sich von ihrer neuen Heimat den Erwerb von Bildung und Qualifikation versprechen.

„Freuen wir uns, Söhne Australiens, wir sind jung und frei“ heißt es in der Nationalhymne „Advance Australia Fair“. Es ist lange her, daß diese Worte geschrieben wurden, aber auch heute ist die zahlenmäßig größte Altersgruppe immer noch die der 25- bis 29jährigen. Auch diejenigen, die älter sind, machen nicht bloß auf jung, sondern sind es wirklich, sind sportlich, Neuem aufgeschlossen und risikobereit. Die Australier sind wohl nicht nur deshalb so vom Schicksal begünstigt, weil sie soviel Sonne, freie Fläche und Ozean haben. Sie müssen hart arbeiten, um sich auf dem weltweiten Jahrmarkt der Eitelkeit würdig halten zu können. Sie haben andere eingeholt, aber zunächst einmal sich selbst überholt. Eine Handvoll Menschen hat alle Kraft zusammengekommen, um einen Kontinent zu erobern, und in kurzer Zeit eine Zivilisation errichtet, wo früher nichts war.

Der Boom-Bumerang

Es heißt, das jedes fünfte Schaf auf diesem Planeten in Australien grasst.

Das ist eine hübsche Herde von 180 Millionen Tieren, davon 90% Merinoschafe. Wenn man in den Wappen zweier Bundesstaaten Schafe findet, weiß man, worauf ihr Wohlstand zurückgeht. Das gilt für ganz Australien. Dabei wäre es unangebracht zu meinen, daß Australien auf einem Schaf reitet, wie hiesige Witzbolde behaupten. Die australische Wirtschaft ruht auf der gesamten landwirtschaftlichen Produktion und der rohstoffgewinnenden Industrie. Allerdings darf man sich in diesen Zeiten nicht auf diese Bereiche verlassen, selbst wenn sie stark sind und florieren. Jedes Jahr wird die Konkurrenz für Rohstoffe und Agrarerzeugnisse auf dem Weltmarkt stärker. Wolle, Weizen, Reis und Zucker werden heute nicht mehr nur von den USA, den EG-Ländern und Südafrika, sondern auch von Indien und China angeboten. Wenn man dazu noch die Transportkosten nimmt, Australien ist nun mal nicht so nah dran, dann schlägt sich das auch auf die



Angoraziegen-Wettbewerbe finden das ganze Jahr über statt

Konkurrenzfähigkeit australischer Waren niedert. Ich habe gesehen, wie bei Sydney jeden Tag ein unvorstellbar großer Ozeanriesen ablegt. Aus dem Staunen kam ich erst heraus, als man mir erklärte, daß auf solchen Schiffen Schafe, Lämmer und Hammel nach Saudi-Arabien verfrachtet werden. Natürlich muß die Ware noch leben, wenn sie den Kunden als blökende riesige Schafherde erreicht. „Stallschiff“ oder „Hammelfuhrer“, ich weiß nicht, wie man das treffend bezeichnet, aber auf jeden Fall sollen in diesem Jahr 6,8 Millionen Schafe auf diesem Weg nach Ar-Riyad gelangen.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten werden in Australien nicht erst seit gestern angesprochen. Vor vier Jahren hat der Bundeskanzler Paul Keating seine Landsleute gewarnt, daß ihre Heimat eine Bananenrepublik zu werden droht. Dieser Vergleich ist für meine Begriffe so ausgefallen wie übertrieben. Doch hat wahrscheinlich der Finanzminister eines Landes die Freiheit und die Pflicht, die Situation überspitzt darzustellen und eine Gesellschaft, die sich an der Sonne wärmt, die ihr Auskommen und demokratische Freiheiten genießt, zu schockieren.

Übrigens hatte Herr Keating allen Grund zu warnen. Das mit märchenhaften Reichtümern gesegnete Land hat schon mehrere Jahre hintereinander mehr verbraucht als selbst erwirtschaftet. Dieser Tendenz muß Einhalt geboten werden, damit Australien auch im nächsten Jahrhundert blüht und nicht schon in diesem Jahrhundert in den Straßengraben schlittert. Inzwischen verstehen natürlich alle, daß die Australier lange genug an einer zu großen Zahl von Gütern gelitten haben und unbemerkt in die Schuldenstrolche geraten sind. Heute bewegt Australien sich, was die laufenden Operationen angeht, auf ein Rekorddefizit seines Haushalts zu: 17 Milliarden Australi-

sche Dollar. Auch die Auslandsschulden sind mit 100 Milliarden beträchtlich. Die Regierung Robert Hawke hat die Kredit- und Geldbremse getreten, „um dieser Orgie Einhalt zu gebieten“. Diese Metapher stammt von hiesigen Journalisten. Die kurzfristigen Diskontsätze liegen inzwischen bei 18 bis 20%. Die Verschuldung Australiens ist jedoch eine andere als die der Dritten Welt. Australien ist politisch stabil, reich an Bodenschätzen, und die Australier zeigen ungeachtet des Geschmacks, den sie am guten Leben gefunden haben, die Fähigkeit, Opfer zu bringen.

Die Regierung Bob Hawke macht sich daran, die Probleme gelassen aus dem Weg zu räumen. Unter anderem arbeitet man an Modellen einer Wirtschaftspolitik, mit deren Hilfe man die Abhängigkeit vom Agrarexport, von der Bergbauindustrie und vom Tourismus überwindet. Doch auch für die traditionellen Exporterzeugnisse werden neue Märkte erschlossen und alte Märkte ausgebaut.

Hawke hat auch in der Handelsdiplomatie seinen eigenen Stil gefunden. Besonders macht sich das am Beispiel der Cairns-Gruppe bemerkbar, die 14 Länder zusammenfaßt, welche mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen handeln. Das geht so weit, daß die Teilnehmer von Verhandlungen in der Cairns-Gruppe sich nicht auf Preisabsprachen für Viehfutter, Sojabohnen, Fleisch und Wolle beschränken, sondern ihre regelmäßigen Begegnungen haben zum Beispiel auch dazu geführt, daß Australien und Indonesien ihre traditionell schwierigen Beziehungen verbessern konnten. Wie die „Financial Times“ bemerkte, standen die Indonesier Australien mißtrauisch gegenüber und schienen nie vollständig begreifen zu können, daß in einer Gesellschaft mit liberaler Demokratie feindselige

Artikel über eine ausländische Regierung nicht verboten und auch nicht als Ausdruck der offiziellen Regierungsmeinung gewertet werden können. Die Beziehungen haben sich also jetzt verbessert und beide Seiten scheinen darauf hinwirken zu wollen, daß sie noch besser werden.

Eine weitere Initiative von Bob Hawke besteht darin, zu einem asiatisch-pazifischen gemeinsamen Markt aufzurufen. Dieser Organisation sollten die sechs ASEAN-Länder, Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea zugrunde liegen. Die USA und Kanada, möglicherweise auch Hongkong, Taiwan und China sollen angeschlossen werden. Hier drängt sich einem natürlich die Frage auf, ob die Zukunft Australiens etwa mit Asien in Zusammenhang gebracht werden soll. Premier Hawke negiert das: „Ich will Australien eine internationale Orientierung verleihen. Seit ich das Amt des Premierministers übernommen habe, versuche ich, meinen Mitbürgern begreiflich zu machen, daß wir nicht hinter einem Zaun leben dürfen. Wir sind 16,5 Millionen in einer Welt, die gegen Ende dieses Jahrhunderts 6 Milliarden Menschen haben wird. Wir sind in einer verschwindenden Minderheit. Eine sichere Zukunft für Australien hängt davon ab, ob wir unsere wirtschaftlichen Verbindungen in dieser Region festigen können. Alle unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, dieses Ziel zu erreichen.“

Der Premierminister forderte zu Toleranz und Verständnis auf. Beide müßten im Einwanderungsprogramm zum Ausdruck kommen. Es sei hinzugefügt, daß der Anteil der hochqualifizierten Einwanderer auch heute noch ziemlich groß ist. Erstmals schlug der Premierminister seinen Mitbürgern jedoch vor, im Programm einer verbesserten „Unternehmernmigration“ eine aktive Rolle zu übernehmen. Dazu meint Bob Hawke, müsse die Ausbildung von australischen Fachleuten aktiviert werden, die die Sprachen aller Völker, die in dieser Region leben, beherrschen. Der Premier meint, daß gerade sie die kommerzielle und kulturelle Interaktion in dieser Weltregion erleichtern können.

Ich glaube, daß Australien keine Bananenrepublik wird. Das soll nicht heißen, daß ich etwas gegen den verehrten Schatzkanzler einzuwenden hätte. Sein glashartes Auftreten, wenn es um die Zukunft seines Landes geht, ist mir sogar sympathisch. Man darf nicht träumen und den wirtschaftlichen Durchbruch den Nachbarn in der Region oder einem fernen Konkurrenten überlassen und muß neue Möglichkeiten finden, die Gesellschaft wachzurütteln und zu entwickeln. Heute sind das für Australien die Biotechnologie, die Ausstattung von Computern mit Software, der Kraftfahrzeugbau und so weiter. Morgen könnten es neue Beziehungen zur UdSSR sein: die Weiterverarbeitung von Bauxit, der Start von australischen Satelliten auf sowjetischen Trägerraketen von der Halbinsel Cape York, die Produktion von Bauausrüstungen in Aktjubinsk und so weiter.

In den letzten Jahren haben sich unsere Beziehungen tatsächlich vertieft. Bedeutende Auswirkungen auf die sowjetisch-australischen Beziehungen hatte der Besuch von Außenminister Schewardnads in Australien. Der gesamte politische Dialog, unter anderem auch auf höchster Ebene, kommt jetzt in geregelte Bahnen. Eine wichtige aktivierende Funktion hatte der Besuch von Premierminister Robert Hawke Ende 1987 in Moskau.

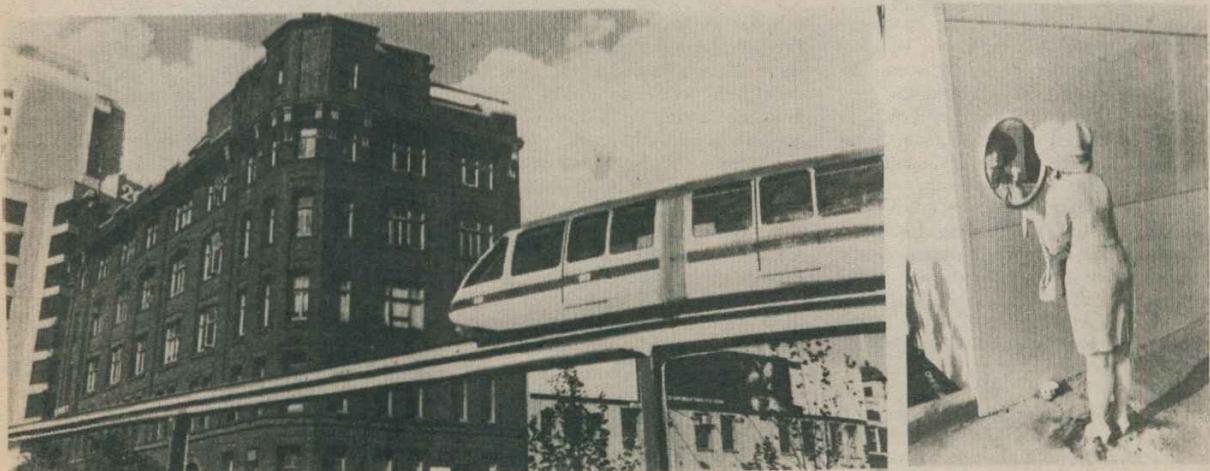
Februar dieses Jahres: Zum erstenmal betrat der Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR australischen Boden. Während dieses wichtigen Besuchs von Nikolai Ryshkov wurden mehrere umfangreiche sowjetisch-australische Vereinbarungen unterzeichnet: über die Zusammenarbeit im Bereich des Fischfangs, des Handels, des Umweltschutzes, der friedlichen Nutzung von Atomenergie und im humanitären Bereich. Sie sind eine wichtige Ergänzung zu den Vereinbarungen über Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen, die in den letzten drei Jahren erzielt worden sind. Gleichzeitig weisen die sowjetisch-australischen Beziehungen noch ein gewaltiges Potential auf, das erst noch ausgeschöpft werden will.

Manchmal habe ich den Eindruck, daß der Rückgang nach einem Boom nicht immer gleich in die Sackgasse führt. Wenn es einer Gesellschaft gelingt, ihre Kräfte und Reserven umzugruppieren, und wenn sie nicht aufhört, Möglichkeiten für einen neuen Anlauf zu finden, ist das alles nicht so dramatisch. Australien scheint ein Beispiel dafür zu sein.

Bin ich nun wieder zu optimistisch?

Die ersten, zuerst, einmalig

Die Welt gehört nicht den dynamischen Blendern. Die Australier haben das rechtzeitig begriffen. In der Ära des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird die Welt dem gehören, der mehr kann. Hier ist es angebracht, daran zu erinnern, daß die Australier sich noch nie durch Inkompetenz ausgezeichnet hatten. Sie haben zum Beispiel zuerst Flugzeuge und erst dann Automobile produziert. Wie Sie wissen, verließ die Entwicklung in anderen Ländern in umgekehrter Reihenfolge. Insulin wurde in Australien bereits ein Jahr, nachdem Frederick Banting es am Menschen ausprobiert hatte, produziert. Der Australier Howard Florey war einer der Väter des Penicillins, und das Antibiotikum ist zuerst in Australien hergestellt worden. Erstaunlich ist auch, daß der erste Kühlschrank der Welt von einem australischen Erfinder gebaut wurde. Natürlich gab es auch etwas, das hineinzupacken lohnte. Es versteht sich von selbst, daß die Schermaschine nirgendwo anders als in Melbourne erfunden worden ist. Sie wurde mit Dampf betrieben und schnippte recht wacker. Die Australier züchten die besten Schafe der Welt, den besten Weizen und das beste Zuckerröhr. Deshalb ist auch der Preis von 30 000 Dollar für einen einzigen Zuchtwidder, der 1962 auf den Märkten ausgeschrieben worden ist, gar nicht so unvernünftig. Natürlich nur, wenn man berücksichtigt, daß die inneren Werte dieses Schafs den Interessen des Landes untergeordnet waren. Es weiß schon niemand mehr, daß auch die Idee für



Die Einschienenbahn ist das geeignete Transportmittel für eine Großstadt

Skulptur des berühmten John Underwood

den ersten Panzer, Entwurf und Entwicklung nämlich, weit entfernt von den Kampfhandlungen des ersten Weltkriegs, in Sydney geboren wurde.

Australien gebürtig die Ehre, als erstes Land der Welt die geheime Wahl aller Machtorgane eingeführt zu haben. Das war am 27. August 1856.

Ein Mensch und Bürger dieses Landes muß notgedrungen irgendein Handwerk beherrschen. Man kann natürlich auch ohne überleben, wenn man sich um die Brotkörbe der Großstädte schart. Hat man aber seinen eigenen „Viertel Acre“, wird man sein ganzes Leben darauf verwenden müssen, sich Kenntnisse anzueignen, zu suchen und zu vervollkommen. Newcastle: Ein großes Metallurgiezentrum wie das sowjetische Saporoshje. Um diese Stadt herum liegen Privatgrundstücke, Einzelhäuser und Farmen. Hier herrscht reger Betrieb um Obstbäume, Blumenbeete, Gemüsebeete, Hühnerställe, Pferdeboxen und so weiter. Hier leben weder Geldsäcke noch Geschäftsleute, sondern normale Arbeiter, viele von ihnen aus den benachbarten Fabriken. Man wird aber kaum jemanden sehen, der die Zeit mit Domino oder Alkoholmissbrauch untätig verbringt, wenn es gilt, mit anzupacken und letzten Endes auch etwas zu verdienen.

Alexej Kriwenko kam als 6jähriger Junge nach Australien, seine Eltern wurden von den Faschisten aus Nikolajew verschleppt. Sie sind durch Europa und die ganze Welt geirrt. Heute kann man ihn natürlich nicht mehr von seinen Nachbarn unterscheiden, die in der zweiten oder dritten Generation in Australien leben. Vor allem, weil Kriwenko alles selbst macht, so wie sie. Wenn es nötig ist, baut er einen Traktor zusammen, zieht er ein Haus hoch, legt einen Sumpf trocken, sät, erntet, macht Kompost und Marmelade, repariert ein Radio, bewirtet einem mit Selbstgebranntem, bohrt einen Brunnen, züchtet Hühner, repariert jeden Volvo und so weiter und so fort. Die Arbeitskräfte, das sind er selbst und seine prächtige Frau Raja. Manchmal springt sein Bruder ein. Die Tochter Xenia stört bloß, sie ist erst sechs Jahre alt. Natürlich hat unser Landsmann alles im Haus. Er ist gutmütig, gastfreudlich und großzügig. Alles, was die Familie hat, wurde wohlgemerkt in der arbeitsfreien Zeit hergestellt. Alexej Kriwenko ist Mechaniker auf einem Tanker: sechs Wochen auf See, sechs Wochen zu Hause.

Großes und Kleines

Wenn man über Australien berichtet, muß man immer wieder erwähnen, wie wenig besiedelt sein Territorium ist. Das eine oder andere ließe sich auch mit sowjetischen Lebensbedingungen konfrontieren. Die Sanitätsflugzeuge haben auch nicht wir erfunden. „Ohne sie wäre Australien nicht denkbar“, sagt Susan Mayor, Abteilungsleiterin im Hauptquartier des „Flying Doctor Service“. „Historisch reichen wir in das Jahr 1928 zurück, als der erste Arzt im ersten Flugzeug zu seinem ersten Krankenbesuch gestartet ist. So entstand die rein australische Ein-

richtung „Royal Flying Doctor Service“.

Außerdem rein medizinischen Aspekt gab es noch einen überraschenden Nebeneffekt. Die Australier ließen sich nicht mehr durch die weiten Entferungen und die Abgeschiedenheit vom Zentrum abschrecken. Ein Leben weit entfernt von der nächsten Siedlung machte ihnen keine Angst mehr. Die Arbeitsweise der fliegenden Ärzte ist einfach und zuverlässig. Jeden Tag empfängt ein Arzt auf einer bestimmten Funkwelle seine Patienten. Zu diesem Zweck gibt es in jeder Familie einen Atlas, in dem auf der Abbildung eines menschlichen Körpers bestimmte Ziffern eingetragen sind. Es gibt auch bestimmte Medikamente, die keine Bezeichnung, sondern Nummern tragen. Arzt und Patient kommunizieren per Funk wie Mathematiker, bis der Patient kuriert ist. Die fliegenden Ärzte haben auch Krankenhäuser ohne medizinisches Personal erfunden. In vielen Landesteilen gibt es diese Hospitäler. Von Zeit zu Zeit kommen Fachleute angeflogen und führen ihre volle medizinische Ausrüstung mit. Dann kommen aus den nähergelegenen Siedlungen die Patienten oder vermeintlichen Kranken herbei. Natürlich gibt es auch noch eine besondere Welle für Notfälle. Dann startet das Flugzeug zu jeder Tages- und Nachtzeit. Die Funksender werden übrigens auch vermietet. Heute ist ganz Australien mit einem Netz von Funksendern und Flugrouten für dringende ärztliche Hilfe überzogen. „Allein in unserem System haben wir 14 Flugstützpunkte und 33 Flugzeuge“, fährt Frau Mayor fort. „Wir versorgen ein Territorium von mehr als 5 Millionen Quadratkilometern. Es ist sehr wichtig, daß die ganze Gesellschaft an unserer nicht ganz leichten Arbeit Anteil nimmt. Das sind eben nicht nur die 50 Ärzte, die gerade Dienst haben. Dazu gehören auch Spenden von Privatpersonen, Stiftungen und Firmen. Diese Mittel werden bei Wohltätigkeitsbasaren gesammelt. Sicherlich übernehmen die Bundesregierung und die Regierungen der Bundesstaaten die nicht eben geringen Ausgaben für den Unterhalt der fliegenden Ärzte. In Sydney werden zum Beispiel 60 Prozent der Aufwendungen für die Fliegerei und die Ärzte von den Behörden finanziert. Aber die permanente und freiwillige Beteiligung der Bürger an einer so edlen und notwendigen Sache trägt schon seit vielen Jahren zum Zusammengehörigkeitsgefühl der Australier bei.“

Die Kinder in Australien erhalten ihren Unterricht über das Radio. Der Unterricht ist wiederum kein Selbstzweck. Dadurch erhalten die Kinder in abgelegenen Gegenden die Möglichkeit, zu Hause zu bleiben, bis sie 15 sind. Berufsausbildung, Mittelschule oder Gymnasium kommen später. Die Radiogrußschule in Australien ist die größte Schule der Welt: Sie erstreckt sich über eine Fläche von 272 000 Quadratkilometern. Es gibt keine engen Klassenzimmer, und außerdem ist es gar nicht so leicht, das Mädchen vor einem an den Zöpfen zu ziehen. In der Darstellung von Pawel Iwkin, einem 12jährigen Sowjetbürger, der vorübergehend in einer Schule in Sydney geht, sind solche Freiheiten wie das Ziehen an Zöpfen nicht vorgesehen. Daß es keine Zöpfe gibt, könnte ein Grund dafür sein. Seine Mutter hat der „Literaturnaja Gaseta“ einen Brief geschickt, in dem sie die Sitten an dieser australischen Schule beschreibt. Lesen wir ihn noch mal: „Am ersten Schultag hat man ihm gesagt: 1. Wir sind so froh, daß du bei uns lernen willst! (der Direktor.) 2. Du bist aber schön! (der Lehrer.) 3. Er ist sehr schön angezogen, Sie haben sich die richtige Schuluniform rausgesucht. (Der Direktor in Gegenwart des Kindes zu den Eltern.) 4. Er spricht kein Englisch? Wir haben 23 solche Kinder, kein Problem, wir lernen schon, uns zu verständigen. (Das sagte der Lehrer uns.) Am nächsten Tag erzählt unser Sohn: 1. Ich werde Darling, also Liebling, und Pawlik genannt. Alle Kinder werden so genannt. Die Aufgabenzettel werden mit Kosenamen unterschrieben, wie zu Hause. 2. Wenn die Lehrerin einen zurechtweisen will, sagt sie: „Entschuldige, aber ich habe den Eindruck, daß du ziemlich laut bist.“ Wenn es nötig ist, kann man während der Stunde zu einem Klassenkameraden gehen. (Hier habe ich total abgeschnallt, Mama!) Dann kann ich mir von ihm nehmen, was ich brauche. Dafür gibt es keine Eintragung, ich darf bloß die anderen nicht stören. 3. Als wir wirklich mal zu laut waren, hat die Lehrerin gesagt, daß wir alle grüne Kartoffeln und kleine Frösche wären. 4. Wir haben hier nur zwei Noten: Gut und nichts, wenn man nicht alles geschafft hat.“

Brechen wir die Lektüre dieses Briefes hier ab.

Ich gebe zu, daß ich immer an unsere fortschrittliche pädagogische Wissenschaft geglaubt habe. Ich weiß, daß unser NZ-Kommentator Simon Solowjeitschik sich vor Einladungen an einheimische und ausländische Universitäten nicht retten kann, wo er Vorlesungen über Lehr- und Lernprobleme halten soll. Unser Land hat einen Schatalow, einen Amonaschwili und eine Lyssenkowa hervorgebracht, aber überall höre ich, daß es bei uns eine ausgezeichnete Theorie gibt und nur die Praxis nachhinkt.

Bei den Australiern ist auch in dieser Beziehung alles anders rum.

Gegen Ende des letzten Jahrhunderts schrieb Mark Twain, nachdem er Australien verlassen hatte: „Die australische Geschichte ist fast immer malerisch, sie ist tatsächlich so merkwürdig, daß sie einem wie die größte Neuigkeit vorkommt, die dieses Land zu bieten hat, und die allen anderen Neuigkeiten um zwei Längen voraus ist. Sie liest sich nicht wie Geschichte, sondern wie eine treffliche Lügengeschichte. Alles daran ist frisch und neu, nichts ist ranzig und abgeschmackt. Sie steckt voller Überraschungen, Abenteuer, manches paßt nicht zusammen, manches widerspricht sich, manches ist unglaublich, aber es ist alles wahr, es ist alles so passiert.“

Wir können uns nur noch über die Aktualität dieser Zeilen wundern.

Wer wen? Die kolumbianische Regierung und die Rauschgiftmafia versuchten, diese Frage in unerbittlichem Kampf zu lösen

Eldorado ohne Glanz

Vitali Sobolew, NZ-Korrespondent

Das von Dichtern und Romanschreibern besungene Eldorado, das Land des großen Goldes – eben das ist das heutige Kolumbien. Die Legenden von den schier unermesslichen Reichtümern Kolumbiens leben bis heute – und nicht nur die Legenden. In nächster Zukunft wird man damit beginnen, Gold für viele Millionen Dollar von der spanischen Galeone „San Jose“, die vor 300 Jahren von den Engländern vor der kolumbianischen Küste versenkt wurde, zu bergen.

Doch auch ohne die Schätze der Vergangenheit nimmt sich die wirtschaftliche Lage des Landes – vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise Lateinamerikas – insgesamt nicht schlecht aus. Die jährliche Zuwachsrate der Produktion des Landes, die zu Beginn der 80er Jahre eine Rezession durchmachtet, beträgt stabil 4%. Die finanzielle Situation Kolumbiens weckt, wie es in der internationalen Finanzwelt heißt, spürbar mehr Vertrauen als die seiner Nachbarn.

Das schöne Bogota, das sich zu Füßen einer malerischen Gebirgskette, am Rand einer blühenden Ebene, von den Kolumbianern „Savanna von Bogota“ genannt, ausbreitet, kann es, was die funktionelle Klarheit und die Pracht seiner Architektur angeht, mit den anderen Hauptstädten des Subkontinents durchaus aufnehmen. Hier, in einer Höhe von 2500 Meter über dem Meeresspiegel, unter der sengenden Sonne des Äquators, herrscht ewige Zimmertemperatur und die sonst auf Schritt und Tritt anzutreffende Armut Lateinamerikas fällt hier nicht so auf.

Doch bereits auf dem Flughafen der Hauptstadt, auf dem „Eldorado“, fallen einem sofort die von braven Korporalen geführten deutschen Schäferhunde auf. Abgerichtet auf Rauschgift, um bei Entzug um so eifriger nach Rauschgift im Gepäck zu stöbern, und dadurch zu einem frühen Tod verdammt, warnen diese Opfer menschlicher Gebrechen den Reisenden gleichsam davor, sich von den idyllischen Bildern einlullen zu lassen. Und man gewöhnt sich auch nicht gleich an Soldaten auf friedlichen Straßen, doch in Kampfbereitschaft: Der Lauf des Karabiners weist in den Himmel, der Finger ist am Abzug, die Augen unter dem Stahlhelm starren angespannt in die Umgebung. Dinge wie die Sandsackbarrikaden vor dem Sitz einer Zeitung bestätigen immer wieder die mir von Bischof N. gesagten Worte: „Die die kolumbianische Gesellschaft durchdringende Angst will absolut nicht weichen...“

„Die Lage war noch nie so ernst in der Geschichte unseres Landes“, sagte mir Monsignore Rodrigo Escobar, Generalsekretär der kolumbianischen Bischofskonferenz. „Die Situation ist einfach entsetzlich und verschlechtert sich weiter. Einige

sprechen von einem bei uns entstandenen ‚Kult der Gewalt‘.“

„Es gibt in Kolumbien viele Formen der Gewalt“, diesen Satz aus dem Mund des Generalsekretärs der Stadtverwaltung von Medellin Ramiro Valencia hörte ich zum ersten, aber nicht zum letzten Mal. Gewalt mit ideologischem Unterbau und ohne ihn. Die Esmeralderos, die Smaragdhändler, sind ja ebenfalls eine Mafia, und sie sind älter als die Kokainmafia.

Argumente aus Gewehrläufen

Was die Größe, die Farbe und die Durchsichtigkeit angeht, so gibt es weltweit keine Smaragden, die es mit den kolumbianischen aufnehmen könnten, deren Ausfuhr dem Land alljährlich bis zu 100 Mio Dollar bringt. Und sogar in Kolumbien selbst stehen gute Smaragde höher im Kurs als Diamanten. Es gibt sehr angesehene Esmeralderos, die zu einer offiziell anerkannten Vereinigung zusammengeschlossen sind. Und es gibt auch einfache Händler, die beim Anblick eines Ausländer aus ihren abgewetzten Hosen eine Handvoll dubioser Kristalle ziehen.

Einige von ihnen, die mich darum bat, auf keinen Fall ihren Namen zu nennen, erinnerten sich wehmütig an die Zeiten einstigen Reichtums und einstiger Macht, die vor 10 bis 15 Jahren endeten, als der Rauschgithandel seinen Aufschwung nahm. Die Rauschgithafios stellten die Smaragdgruben und den Smaragdschmuggel unter ihre absolute Kontrolle, bestachene Beamten, schüchterten Justizmitarbeiter ein und schafften Rivalen aus dem Wege. Deshalb gelangt jetzt, wenn man den Esmeralderos glauben darf, kaum ein Zwanzigstel der Smaragdförderung in den legalen Handel, der Rest bleibt bei den Anführern der Kokainkartelle hängen.

Wer etwas für Abenteuer übrig hat, der ist in Kolumbien gerade richtig. Noch frisch erinnerlich sind die Schießereien im Parlament, wo die Kaffeearone die Macht unter sich aufteilten. Und bereits jahrzehntelang sind im Lande Guerillaverbände verschiedener politischer Ausrichtung tätig.

Im Ausland ist die „M-19“ (abgekürzt vom Spanischen „Bewegung des 19. April“), die einige tollkühne Aktionen, wie die Erstürmung des Justizpalastes vor einigen Jahren im Zentrum von Bogota, verübt, am besten bekannt. Die Trümmer, von einem Zaun umgeben, sind bis heute auf dem größten Platz der Hauptstadt, dem Bolivar-Platz, zu sehen. Jetzt wird über die „M-19“ wieder viel gesprochen – sie schloß sich als erste dem „nationalen Rehabilitierungsplan“ der Regierung an, indem sie von der Amnestie Gebrauch machte. Die Bewegung erklärte sich

Den Untergrundmilliardären Pablo Escobar und Jorge Ochoa gelang es, bei einer der zahlreichen Polizeirazzien in die Selvas zu entkommen. Weniger Glück hatte ein anderer Anführer der Rauschgiftmafia – Gonzalo Rodriguez Gacha: Er wurde bei einem Schußwechsel getötet. Schon bald erklärte die Mafia ihre Kapitulation und bat um „Verfassungsgarantien“ als Gegenleistung für einen Waffenstillstand



Ein gewohntes Bild für die Städte Kolumbiens, wo die Behörden der Rauschgiftmafia den Krieg erklärt haben

Foto des Autors

bereit, die Waffen niederzulegen und eine politische Partei zu werden, und will mit friedlichen Mitteln um Parlamentssitze kämpfen.

Am stärksten (man spricht von 5000 bis 25 000 Mann) und schlagkräftigsten sind die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC). Sie entstanden 1966 unter Mitwirkung der KP, die auf einer bestimmten Etappe beschloß, politische und militärische Methoden des Kampfes um die Macht miteinander zu verbinden. Gerade von der FARC spalteten sich die Organisatoren und jetzigen Führer von „M-19“ ab, die der hiesigen Presse zufolge die harte Armeedisziplin nicht akzeptieren.

Die FARC schlossen bereits Mitte der 80er Jahre einen Waffenstillstand mit der damaligen Regierung von Belisario Betancur und bildeten eine Organisation, über die die Guerilleros zum friedlichen Leben zurückkehren konnten – die Patriotic Union (UP). Der Waffenstillstand hielt nicht lange an, doch die UP, die die KP, einen Teil der Sozialisten, der unabhängigen Linken, einige Liberale und Christdemokraten vereinte, blieb bestehen und erstarkte sogar.

„Bei den Wahlen von 1986“, berichtete mir Bernardo Jaramillo, Vorsitzender und Präsidentschaftskandidat der UP bei den Wahlen im Mai 1990, „erhielt unser Block 5%. So viel hatte die Linke noch nie bekommen. Sie ist die einzige im Parlament vertretene politische Kraft (neben der regierenden Liberalen und der oppositionellen Konservativen Partei), obwohl zwei Dutzend Parteien im Land registriert sind.“

Die Tätigkeit der UP leidet unter Terror-



Der Mann dieser Frau und Vater dieses Jungen, der Kommunist Antonio Sotelo, wurde von ultrarechten Terroristen ermordet

Foto aus: „Voz“ (Kolumbien)

anschlägen der Rechten, bei denen mehr als 900 ihrer Aktivisten, darunter Parlamentsabgeordnete, Alkalden und ihr erster Vorsitzender Pardo Leal, ermordet wurden.

Was die FARC angeht, so schlugen ihre Führer Anfang Februar der Regierung ein weiteres Mal vor, die Beendigung der Kampfhandlungen zu vereinbaren.

Die paramilitärischen Gruppierungen der Rechten sind eine weitere Form der Gewalt in Kolumbien. Ebenso wie die Todesschwadronen in anderen Ländern

haben diese Gruppen, wie es allgemein heißt, Verbindungen zur Armee und zum Staatsapparat.

Man meint, daß derartige faschistische „Sturmtrupps“ im Dienst der Großgrundbesitzer stehen, die auch heute eine Privatarmee unterhalten. Von diesen „Sturmtrupps“ sind die „Sicarios“, die gedungenen Mörder im Dienst der Mafia, schwer zu unterscheiden.

Die Rauschgiftmafia und die Macht

Die stärkste Kraft, die das Land terrorisiert, ist die Rauschgiftmafia. Nach der Ermordung von Senator Luis Carlos Galan, dem populären Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei im August 1989, erklärte die Regierung der Rauschgiftmafia den Krieg.

In Kolumbien selbst werden nicht so viele Kokablätter geerntet – in Peru sind es viermal und in Bolivien doppelt so viel. Doch auf kolumbianischem Territorium vor allem erfolgt die Verarbeitung der Kokapaste zu dem „Stoff“, der dann an die Großhändler in die USA geht. Wieviel Gewinn diese beiden Operationen abwerfen, weiß man nicht, doch natürlich geht es dabei um Milliarden Dollar.

Medellin, das als internationale Hauptstadt der Rauschgiftmafia gilt, ist eine gepflegte Stadt mit 2 Millionen Einwohnern in einer weiten Ebene.

Ramiro Valencia bestreitet, daß sich die Einwohner von Medellin auch heute noch von den Rauschgiftdollars betäuben lassen. Anfangs, sagte er, sei Begeisterung zu spüren gewesen, bedingt durch die Leichtigkeit, mit der man eine große Summe für Bau- und andere Geschäfte erhalten konnte. Die Menschen begannen sich einen Mafioso in der Hoffnung auf gute Kredite zu suchen. Doch als sie sahen, daß wegen dieser Gelder Verbrechen – Erpressung, Bestechung, Gewalt und andere Gewaltakte – verübt wurden, ließ die Begeisterung für das „Medellin-Kartell“ nach, und es geriet in die Isolierung.

Nichtsdestoweniger bekam ich von den Einwohnern Medellins wiederholt lobende Worte über die Großzügigkeit der Rauschgifthändler zu hören. Bekannt ist, daß dank umfassender Wohltätigkeit und der Sanierung einiger Arvenviertel ein Anführer des Kartells, Pablo Escobar, seinerzeit ins Parlament einzog. Doch zugleich versicherten mir die Einwohner von Medellin, daß ihre Stadt den schlechten Ruf nicht verdient hat, daß das Cali-Kartell viel mächtiger und gefährlicher ist und daß es in der Hauptstadt selbst ein weiteres derartiges Kartell gibt, doch daß man sich darüber nicht sonderlich verbreitet (im Januar wurden 20 Mafiosi verhaftet, die, wie gemeldet wurde, zum Rauschgiftkartell gehörten, das sich in Bogota und Umgebung eingenistet hatte).

Senator Lopez Gomez, Mitglied des Ausschusses für Auswärtiges und militärische Fragen, den ich an die Äußerungen der Einwohner von Medellin erinnerte, erklärte mir, das Kartell von Medellin unterscheide sich von anderen durch den Hang zur Gewalt und es sei für eine Vielzahl von Morden verantwortlich. Deshalb werde es vor allem und besonders energisch verfolgt.

Der Senator erklärte ferner, warum die Auslieferung an die USA die schlimmste Strafe für die Mafiosi sei. Die Kokainhändler schlügen der Regierung wiederholt vor, Reue zu bekunden und ihr alle Anlagen der „Branche“ und die Kader zu übergeben, ja sogar einen großen Tribut unter der einzigen Bedingung zu zahlen, daß sie nicht an die USA ausgeliefert würden. Mir schien, daß sich diejenigen, die ausgeliefert werden sollten, zu sicher waren, daß man sie in der Heimat milder behandeln würde.

Doch, wie der Senator sagte, es sei ja so, daß den verhafteten Rauschgiftmafiosi in der Regel keine konkreten Verbrechen, die sie in Kolumbien begangen haben, nachzuweisen seien, während in den USA eine Anklage gegen sie vorliege. Und die Kartellmitglieder fürchten eine Auslieferung, weil sie in einem fremden Land ohne Gnade, ja gar voreingenommen abgeurteilt werden könnten. Der Senator verwies ferner darauf, daß sich die Rauschgifthändler selbst dieses Schicksals – gemeint ist eine Auslieferung an die USA – zuzuschreiben haben, wenn sie Justizmitarbeiter (mehr als 70 Richter wurden ermordet) im eigenen Land umbringen. Natürlich muß das Ansehen der kolumbianischen Justiz gehoben werden, und sie muß mehr Geld erhalten, sagte Lopez Gomez. Doch insgesamt sei es, wie er meint, vorzuziehen, die Verhafteten in deren Heimat oder durch einen speziellen internationalen Gerichtshof abzuurteilen.

Was die Schuld der Kartelle vor den eigenen Landsleuten angeht, so ist nicht nur die Gewalt, sondern auch die Verbreitung von Rauschgift zu nennen. Ich traf mit dem Alkalden von Bogota Andres Pastrana zusammen, der erklärte, die Rauschgiftsucht sei eines der brennenden Probleme der Hauptstadt. Die Stadtverwaltung sucht und findet Mittel für prophylaktische Maßnahmen und führt eine Aufklärungskampagne in Schulen und Hochschulen durch, doch bislang ist das nicht wirksam genug.

Obskure Kanäle

Eine Konferenz des Kartells von Medellin auf höchster Ebene mit einer Tagesordnung, die der Konfrontation mit der Regierung galt, wurde an einem fernen Ort, den die Polizei früher nicht gekannt hatte, eröffnet. Doch sie wurde unterbrochen, da ein von den Behörden eingeschleuster Agent die entsprechenden Angaben an das Zentrum weiterleiten konnte. Bis zu 2000 Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft stürmten diese Hochburg der Rauschgiftmafia. Und obwohl eine Menge Waffen, Transportmittel und mehr als 50 Mann, auch Leibwächter und junge Konkubinen der „Capo“ (wie in Kolumbien die Anführ-

er der Rauschgiftmafia genannt werden) in die Netze gingen, konnten sich zwei der größten Verbrecher – Pablo Escobar und Jorge Ochoa – verbergen. Die Polizei verweist darauf, daß alle für Hubschrauber geeigneten Landebahnen unweit des Tagungsorts der Mafia von ihnen vorsätzlich unbenutzbar gemacht worden waren, der Nachschub zu Lande aber kam um 15 Minuten zu spät. Die Polizei verspricht, sich schnell auf die Spur der Flüchtlinge zu setzen, wobei sie zu verstehen gab, daß nicht alle eingeschleusten Agenten an dieser Aktion beteiligt sind.

Dem Krieg gegen die Rauschgiftmafia bringen die Kolumbianer, wie ich erleben konnte, eine gewisse Skepsis entgegen. Einerseits meint Bischof N. (und wohl nicht nur er), daß die Kriegserklärung an die Kartelle schon ein Fortschritt ist. Doch andererseits verwiesen meine Gesprächspartner ganz einmütig darauf, daß selbst die Festnahme oder die Vernichtung der Mafiasbosse wohl kaum helfen werden, das Übel auszumerzen.

Mit Escobar, Ochoa und anderen bekannten Mafiosi ist die Liste der „unternehmungstüchtigen“ Leute in Medellin, Cali und anderen Städten und Dörfern Kolumbiens noch nicht am Ende. Solange die USA und Westeuropa für die Nachfrage nach Kokain sorgen, werden sich genug Leute finden, die sich nur zu gern mit diesem so einträglichen Geschäft befassen. Deshalb rufen auch die ständig wiederholten Vorschläge der Capo an die Regierung, Verhandlungen aufzunehmen, keine besondere Begeisterungen hervor. Diese Idee hat einflußreiche Anhänger sowohl unter den Politikern als auch bei der Administration und bei den einfachen Kolumbianern, da sie einen Waffenstillstand bedeutet und unnötiges Blutvergießen vermeiden könnte. Der Alkade von Medellin unterstützt diesen Gedanken auch deshalb, weil die heute bestehenden Kontakte zwischen dem Kartell und einzelnen Offiziellen besser offen abgewickelt werden sollten.

Zur Skepsis über den Ausgang des Krieges gegen die Rauschgiftmafia zurückkehrend, möchte ich betonen, daß Kolumbien einfach nicht imstande ist, ihm ständig so viel Kraft und Geld zu widmen wie jetzt. Das meint Senator Lopez Gomez. Das Land hat, wie er sagte, andere überaus akute Probleme, vor allem sozialer Art, die sich verschärfen, weil man sich auf den Kampf gegen die Rauschgiftmafia konzentriert.

Die wirtschaftlichen Probleme werden immer drückender. Über die obskuren Kanäle, auf denen die Einnahmen aus dem Kokainexport ins Land gelangen, ging 1989, wie Finanzminister Luis Alarcon sagte, etwa eine Milliarde Dollar ein. 1990 werden sich wegen des Krieges die Einnahmen um etwa 400 Mio Dollar verringern. Unterdes aber erhält die kolumbianische Wirtschaft, wie sich B. Jaramillo ausdrückte, über diese Kanäle den lebenswichtigen Sauerstoff, der sie sich besser fühlen läßt als die Wirtschaft der Nachbarn.

Der Direktor der kolumbianischen Gesellschaft der Wirtschaftswissenschaftler

Luis Avila bestätigte, die Verringerung des Zustroms dieser Gelder werde die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes noch verschärfen. Auch ohnehin ist der Erlös aus dem Kaffeeverkauf um eine halbe Milliarde gesunken, da die Kaffeepreise auf dem Weltmarkt fast um die Hälfte gefallen sind. Die Ölförderung ist geringer geworden. Die Ölkonzerne haben die Arbeiten in fünf Regionen eingestellt, wobei sie auf Verluste durch Operationen der Guerilleros verweisen.

Um die Ausgaben für den Krieg gegen die Rauschgiftmafia zu kompensieren und vor der heraufziehenden Krise standzuhalten, unterbreite die kolumbianische Regierung der Völkergemeinschaft 112 Projekte, die Auslandsinvestitionen in verschiedenen Wirtschaftszweigen des Landes vorsehen. Die Kolumbianer erwarten, daß man ihnen um der gemeinsamen Sache willen helfen wird. Sie werfen westlichen Partnern vor, jene seien, wenn sie von Kolumbien harte Maßnahmen verlangen, selbst allzu nachsichtig gegenüber der eigenen Rauschgiftmafia.

Die skeptische Haltung gegenüber Methoden im Westernstil, d. h. gegenüber Versuchen, mit zielgerichtetem und offinem Vorgehen die Träger des Übels auszumerzen und so für Ruhe und Ordnung im Land zu sorgen, bringt auch sehr ungewöhnliche Vorschläge, bis hin zu einer Legalisierung des Rauschgifthandels, hervor. Und solche Vorschläge kommen von den verschiedensten Leuten – von Senator Lopez Gomez bis hin zu einem amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler, dem Nobelpreisträger Milton Friedman. Ihre Argumente lauten: Die Regierungen werden Qualität und Quantität des Rauschgifts, das für die Konsumenten den Reiz einer verbotenen Frucht und für die Produzenten die Attraktivität eines nicht versteuerten Produkts verlieren, kontrollieren können. Friedman zufolge wiederholt das Rauschgiftverbot die unglücklichen Erfahrungen mit dem Alkoholverbot in den USA vor mehr als 50 Jahren.

Mir sagen die Überlegungen des Alkalden von Bogota mehr zu. Aus einer Familie von Berufspolitikern (unter seinen Vorfahren sind ein liberaler und ein konservativer Präsident) stammend, hat er selber selteste Erfahrungen sammeln dürfen – er wurde von Mafiosi entführt und von der Polizei wieder befreit. Und er ist noch jung und wagt es, weit in die Zukunft zu blicken. A. Pastrana setzt große Hoffnungen darauf, daß bei der weltweiten Abrüstung Mittel freigesetzt werden, ohne die die Rauschgiftmafia weltweit – und nur so ist das möglich – nicht bezwungen werden kann.

Solche Hoffnungen wurden Ende Februar auf der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung zum Kampf gegen Rauschgiftproduktion und -handel noch mehr bestätigt.

BOGOTA – HAVANNA

Der amerikanische Begriff des „Farmers“ hat in der Bundesrepublik Deutschland keine Wurzeln geschlagen. Noch immer spricht man hier von Landwirt oder Bauern.

Ein ganz gewöhnlicher Hof

Nikita Sholkwer, NZ-Korrespondent

Ehrlich gesagt, zunächst hatte ich dem Beispiel einiger meiner Kollegen, besonders vom Fernsehen, folgen, und über das riesige Angebot von Lebensmitteln in einem hiesigen Geschäft, berichten wollen, wo man im Grunde alles kaufen kann. Doch trotzdem beschloß ich, das nicht zu tun...

Reportagen über das übergroße Angebot an Lebensmitteln rufen merkwürdigweise nicht den starken Wunsch hervor, unverzüglich die Ärmel hochzukrempeln und sich wirklich mit ganzem Herzen der Landwirtschaft zu widmen, sondern eher Anfälle von Neid und Haß – und das auch auf die Verfasser solcher Beiträge. Mir scheint es da sinnvoller zu sein, nicht darüber zu berichten, was die 94,8 Prozent der Bundesbürger essen, die nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, sondern, wie die übrigen 5,2 Prozent arbeiten – die bundesdeutschen Bauern, denen all dieser Überfluß zu verdanken ist. Doch zunächst einige allgemeine Bemerkungen und etwas Statistik.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein hochentwickeltes Industrieland mit einer stark exportorientierten Wirtschaft. Nur 2 % des Bruttosozialprodukts werden unmittelbar in der Landwirtschaft erzeugt. Doch eine solche Statistik ist irreführend. Die Landwirtschaft liefert ja zudem noch Rohstoffe für eine ganze Reihe von verarbeitenden Wirtschaftszweigen. Insgesamt ist jeder sechste Arbeitsplatz in der BRD irgendwie mit der landwirtschaftlichen Produktion verbunden. Unterdes werden Bauern als solche immer seltener – heute sind es nur noch 1 345 000. Auch die Zahl der Bauernhöfe nimmt schnell ab. Heute sind es wenig mehr als 600 000. Das ist fast nur ein Drittel von dem, was man im Gründungsjahr der BRD hatte, und die Hälfte verglichen mit dem Stand von vor 15 Jahren. Ein Prozeß der Konzentration und der Vergrößerung der landwirtschaftlichen Betriebe vollzieht sich. Doch bis heute bleiben relativ kleine Höfe das Grundelement der Landwirtschaft in der Bundesrepublik.

Proportional sieht das etwa so aus: Fast die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe haben eine Fläche von 1 bis 10 ha, ein Fünftel von 10 bis 20 ha, 13 % von 20 bis 30 ha, 11 % von 30 bis 50 ha, 5 % von 50 bis 100 ha und nur 0,8 % bearbeiten über 100 ha (auch das ist nach unseren gigantischen Dimensionen nicht allzu viel). Doch diese Proportionen ändern sich allmählich. Die Zahl der Wirtschaftsbetriebe bis zu 50 ha nimmt ab, darüber aber nimmt sie zu. Doch selbst bei einer Vergrößerung der Bauernhöfe sind hier erstaunlich wenig Arbeitskräfte eingesetzt – etwa 12 % aller in diesem Bereich Beschäftigten. Und die weitaus meisten sind reine Familienbetriebe.

Wie sieht er aus, der bundesdeutsche Bauer, auf dem die gesamte Landwirtschaft der BRD beruht?

„Wir kommen selbst zurecht“

Nicht sonderlich großer Statur, mit lehmigen Gummistiefeln, schwieligen Händen, einem windgebräunten Gesicht und einem spitzbübischen Funkeln in den Augen. So sah ich den 62jährigen Josef Hendrichs, einen Gehöftbauern aus Stotzheim, etwa 30 km westlich von Bonn. Man hatte ihn mir als Studienobjekt bei der hiesigen Landwirtschaftsschule empfohlen, an die ich mich mit der Bitte gewandt hatte, mir nicht irgendeine Musterwirtschaft (auch in der BRD gibt es solche Einrichtungen, wohin Delegationen aus der Sowjetunion gekarrt werden), sondern einen ganz normalen Bauernhof zu nennen.

Für Josef Hendrichs kam der Besuch eines sowjetischen Journalisten mehr als überraschend, doch recht schnell hatte er die Sprache wiedergefunden, wobei er dem Laien geduldig die kleinen Geheimnisse bäuerlicher Arbeit erklärte:

„Wir haben einen Familienbetrieb, der auf meinen Namen und auf den meines Sohnes Heinz eingetragen ist. Wir bearbeiten 60 Hektar. Ein Drittel sind Wiesen, der Rest ist Ackerland. Wir bauen Getreide, Zuckerrüben, Raps und Mais an. Wir haben 35 Milchkühe und mästen Jungvieh.“

Josef selbst stammt aus einer Bauernfamilie, Grund und Boden hat er geerbt. Der alte Hendrichs hatte fünf Kinder, unter denen er sein Vermögen aufteilte. Josef erhielt nur das Ackerland, alles andere kaufte er später seinen Geschwistern ab, die es vorzogen, in der Stadt zu arbeiten.

Mit der Zeit wurde es in dem Dorf, wo Familie Hendrichs lebte, eng – auf 9 Acre kann man sich nicht sonderlich entfalten, zuwenig Platz ist für Wirtschaftsbauten, für den Hof. Zudem rückte die Bildung der EWG näher, und, um unter den neuen Bedingungen standzuhalten, mußten die Dimensionen größer sein. Und da beschloß die Familie Hendrichs hierherzu ziehen, als Einzelbauern zu wirtschaften. Es war das erste und einzige Mal, da Josef Schulden machte – er nahm für das neue Haus einen Kredit von 60 000 DM auf. Das ist nicht viel, die meisten Arbeiten führten sie selbst aus. Und mit Hausschlachtung verdienten sie sich noch etlicher Märker hinzu. Jetzt ist das für Josef schon fast ein Hobby geworden: Er richtet die Ferkel her, brät sie selbst und bringt sie zu diversen Dorffesten.

Familie Hendrichs erweiterte auch die Anbaufläche. Allerdings ist nicht die gesamte Fläche in Familienbesitz, sondern nur ein Drittel. Der übrige Grund und Boden wurde von anderen Wirtschaftsbetrieben oder Firmen gepachtet. Die Pachtverträge werden auf eine Laufzeit von 6 bis 9 Jahren geschlossen, dabei sind 280 bis 600 DM jährlich pro Hektar je nach Qualität und Lage des Grundstücks zu zahlen.

Josef Hendrichs zeigte mir mit kaum verhohlem Stolz seinen Betrieb: u. a. einen ausgedehnten, gepflasterten Hof, zahlreiche Landmaschinen unter Schutzplanen, Kuhstall, Heuboden, Melk- und Milchkühlaggregate, den Pferdestall (für ein Reitpferd), Garagen und andere Wirtschaftsgebäude.

Das Wohnhaus teilte Josef, als sein Sohn heiratete, in zwei Hälften. Alle leben unter einem Dach, doch jede Familie hat ihre eigene Wohnung mit separatem Eingang, mit Küche, Telefon und allen anderen Segnungen der Zivilisation. Vater und Sohn gehört der Bauernhof gemeinsam. Jeder zahlt Steuern nach von seinem Eigentumsanteil, der Höhe seiner Einnahmen und der Größe der Familie. Die beiden Männer arbeiten zu zweit. Manchmal, wenn erforderlich, helfen auch die Frauen.

„Zusätzliche Arbeiter stellen wir nicht ein“, sagt Josef. „Und warum auch? Wir kommen selbst zurecht, alles ist ja mechanisiert, körperliche Arbeit ist fast nicht mehr erforderlich. Es sei denn, daß meine Frau mal etwas zu trinken aufs Feld bringt – während der Ernte. Sonst aber sind die Frauen meist zu Hause.“

Familie Hendrichs befindet natürlich ganz allein über die Struktur ihrer Wirtschaft. Josef hat den Sinn meiner Frage eigentlich gar nicht so richtig verstanden. Doch wie sollte es anders sein? Sie selbst entscheiden nicht nur, wann sie etwas anbauen, sondern auch was.

„Bitte einen Mähdrescher schicken“

Die Feinheiten des Marktes sensibel zu erfassen ist für Josef ebenso selbstverständlich wie die Jauche zu sammeln und die Kühe zu melken.

„Jetzt zum Beispiel“, sagt Josef Hendrichs sachkundig, „steht der Raps gut, und entsprechend erweitern wir seine Anbauflächen. Gerste aber gibt es mehr als genug auf dem Markt – wir drängen seinen Anteil bei uns zurück. Wie wir die Konjunktur bestimmen? Ja, zum Beispiel fahren wir zu landwirtschaftlichen Messen, die Landwirtschaftsschule hilft uns, indem sie Seminare über die Lage auf den verschiedenen Märkten, auch auf dem Weltmarkt, veranstaltet. Und dann lesen wir Fachzeitschriften. Informationen haben wir also mehr als genug. Wie sollte es denn ohne sie gehen?“

Natürlich kommt es vor, daß Familie Hendrichs Fachleute um Rat fragt: einen Tierarzt, einen Agronom. Es gibt im Kreis staatliche Versuchsfelder, auf denen verschiedene Sorten von Getreide und anderen Kulturen, Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel überprüft werden. Für alle bürgerlichen Wirtschaften in der Umgebung ist das eine große Hilfe. Doch natürlich kann das eigene Arbeit, den eigenen Unternehmungsgeist nicht ersetzen.



Josef Hendrichs und sein Hof Foto des Autors

Es stimmt auch, daß alle Bauernhöfe in ein enges Versorgungsnetz von Handels- und Einkaufsgenossenschaften und Firmen eingebunden sind. Zwischen ihnen und Hendrichs besteht eine gegenseitige Abhängigkeit.

Josef hat seine Stammlieferanten und Partner, mit denen er schon viele Jahre in Geschäftsbewerbung steht. Dies alles ist so selbstverständlich, daß sich Herr Hendrichs fast genierte, mir das zu erzählen.

„Natürlich brauche ich nicht wegen jeder Kleinigkeit durch die Geschäfte zu wetzen. Wenn ich etwas brauche, rufe ich einfach bei der Firma an – so habe ich heute gerade 1500 Liter Diesel bestellt – und bitte, mir das eine oder andere ins Haus zu schicken. Und innerhalb von zwei bis vier Tagen geschieht das dann. Bisweilen fahren wir selbst – das wird billiger, und wir sparen die Lieferkosten. Alle Abrechnungen werden entweder bar abgewickelt oder häufiger über unsere Bankkonten. Das gleiche gilt für die Maschinen. Die Firmen schicken uns ihre Kataloge mit den Preisen und den techni-

nischen Details. Gefällt uns etwas, bestellen wir es einfach... So kaufte ich kürzlich sehr günstig einen Mähdrescher...“

Dazu ist zu sagen, daß Josef ein besonderes Verhältnis zur Technik hat. Für Motoren, Maschinen und diverse Anlagen gibt er einen Großteil seines Gewinns aus. Insgesamt hat Familie Hendrichs vier Traktoren, einen Mähdrescher und an die 30 zusätzliche Anhänger, Aufsetzer und Aggregate, ohne die stationären Anlagen, den Milchkühlschrank oder die Räucherkammer dabei zu berücksichtigen. Natürlich wird alles tiptop in Ordnung gehalten. Ein Teil der Landmaschinen steht ungenutzt da. Doch gebrauchte Maschinen zu verkaufen, lohnt sich nicht: Einen guten Preis für sie bekommt man nicht, vom Erlös aber muß man trotzdem Steuern zahlen.

„Und wenn man sie unter der Hand verkauft?“

Josef antwortet nicht, er lächelt nur spöttisch und zeigt mir weiter seinen Betrieb, woraus ich den Schluß ziehe, daß der findige Bauer schon irgendwie einen Ausweg finden wird, um nicht das Nachsehen zu haben. Zudem ist es zwar nicht einfach, die bundesdeutschen Finanzämter zu betrügen, doch das gilt weit und breit nicht als sonderlich ehrenrührig.

Ganz kurz einige Worte zum Steuersystem in der BRD, genauer gesagt, einige Beispiele mit Hinblick auf den Betrieb der Familie Hendrichs.

Der Staat wacht aufmerksam darüber, wie der Bauer Josef sein Geld ausgibt. Er hat einen Traktor gekauft – na schön, die Kaufsumme kann von der Steuer abgesetzt werden. Er hat einen zusätzlichen Schuppen, eine Garage gebaut und den Kuhstall erweitert – deshalb ermäßigen sich die Steuern. Oder man nehme als Beispiel das Dieselloß. Etwa die Hälfte des Preises macht wie bei gewöhnlichem Benzin die Steuer aus – zumindest bei Otto Normalverbraucher. Mit diesem Geld werden Autobahnen, Fernstraßen und Brücken gebaut.

Doch Traktoren und Mähdrescher rumpeln in der Regel nicht über bundesdeutsche Straßen, und deshalb erstattet der Staat Herrn Hendrichs die von ihm bezahlte Treibstoffsteuer. Doch ohne den Teil, den er für private Zwecke ausgibt: Josef fährt einen BMW 520 Diesel und setzt das Finanzamt alljährlich von seinen abgefahrenen Kilometern in Kenntnis. Die Rechnung da ist einfach: zehn Liter auf hundert Kilometer.

Ohne ein gut funktionierendes Versorgungssystem kann man eine bäuerliche Wirtschaft nicht erfolgreich führen. Nicht weniger wichtig aber ist, auch einen zuverlässigen Absatzmarkt für die eingebrachte Ernte zu haben. Recht oft kaufen die gleichen Firmen und Genossenschaften, die die bäuerlichen Wirtschaften mit allem Erforderlichen versorgen, zugleich auch deren Produktion auf. Die Handelspartner unterhalten in der Regel recht stabile Beziehungen.

„So bringe ich“, berichtet Herr Hendrichs, „den geernteten Raps selbst zur Firma, wo er unbedingt geprüft und je nach der Qualität der Preis festgesetzt wird. Vielleicht würde ich woanders mehr dafür bekommen, doch dann müßte er extra dorthin transportiert werden, das aber würde zusätzliche Ausgaben bedeuten. Die Milch aber wird bei mir jeden zweiten Tag abgeholt – und zwar jedesmal 2000 Liter, wobei deren Qualität ständig kontrolliert wird. Man zahlt mir 80 Pfennig für den Liter. Es gibt Firmen, die ein bis zwei Pfennig mehr bezahlen. Doch einfach so, von heute auf morgen, kann ich den Einkäufer nicht wechseln. Es gibt einen Vertrag über zwei bis drei Jahre, und ihn muß man rechtzeitig aufzukündigen, um dann die Milch an jemand anders verkaufen zu können.“

Übrigens bringt die Milch der Familie Hendrichs den größten Gewinn, an zweiter Stelle stehen Zuckerrüben, an dritter Raps. Wenn die Milch für sie so vorteilhaft ist – warum steigern sie dann nicht deren Produktion? Für Milch gibt es in der BRD wie übrigens auch für diverse andere landwirtschaftliche Produkte, darunter für Zuckerrüben, Höchstquoten, die zu überbieten wirtschaftlich einfach sinnlos wäre.

Sollte Familie Hendrichs die Milcherträge erhöhen (wenn sie das wollten, wäre das überhaupt kein Problem), würden sie für jeden Liter über die Höchstquote von 2000 Litern nur ein Zehntel des Preises bekommen. Sollte sich aber dabei die Milchqualität verschlechtern, würde auch der Quotenpreis fallen, was zu eindeutigen Verlusten führen könnte. Die Situation, verglichen mit der bei uns im Lande, ist geradezu paradox: Die bundesdeutschen Bauern sind nicht an einer Steigerung der Milcherzeugung oder an höheren Getreideernten interessiert. Für sie kommt es vor allem auf die Qualität der Erzeugnisse an, gerade sie, nicht aber quantitative Kriterien sind die Gewähr für den Erfolg einer bäuerlichen Wirtschaft.

„Wie sollte es auch anders sein?“, stellt Josef die rhetorische Frage. „Der Markt ist übersättigt. Mehr zu produzieren wäre sinnlos. Durch die Einführung von Quoten bleiben die Ankaufpreise z. B. für Milch und Zuckerrüben stabil. Für Getreide und Raps aber sinken die Preise. Der Einfluß des Weltmarkts wirkt sich aus.“

Machen nur Faulpelze Pleite?

Der technische Fortschritt und die strukturellen Veränderungen in der Landwirtschaft haben in den letzten Jahren zu einer jähren Steigerung der Agrarproduktivität in allen EG-Ländern geführt. In der BRD betrug die jährliche Zuwachsrate der landwirtschaftlichen Produktion, umgerechnet auf jeden in ihr Beschäftigten, 3,6%, in anderen Wirtschaftsbereichen sind es 2,2%. Folge war eine bedeutende Überproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Deshalb steht im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der heutigen Agrarpolitik Bonns eine recht widersprüchliche Aufgabe: einerseits einen weiteren Zuwachs der Produktion zu bremsen, andererseits aber die Existenzgrundlage der traditionellen bäuerlichen Familienbetriebe zu bewahren. Dieses Ziel wurde zur Grundlage der seit 1983 gültigen Agrarkonzeption der Bundesregierung: der Quoten und der Stabilisierung der Einnahmen der Bauern. Doch weitaus nicht immer gelingt es, diese Konzeption auch zu verwirklichen: Die Agrarpolitik ist größten Teils in der Zuständigkeit von EG-Organen, die Partner der BRD in der Europäischen Gemeinschaft aber haben oft andere Ansichten und Interessen. Man erinnere sich nur an die Massenproteste der bundesdeutschen Bauern gegen Brüssels Agrarpolitik, der Bonn in einer Reihe von Fällen folgen mußte. Auch die bundesdeutschen Bauern haben genug Probleme. So zeigt die Statistik, daß ihre Einnahmen nur bis Anfang der 70er Jahre proportional zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes der Bundesbürger zunahmen. Da wirken sich die Überproduktion aus, die größere werdende Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Industriewaren (z. B. bei Traktoren), der höhere Kurs der D-Mark, was Einführen billiger werden läßt, die nicht immer günstigen Witterungsbedingungen und die unbefriedigende Flurbereinigung in der BRD.

Josef Hendrichs streitet all diese objektiven Ursachen für den Rückgang der Einnahmen und die Verringerung der Zahl der bäuerlichen Betriebe in der Bundesrepublik nicht ab. (Bis zum Jahre 2000 wird sie manchen Schätzungen zufolge um weitere 40% abnehmen). Doch zugleich hat er auch eine eigene Sicht der Dinge:

„Die Lage auf dem Agrarmarkt ist tatsächlich nicht so günstig wie früher. Doch nicht nur das ist Grund für die abnehmende Zahl der bäuerlichen Betriebe. Viele wollen einfach nicht mehr so arbeiten wie früher, täglich 12 bis 15 Stunden, wie mein Sohn und ich das tun. Würden wir bei uns einen 8-Stunden-Arbeitstag einführen, würden auch wir schon bald vor die Hunde gehen. Da muß man sich entscheiden: entweder sich ganz dem eigenen Betrieb zu widmen und wirtschaftlich erfolgreich zu sein oder aber mehr freie Zeit zu haben und wirtschaftlich abzusteigen. Diejenigen, die ihre Scholle nicht lieben, für die sie eine Belastung ist, diejenigen, die lieber Tennis spielen oder zur Kegelbahn gehen, sind unzufrieden, protestieren. Für mich aber ist die Arbeit mein ein und alles, und anders soll

das auch nicht sein. Auf uns also wirkt sich die kompliziertere Marktsituation nicht sonderlich aus. Wer mit seinem Beruf zufrieden ist und gern arbeitet, den schrecken keinerlei Probleme.“

„Heißt dies, daß nur Faulpelze Pleite machen?“

„Natürlich nicht. Doch Bankrott und die abnehmende Zahl der Wirtschaftsbetriebe – das sind ganz verschiedene Dinge. Viel hängt von der Größe des Bauernhofes ab. Um die Technik produktiv zu nutzen, muß man natürlich eine Fläche haben, auf der man sich entfalten kann. Kleine Wirtschaftsbetriebe haben es in dieser Hinsicht schwerer, deshalb nimmt auch ihre Zahl ab. Doch was bedeutet Bankrott? Wirtschaftlicher Zusammenbruch? Eine Kugel in den Kopf? Nichts dergleichen. Oft geschieht das so: Ein alter Bauer zieht sich auf das Altenteil zurück, sein Sohn aber hat keine Lust, den Hof des Vaters weiterzuführen, er hat andere Interessen, er zieht in die Stadt, lernt einen anderen Beruf. Das Grundstück aber wird verkauft oder verpachtet. So hatten wir in Stotzheim noch vor kurzem 17 bäuerliche Betriebe, jetzt aber sind nur 6 geblieben...“

Ein Wort zu den Renten. Das soziale Netz in der BRD erfaßt auch Leute wie Josef Hendrichs. Sein Betrieb ist gegen Feuer, Viehverluste, Unglücksfälle, Mißernten, Diebstahl und anderes versichert. Jeden Monat zahlt Josef seine Beiträge an die Kranken- und an die Pensionskasse. Mit 65 kann er sich aufs Altenteil zurückziehen. Um eine Rente zu erhalten, muß er seinen Anteil am Betrieb an den Sohn übergeben oder verpachten. Doch im letzten Fall bleibt Josef Eigentümer, und vom Pachtzins, den er dann zuzüglich zu seiner Rente von seinem Sohn erhält, wird er Steuern zahlen müssen.

Im Gespräch mit dem so energischen Josef Hendrichs konnte ich mir ihn aber keineswegs als Rentner vorstellen. Und das antwortete er auf meine Frage, wie er denn seinen Urlaub verbringt, wohin er zur Erholung fährt:

„Urlaub, sagen Sie? Ach ja, ich erinnere mich, ich bin einmal für zehn Tage in ein Erholungsheim gefahren. Nach zwei Tagen schon hatte ich alle Blümchen auf den Zimmertapeten gezählt und da ich nicht wußte, wie ich die Zeit totschlagen sollte, ging ich zu einem Bauern in der Umgebung, wo ich die restlichen Tage in dessen Betrieb half. Das war der einzige Urlaub meines Lebens. Und mein Sohn ist übrigens in den sechs Jahren, die er verheiratet ist, ebenfalls kein einziges Mal im Urlaub gewesen.“

„Heißt dies, daß Sie nirgendswohin fahren?“

„Nein warum, wir fahren natürlich hier und dorthin. Mal für ein oder zwei Tage zu Verwandten oder Bekannten. Außerdem besuche ich landwirtschaftliche Ausstellungen, Automobilsalons und die Viehauktion in Krefeld gern. Nicht unbedingt geschäftlich, sondern einfach so, um mich umzusehen, um mit den Leuten zu sprechen...“

So ist er, Josef Hendrichs aus Stotzheim, ein typischer bundesdeutscher Bauer, auf dem die bundesdeutsche Landwirtschaft ruht.

STOTZHEIM – BONN

Wie überwindet man die Provinzialität?

Professor **Karl EIMERMACHER**, Direktor des Instituts für russische und sowjetische Kultur an der Ruhr-Universität Bochum (BRD), antwortet auf Fragen der „Neuen Zeit“

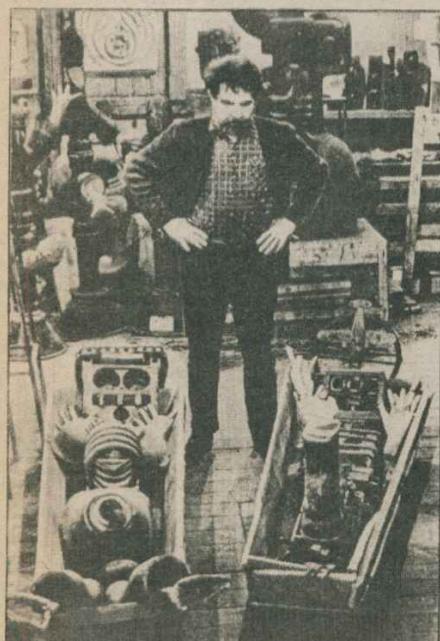
Warum beschäftigen Sie sich mit dem Studium der russischen und sowjetischen Kultur?

Bereits in den 60er Jahren begann ich mich für allgemeine Probleme der kulturellen Entwicklung und ihrer Wirkung auf soziale Erscheinungen zu interessieren. Dann habe ich zufällig bei einem Bekannten in Prag Fotos von Arbeiten des sowjetischen Bildhauers Vadim Sidur gesehen. Ich beschloß, ihn kennenzulernen und ein Buch über ihn zu schreiben. Später bin ich Meistern wie Ülo Sooster und Ilja Kabakow begegnet. Ich entdeckte für mich völlig unbekanntes Neuland, ein ganzes Massiv russisch-sowjetischer Kultur. Diese Kunst entwickelte sich damals im Untergrund, und deshalb



hatte sie niemand ernsthaft untersucht. Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre setzte ich mir dann das Ziel, ein Archiv der inoffiziellen und offiziellen sowjetischen Kunst anzulegen. Ich begann, Material zu sammeln: in Moskau und bei emigrierten Künstlern in Berlin, München, Paris, Athen, New York und Israel. Dann machte ich mich an die Systematisierung, um die Entwicklung der Kunst in Ihrem Land, besonders in den 60er bis 80er Jahren, zu verfolgen. Schließlich begriff ich, daß dafür ein spezielles Forschungszentrum in der BRD nötig sei, das mit

sowjetischen Kunstkritikern zusammenarbeiten und sich ebenfalls mit dieser Problematik beschäftigen könne. Dazu wurde mit der Zeit das Institut für russische und sowjetische Kultur. Bald gelangte ich zu dem Schluß, daß man, um das Wesen der Veränderungen während der Chrutschow-Ära in Ihrem Land zu begreifen, die Probleme in den 20er und 30er Jahren untersuchen muß. Die verbreitete Meinung, die Epoche der 20er Jahre könne die Fragen beantworten und als Modell dienen, zu dem man nach den Stalinschen Entstellungen im Bereich der Kultur zurückkehren solle, ist ebenso falsch wie die entgegengesetzte Auffassung, die sogenannten „Golden 20er“ seien eine Abweichung vom wahren Modell des Sozialismus gewesen. Diese beiden diametral verschiedenen Ansichten zu Ihrer Kultur kamen dadurch zustande, daß die streitenden Kritiker und Wissenschaftler nur über geringe Informationen verfügten und Fakten manipulierten. So verharrete jeder auf seiner Position, ohne tiefer in den Inhalt einzudringen...

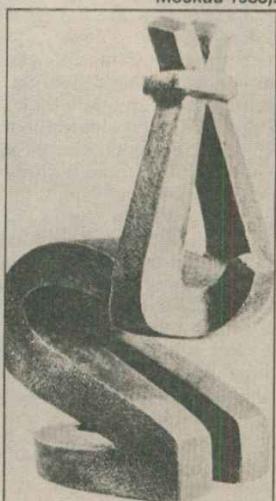


Vadim Sidur in seinem Atelier, 1975 (Aus dem Katalog „Sidur. Skulpturen“ Bochum, 1984)

Linolschnitt Nr. 10 aus dem Zyklus „Mutationen“, 1973 (Aus dem Katalog „Vadim Sidur. Plastik/Grafik“, Hamburg 1979)



Die Skulptur „Zum Andenken an die Opfer der Gewalt“, 1966 von Sidur geschaffen, wurde acht Jahre später in Kassel aufgestellt (Aus dem Katalog „Vadim Sidur“ Moskau 1988).



Das erste Ergebnis von Eimermachers Tätigkeit war die Anthologie „Dokumente zur sowjetischen Literaturpolitik (1917 – 1932)“. Der Verlag „Knishnaja palata“ will dieses Werk demnächst in der Sowjetunion herausbringen. Nach Eimermacher begannen auch die Slawisten der Freien Universität Berlin und der Universität Konstanz mit Restauration und Publikation von Werken russischer Formalisten der 10er und 20er Jahre in akademischen zweisprachigen Ausgaben. So erschienen Sammelbände von Sergej Bernstein, Juri Tynjanow, Viktor Schklowski, Boris Eichenbaum, Roman Jakobson und Boris Jarcho. Eimermacher gab selbst die Werke von Wladimir Propp und Viktor Shirmunski heraus. Danach erschien die Serie „Zentrifuge“, mehr als 30 seltene Bücher mit Texten des sowjetischen literaturkritischen Strukturalismus, die Zeitschrift „Na postu“ sowie die Werke von Sinaida Gippius, Michail Kusmin und Nina Berberowa. Später gab Professor Eimermacher in der Serie „Slawische Propyläen“ die Zeitschriften „LEF“ und „Novyi LEF“ sowie den Sammelband „Literarische Manifeste vom Symbolismus zum Oktober (1928)“ erneut heraus. Demnächst ist mit der Herausgabe seiner Untersuchungen über die Entstehung und Entwicklung russischer Literaturgruppen (1895 – 1932) zu rechnen. Möglicherweise werden auch sie bei „Knishnaja palata“ erscheinen.

Alles hat also mit Vadim Sidur begonnen. Wie stehen Sie zu diesem Bildhauer?

Als 19jähriger Bursche ging er an die Front. Im Kampf wurde er von einem faschistischen Scharfschützen schwer verwundet. Monatelang ans Krankenbett gefesselt, sah und erlebte er jeden Tag menschliches Leid, Schmerzen und Tod... Ich war faktisch der erste Deutsche, mit dem Vadim Sidur, damals schon ein Berufskünstler, in Friedenszeiten zusammentraf. Glücklicherweise wirkte sich seine Vergangenheit, vielmehr die Vergangenheit unserer beider Völker, nicht auf unsere Beziehungen aus. In Gesprächen kamen wir oft auf die Vorurteile und Klischees zu sprechen, in denen wir leider noch befangen sind. Er, der die Schrecken des Krieges miterlebt hat, sagte, daß sich die Beziehung zu einem Menschen, sobald man ihn nicht mehr über Kimme und Korn

betrachtet, augenblicklich ändert.

Unsere Kontakte und die vielen Jahre der Zusammenarbeit haben viele Arbeiten Sidurs retten können. Und ich bin immer noch der Meinung, daß solche Beziehungen, wie die zwischen uns, viel wichtiger sind als alle offiziellen Kontakte, obwohl man allerdings ohne diese nicht auskommt. In meiner Achtung vor Sidurs Werk und Begeisterung für sein Talent organisierte ich zwei Dutzend personelle Ausstellungen, gab Kataloge heraus und setzte mich für die Aufstellung seiner Skulpturen in verschiedenen Städten der BRD ein. An der Wahrung seines Erbes, besonders nach seinem Tod im Sommer 1986, als sich seine Werkstatt in einem kritischen Zustand befand, waren viele Deutsche und Ihre Landsleute beteiligt.

Politische Barrieren fallen, und die Kommunikation der Kulturen wird freier. Hat ein solcher kultureller Austausch, Ihrer Ansicht nach, Auswirkungen auf die sowjetische Kunst von heute?

Natürlich, jeder Kontakt zur Außenwelt spiegelt sich mehr oder weniger im kulturellen Entwicklungsniveau eines Landes wider. Dennoch scheint mir, daß sich die sowjetische bildende Kunst immer eigenständig entwickelt hat. Ich habe z. B. eine im Westen völlig unbekannte Erscheinung wie die Soz-Art entdecken können. Durch das Strapazieren hinlänglich bekannter Motive und Symbole der offiziellen Ideologie und des Alltagsbewußtseins, allerdings in eigenartiger Manier, wird ihr Wesen bloßgelegt und entlarvt. Diese Kunst brachte eine abnahmende kritische Einstellung zu jeglichen Klischees des Alltagsbewußtseins zum Ausdruck. Darin spiegelten sich auch die Prozesse wider, die für die offizielle sowjetische Kultur typisch waren.

Können verschiedene Kulturen erfolgreich zusammenwirken, ohne dabei ihre Eigenständigkeit und Einmaligkeit zu verlieren?

Natürlich. Wenn jedoch irgendeine Kultur Anspruch auf eine führende Rolle erhebt und ihre Werte in eine andere einfließen lassen will, dann kommt es zu einem Konflikt wie zwischen Kindern und Eltern. In dieser Hinsicht haben sich sowohl mein als auch Ihr Land, besonders in der Zeit des Faschismus bzw. Stalinismus, verständigt. Ich bin sehr froh, daß es jetzt

Möglichkeiten für die Gestaltung offener Beziehungen, ohne ideologische oder anderweitige Vorurteile, ohne Dominierungsanspruch gibt.

In der BRD haben sich die Menschen schon an viele Kulturmodelle neben dem eigenen gewöhnt. Bei Ihnen dagegen spürt man noch viele Informationslücken. Das führt gleichzeitig zu Beschränktheit und Provinzialität, ja sogar zu Intoleranz der Gedanken. Presse, Funk und Fernsehen reichen da nicht aus. Der Kreis der Assoziationen von Menschen beschränkt sich in der Regel auf ihre eigenen Lebenserfahrungen. Deshalb wäre es wünschenswert, wenn viel mehr Vertreter Ihrer Intelligenz ins Ausland reisen würden. In meiner Funktion als Direktor des Instituts für russische und sowjetische Kultur beabsichtige ich, Einladungen an eine Reihe sowjetischer Wissenschaftler zu versenden, die verschiedene kulturelle Gebiete vertreten, damit sie bei uns Vorlesungen halten.

An unserem Institut konnten wir schon Experten aus anderen europäischen Ländern und aus den USA begrüßen. Das erste Ergebnis unserer Begegnungen mit sowjetischen und amerikanischen Kollegen wird ein Sammelband über die sowjetische Kunst der 50er bis 80er Jahre sein, der 1991 erscheinen soll.

Die Lebensfähigkeit der Kultur überhaupt wird vor allem durch ihre Unzensiertheit auf zwei Gebieten gewährleistet, nämlich zum einen durch die Kontakte zu anderen Kulturen und zum anderen durch das Verhältnis zum eigenen kulturellen Erbe. Die Mißachtung dieser Wahrheit, wie es unter Hitler und Stalin war, führt nicht nur zu kultureller Provinzialität, sondern auch hat die schwersten Folgen, die später nur mit Mühe wieder überwunden werden können. Geistige, moralische und materielle Verluste gehen hierbei oft wegen der sich hartnäckig behauptenden Vorurteile unwiderbringlich verloren.

Gut, daß wir das endlich begriffen haben...

Ja, als ich gerade damit begonnen hatte, mich mit Fragen der Politik im kulturellen Bereich Ihres Landes zu befassen, wollte man bei Ihnen meine Werke nur in meiner bestimmten Interpretation sehen. Man wollte mich „frisieren“ und auf die übliche „Generallinie“ bringen. Ich freue mich, daß sich inzwischen vieles geändert hat.

**Interview:
Arnold Kun**

Die Profi-Werbung ...

Auf den Seiten unserer Wochenzeitschrift finden Sie Informationen und Meinungen über sowjetische und internationale Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Wir reservieren Ihnen jetzt auch Platz für Ihre Werbung.

„N E U E Z E I T“

Jede Woche 48 Seiten. In 10 Sprachen in mehr als 100 Ländern. Gezielte Werbung in aller Welt. Eine Werbe-Chance für Profis. Unsere Zeitschrift auch für Sie!

... in die „Neue Zeit“

„Nova doba“: Unsere Ausgabe in der CSSR

Allen, deren Muttersprache Tschechisch ist, und allen, die diese Sprache lernen beziehungsweise ihre Tschechisch-Kenntnisse auffrischen wollen, empfehlen wir, regelmäßig „Nova doba“ zu lesen.

Wenn Sie in der Bundesrepublik Deutschland leben, schicken Sie Ihren Abonnementwunsch bitte an die Firma

**Kubon und Sagner GmbH,
Postfach 340 108,
8000 München 34**

■ Das Jahresabonnement kostet 129.00 DM.

„Neue Zeit“ in Griechisch

Seit Januar 1988 bringt die Firma Nei Keri (Athen, Griechenland) die NZ in Griechisch heraus. Erscheinungsweise: Einmal monatlich, 12 Hefte pro Jahr. Die griechische Ausgabe der NZ kann man problemlos abonnieren. Schicken Sie bitte an die Firma

Nei Keri Elladas
(Nikis-Straße 24, 105 57, Athen, Griechenland) einen Scheck oder überweisen Sie auf ihr Konto Nr. 104/470838-57 bei der Nationalbank von Griechenland S.A., Syntagma-Platz, Filiale 10, Servias-Straße 6, das Geld für das Jahresabonnement – 25 US-Dollar – und geben sie dabei Name, Anschrift und Telefon an.
■ Wie gesagt: Ein Jahresabonnement kostet 25 US-Dollar.

Der Einzelpreis eines Heftes beträgt 2,10 US-Dollar (incl. Postgebühren).

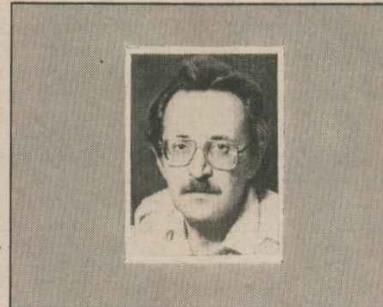
Unsere Kinder übernehmen eine ihren Ausmaßen nach grandiose Hinterlassenschaft, eine Ökonomie, die auf ihr eigene Zerstörung hinausläuft, unter unserer Mitwirkung. Sie beruht auf dem Plan, wobei niemand weiß, was besser ist, den Plan zu erfüllen oder nicht, welche Waren gebraucht werden, welche nicht, und was wieviel kosten soll. Arbeiten kann man unter solchen Bedingungen nur, wenn man die Augen zukneift und an nichts denkt. Der gesunde Menschenverstand ist weg, abgelöst von der Tradition, und Traditionen haben nichts mit Logik zu tun.

Das verstehen inzwischen alle. Schwerer zu verstehen ist schon, daß unsere Kinder auch eine Weltanschauung erben, die ihren Ansprüchen nach genauso grandios und selbstzerstörerisch ist wie die Wirtschaft. Je gründlicher ein vertrauenssicherer Heranwachsender sie absorbiert, desto größer ist die Gefahr, die auf ihn lauert.

Fundament sowohl für die Ökonomie, den wirtschaftlichen Aufbau, als auch für die Erziehung, den Aufbau von Seelen, war die Geistlosigkeit. Der Plan ist vorgegeben, also erfüllt ihn. Hier ist dein Kollektiv, also ordne dich ein. Wenn du den Plan erfüllst und in deinem Kollektiv nicht auffällst, passt dir nichts. Die freie Willensentscheidung wurde nur als Mittel zur Selbstzügelung verstanden. Wenn du etwas willst, was den allgemeinen Normen oder dem Willen des Kollektivs widerspricht, dann züge deine Wünsche. Wünsche nicht! Wunschlosigkeit wurde genauso stimuliert wie Geistlosigkeit. Denk nicht! Wünsch nicht! Wage nicht! Das waren die drei Grundpfeiler, auf denen die alte Erziehung ruhte. Inzwischen quetschen wir sie tropfenweise aus uns heraus, um sie... Etwa um sie unseren Kindern zu hinterlassen?

Die Erziehung durch Zügelung und Selbstzügelung greift wie auch die Ökonomie des alten Typs nur solange, wie es die für diesen Automatismus notwendige Angst gibt, solange man für die Nichterfüllung des Plans wenn nicht gleich erschossen, so doch gefeuert wird und solange der dem Kollektiv versagte Gehorsam mit groben Unannehmlichkeiten geahndet werden kann. Die Angst schwindet aber, und Selbständigkeit, das Handeln in eigener Verantwortung und unter eigener Regie werden zur Grundlage unseres Lebens. In der Wirtschaft gibt es inzwischen Betriebe, die im Prinzip pleite gehen können. Auch in seinem Privatleben und in seinem Arbeitsleben handelt der Einzelne inzwischen immer mehr auf eigenes Risiko. Hier ist das Risiko nicht anonym, sondern betrifft den konkreten Einzelfall. Die damit verbundene Angst wird einem ebenfalls nicht von außen suggeriert, sondern kommt aus dem Bauch.

Möglicherweise ist das, was jetzt hier passiert, einer der größten Veränderungen überhaupt: Das Risiko wird als natürlicher



Vorsicht Falle!

Zustand und natürliche Daseinsbedingung anerkannt. Ein neues Denken prägt ein neues Bewußtsein und eine neue Weltanschauung. Das eigene Risiko und die damit verbundene Angst lösen den Bereich der voluntaristischen Entscheidung ab. Ein neues Denken und eine qualitativ und nicht nur tendenziell neue Freiheit bringen einen neuen Menschen hervor, und zwar keinen Homunkulus wie den zu trauriger Berühmtheit gelangten homo sovieticus, sondern einen, der unter neuen Lebensbedingungen natürlich heranwächst.

Was bedeutet das in der Praxis? Wie soll man seine Kinder erziehen? Was soll man ihnen sagen? Worauf muß man sie stoßen? Wovor sie warnen?

Die alte Massenerziehung hat dem jungen Menschen immer eingeredet: „Mach das, was alle machen, sei so wie die anderen.“ Das ist heute nicht nur unbrauchbar, sondern für die Kinder direkt gefährlich. In manchen Fällen können die Regel „Mach das, was alle machen“, die einem seit frühester Kindheit eingetrieben ist, und die Angst aufzufallen dazu führen, daß ein Jugendlicher in eine Straßengang hineingezogen wird, zu trinken anfängt oder Drogen nimmt. Für einen Jugendlichen sind „alle“ nicht die abstrakt-ideale Allgemeinheit, sondern das ist die Gruppe, in der er sich befindet, der er angehören muß, weil er nichts anderes hat. Er hat meistens keine andere Wahl, und seine innere Stimme sagt ihm: „Sei so wie die anderen, du bist doch nicht etwa was Besseres?“

Vielleicht sagt man den Kindern aber lieber so etwas: „Sei nicht so wie die anderen! Ordne dich keinem unter! Imitier niemanden, du hast doch deinen eigenen Kopf.“

Das ist genauso schlimm. Niemand kann für sich allein sein. Jeder Mensch sucht jemanden, an den er sich anlehnen, dem er nacheifern und dem er sich unterordnen

kann, denn vielen kommt der eigene Wille als überflüssige Bürde vor, und die Suche nach dem eigenen Weg ist für sie kraftzäubernder Luxus.

Erziehung ist immer schwer, aber Erziehung für ein Leben auf eigenes Risiko ist tausendmal schwerer als die gewohnte Erziehung durch den Zügel, als Zügelung und Selbstzügelung. Ein auf eigenes Risiko aufgebauter Betrieb kann kaputtgehen, und ein Mensch, der auf eigenes Risiko handelt, kann sich am Rand des Untergangs wiederfinden. Hier steckt die Gefahr, aber es ist gerade diese unausweichliche Gefahr, die erzieherisch wirkt. Viele erzieherische Mißerfolge lassen sich dadurch erklären, daß die Eltern eine wasserdichte und risikolose Erziehung wollten. Erziehung ohne Risiko ist aber kraftlos.

Sobald jedoch die Selbständigkeit drastisch zunimmt, muß man dem Kind ein paar Sicherheitsregeln mitgeben, die früher nicht angesprochen worden.

Wir sagen zum Beispiel aus alter Gewohnheit, daß es keine ausweglosen Situationen auf der Welt gibt. Das stimmt nicht. Das entspricht nicht der Wirklichkeit. Wir müssen unseren heranwachsenden Kindern klarmachen, daß es Falle auf der Welt gibt, Situationen, aus denen man so gut wie nie wieder herauskommt. Also muß man gehörig aufpassen, nicht in so eine Falle hineinzulatschen, denn sonst ist es zu spät.

Drogen sind eine solche Falle. Drogenabhängigkeit ist praktisch unheilbar, das Leben eines Rauschgutsüchtigen ist eine einzige Quälerei, und er weiß nicht, wie er da wieder herauskommt und an wen er sich wenden kann. Die Unglücklichen schreiben an Zeitungen, suchen Ärzte, versuchen den kalten Entzug, aber das gelingt nur ganz selten. Ich war bei Professor Peter Hackett von der Virginia-Universität in den USA. Er leitet ein großes Programm für die Bekämpfung der Drogenabhängigkeit. Er und seine Mitarbeiter leisten alles Mensch mögliche, doch über die Ergebnisse seiner Arbeit spricht Professor Hackett, ein wirklich kluger Mann, äußerst zurückhaltend.

Es gibt nur eine einzige Methode, wie man mit solchen Fällen fertig wird: Man muß aufpassen, daß man nicht hineinstoppt. Sagt euren Kindern: Handelt selbstständig, scheut keine Risiken, habt keine Angst vor dem Leben, habt überhaupt vor nichts Angst, aber macht einen Bogen um die Falle!

Für Drogen gilt: Laßt die Finger davon, faßt sie nicht an, laßt sie nicht an euch ran. Der geringste Kontakt ist verhängnisvoll. Das ist so etwas wie eine Pestmikrobe. Was die anderen auch immer sagen, glaubt ihnen nicht! Laßt euch nicht bequatschen, denn Drogen sind eine Falle. Sagen Sie das Ihren Kindern schon im Alter von fünf und sechs Jahren.

Simon Solovejtschik

Präsentiert
von Dr. jur. habil.
Valeri SORJKIN

Mitte der 70er Jahre tauchte in Moskauer Buchläden und selbst bei Buchständen auf den Straßen in großer Menge eine dreibändige Ausgabe der ausgewählten Werke von Antonio Gramsci auf. Unterdes war diese Ausgabe keineswegs eine Neuheit: Auf dem Titelblatt stand das Jahr 1959. Früher konnte man diese Ausgabe nur in Bibliotheken, und das nicht einmal in allen, finden. Wie sich herausstellte, lag ein Großteil der Auflage länger in Buchlagern als der Autor im Kerker war, in den er seinerzeit von den faschistischen Behörden Italiens geworfen war. Im Kerker wurden die fast 3000 Seiten verfaßt, die das Kernstück des schöpferischen Erbes von Antonio Gramsci bilden – die berühmten „Aufzeichnungen aus dem Gefängnis“. In unserem Land wurde nur ein recht kleiner Teil seiner politisch-philosophischen, soziologischen und kulturologischen Aufzeichnungen veröffentlicht.

Erstaunlich ist wohl weniger,

dass dieser sehr originelle Denker in der Sowjetunion nur wenig verlegt wurde (offenbar versteckte man ihn sogar vor den Lesern). Nichtsdestoweniger wurde er gedruckt, und seinen Werken blieb so das Schicksal des schöpferischen Erbes von Karl Korsch, Ernst Bloch sowie der interessantesten Werke von György Lukacs wie übrigens auch vieler anderer Marxisten erspart. Erstaunlich ist etwas anderes – daß Gramsci bei uns, obwohl seine Werke wenig bekannt waren, zu allen Zeiten als „herausragender Theoretiker“ anerkannt und auf der offiziellen Liste der großen Vertreter des marxistischen Denkens geführt wurde! Die Kommentare zu seinen Werken waren voll Pietät, obwohl zwischen den Zeilen bisweilen etwas hervortrat, was Zweifel an der Aufrichtigkeit der Urteile weckte. Bisweilen wurde so nebenher von nicht ganz richtigen Schlüffolgerungen oder von falschen Interpretationen gesprochen. Doch insgesamt erfolgte eine Heiligssprechung – selbst in den Jahren des Stalinregimes. So wurde in der Großen Sowjetischen Enzyklopädie von 1952, in Band 12, Gramsci, der heute als Kritiker

des Stalinismus gilt, als Anhänger der Lehre von Lenin und Stalin bezeichnet!

Vielleicht rettete der Umstand, daß Gramsci zum Märtyrer wurde, ihn davor, zur Unperson zu werden: Die zehn Jahre Kerker, die seine auch ohnehin nicht sonderlich gute Gesundheit endgültig ruinierter, führten zu seinem frühen Tod. Und vielleicht auch der Umstand, daß die Sprache, die er verwandte – eine alles andere als einfache Sprache, voller euphemistischer Ausdrücke, um die Gefängniszensur irrezuführen – es erlaubte, seine Gedankengänge sehr eigenartig zu interpretieren. Der terminologische, und nicht nur terminologische, Streit um Gramscis geistiges Erbe hält bis heute an. Bis heute gibt es keine Klarheit darüber, wie weit Gramsci in seinen politologischen Aufzeichnungen mit symbolischen Begriffen arbeitete. Dabei ist zu konstatieren, daß nicht allein Marxisten Interesse an Gramscis Erbe bekunden. Vor etwa zehn Jahren kam die Anerkennung für die Werke des Begründers und Führers der Italienischen Kommunistischen Partei sogar von etwas unerwarteter Seite – konserva-

POLITISCHE
GEDANKEN
DES
20.
JAHRHUNDERTS

tive Publizisten aus Frankreich, die „Neue Rechte“ (die sich um den Copernik-Verlag, die Zeitschrift „Elements“ sowie andere Publikationen und Klubs vereint) wurde auf diese Schriften aufmerksam und bewertete sie als sehr interessant.

Das erklärt sich dadurch, daß Gramsci in seinen Arbeiten, besonders in seinen letzten, eine sehr hohe Stufe der theoretischen Verallgemeinerung erreichte. Eben das ruft so großes Interesse an diesen Werken hervor. Und das um so mehr, da seine Aufzeichnungen sehr aktuell sind. Deshalb wollen wir uns, wenn wir heute Auszüge aus ihnen veröffentlichen, nicht in terminologische Erklärungen und eine Interpretation seiner Gedanken vertiefen.

Sapienti sat – für den Wissenden möge das reichen.

Parteien, Staat, Gesellschaft

Antonio Gramsci (1891–1937)

Es ist zu betonen, daß sehr häufig gerade die elementarsten, einfachsten Begriffe der Politik dem Vergessen anheimgegeben werden.

Das erste Axiom in der Politik besteht darin, daß es in der Realität Herrscher und Beherrschte, Führer und Geführte gibt. Die ganze Kunst und die ganze Wissenschaft der Politik beruhen auf dieser primären Tatsache, der man sich absolut nicht entziehen kann.

Sogar wenn es in der gleichen Gruppe eine Teilung in Herrschende und Beherrschte gibt, entsteht die Notwendigkeit, bestimmte Prinzipien ihrer Beziehungen festzulegen. Gerade in diesem Bereich werden ja die größten „Fehler“ gemacht, die verbrecherischste Unfähigkeit und am schwersten zu korrigierende Fehleinschätzungen werden deutlich. Und man meint, daß, da die Ziele dieser Gruppe dargelegt sind, sie automatisch volle Unterstützung erhalten müsse und deshalb keine Notwendigkeit bestehe, die „Unabwendbarkeit“ und den vernünftigen Charakter dieser Prinzipien zu verteidigen. Überdies gilt es als unbestreitbar (manche sind davon überzeugt und handeln, was noch schlimmer ist, entsprechend dieser „Überzeugung“), daß diese Unterstützung „kommen wird“, selbst wenn man nicht darum bittet, selbst wenn der Weg, den man zu gehen hat, nicht vorgezeichnet ist. So ist es schwer, sich von der den Führern eigenen Überzeugung frei zu machen, daß etwas nur deshalb verwirklicht werden darf, weil der Führer es für gerecht und vernünftig ansieht, daß es verwirklicht wird; wenn das nicht geschieht, wird die „Verantwortung“ demjenigen auf-



gebürdet, der „es ... tun sollte“. Eben so schwer ist es, verbrecherische Angewohnheiten auszumerzen – das Ignorieren der Notwendigkeit, unnütze Opfer zu vermeiden. Allen ist ja klar, daß das Scheitern kollektiver (politischer) Handlungen vor allem deshalb erfolgt, weil man nicht versucht, unnütze Opfer zu vermeiden, oder aber weil man die Opfer anderer nicht bedenkt und fremde Menschenleben aufs Spiel setzt...

Geht man von dem Prinzip aus, daß es Führer und Geführte, Herrschende und Beherrschte gibt, dann steht außer Zweifel, daß die „Parteien“ bis heute das bequemste Mittel für die Ausbildung der Führer und die Herausbildung von Führungsgewohnheiten darstellen.

Dabei ist darauf die Aufmerksamkeit zu lenken, daß dort, wo totalitäre Regimes errichtet werden, die traditionelle Funktion des Instituts der obersten Macht sich in Wirklichkeit von einer bestimmten Partei angeeignet wird, die gerade deshalb totalitär ist, weil sie diese Funktion erfüllt. Obwohl jede Partei die Interessen einer sozialen Gruppe, und zwar nur einer bestimmten sozialen Gruppe, zum Ausdruck

bringt, vertreten nichtsdestoweniger bestimmte Parteien unter bekannten Umständen die Interessen einer solchen Gruppe, da sie für ein Gleichgewicht sorgen, die Rolle eines Schiedsrichters zwischen den Interessen der eigenen Gruppe und anderer gesellschaftlicher Gruppen spielen und es sich angelegen sein lassen, daß die Entwicklung der von ihnen vertretenen Gruppe im Einvernehmen, mit der Hilfe der mit ihr verbündeten sozialen Gruppen erfolgt, wenn sie nicht ihr gegenüber direkt, entschieden feindliche Gruppen sind. Die Verfassungsformel, die die Stellung des Königs (oder des Präsidenten der Republik) bestimmt – „Er herrscht, aber er regiert nicht“ – ist der juristisch verankerte Ausdruck dieser Schiedsrichterfunktion, Ausdruck der Sorge der verfassungsmäßigen Parteien, die Krone oder den Präsidenten nicht zu „entlarven“. Der in der Verfassung enthaltene Artikel, daß das Staatsoberhaupt für die Handlungen der Regierung nicht verantwortlich ist, und der Artikel von der Verantwortung der Minister sind ein kasuistischer Ausdruck des allgemeinen Prinzips, das in der Verteidigung der Konzeption der staatlichen Einheit, der Konzeption des Einvernehmens der Regierten mit der Tätigkeit des Staates besteht, unabhängig davon, wer der Regierung angehört und welche Partei an der Macht ist.

Bei der Herrschaft einer totalitären Partei verlieren diese Verfassungsprinzipien ihre Bedeutung, und die Tätigkeit der Institute, die sich von ihnen leiten ließen, wird schwächer. Doch eine totalitäre Partei, die die abstrakte Konzeption des „Staates“ verkündet und versucht, mit verschiedenen Methoden den Eindruck der „Unvoreingenommenheit“ zu erwecken, übernimmt die Erfüllung dieser Schiedsgerichtsfunktion.

Dazu wäre zu sagen, daß in vielen Ländern der heutigen Welt die organisch gewachsenen großen Parteien, bedingt durch die Notwendigkeit, einen politischen Kampf zu führen, oder aus anderen Erwägungen in Fraktionen gespalten sind... Deshalb geschieht es oft, daß der geistige Generalstab einer solchen organisch gewachsenen Partei keiner dieser Fraktionen gehört, sondern so handelt, als sei er eine eigenständige führende Kraft, die über den Parteien steht; und bisweilen glauben die Menschen das sogar. Diese Funktion kann man sehr genau studieren, wenn man davon ausgeht, daß eine Zeitung (oder eine von Zeitungen), eine Zeitschrift (oder eine Reihe von Zeitschriften) ebenfalls „Parteien“ oder „Parteifraktionen“ sind oder aber die „Funktion einer bestimmten Partei“ erfüllen. In diesem Zusammenhang sollte man sich Gedanken über jene Funktionen machen, die die „Times“ in Großbritannien erfüllt und die dem „Corriere della Sera“ in Italien zukamen, sowie über jene Funktionen, die die „Informations-“ und „apolitische“, ja selbst die technische und die Sportpresse erfüllt. Übrigens läßt diese Erscheinung sehr interessante Züge in Ländern hervortreten, in denen eine

totalitäre Partei uneingeschränkt herrscht, hat ja eine solche Partei nicht mehr rein politische Funktionen – sie erfüllt jetzt nur technische, propagandistische und Polizeifunktionen sowie die Funktionen einer moralischen und kulturellen Einflußnahme. Die politische Funktion wird in diesem Fall indirekt erfüllt, da, wenn andere legale Parteien fehlen, es stets einige faktische Parteien und Tendenzen gibt, die man nicht legal unterdrücken kann; die Polemik und der Kampf gegen sie erinnern an ein Blindekuhspiel. Auf jeden Fall ist unbestreitbar, daß in den totalitären Parteien Kulturfunktionen überwiegen und die Sprache der Politik zu einem politischen Jargon wird, d. h. die politischen Fragen Formen der Kultur annehmen und als solche unlösbar werden.

Es gibt zwei Typen der „Partei“. Ein Typ kann eine Elite von Kulturschaffenden sein, deren Funktionen darin bestehen, von Positionen der Kultur und von allgemeinideologischen Prinzipien aus die Führung der breiten Bewegung der miteinander verwandten Parteien (die in Wirklichkeit Fraktionen der gleichen organisch gewachsenen Partei sind) zu verwirklichen. Der zweite Typ,

der in einer uns näheren Zeit aufgetreten ist, stellt keine Elite dar, sondern ist eine Massenpartei, wobei die politische Rolle der Massen nur darin besteht, daß sie (ebenso wie die Armee) dem offenen oder verdeckten politischen Zentrum vertrauen und in allem Gehorsam zeigen müssen (das offene politische Zentrum ist

oft ein Leitungsmechanismus in den Händen jener Kräfte, die im Hintergrund bleiben wollen und indirekt, über Vermittler und eine „vermittelnde Ideologie“ handeln). Die Massen dienen hier nur als Manövriermasse und müssen moralische Ermahnungen, sentimentales Gelaber, messianische Mythen vom Anbruch eines goldenen Zeitalters über sich ergehen lassen, in dem reale Probleme von allein gelöst und alle Widersprüche der Gegenwart beseitigt sein werden.

Die Frage, wann man eine Partei als herausgebildet ansehen kann, d. h. mit einem klaren und ständigen Ziel, ruft erbitterte Polemik und leider oft sogar Arroganz dieser Partei hervor, was nicht weniger lächerlich und gefährlich ist als die „nationale Arroganz“, von der Giovanni Battista Vico schrieb.

Man kann sich nur schwer vorstellen, daß eine bestimmte politische Partei (die eine herrschende Gruppe oder untergeordnete gesellschaftliche Gruppen vertritt) auch die Polizeifunktion, d. h. die Funktion des Schutzes einer bestimmten für legal erklärten politischen Ordnung, nicht erfüllt.

Wenn man das in aller Deutlichkeit gezeigt hat, ist die Frage anders zu stellen, und zwar als Frage nach den Wegen und Mitteln, mit deren Hilfe diese Funktion verwirklicht wird. Was liegt ihr zu Grunde – Repressalien oder Überzeugung, ist sie reaktionärer oder progressiver Art? Erfüllt die Partei ihre politische Funktion zur Aufrechterhaltung der Ordnung, die für die lebendigen Kräfte der Geschichte äußerlich fremd ist und ihre Entwicklung hemmt, oder aber sind diese ihre Handlungen vom Streben diktiert, das Volk auf eine neue Stufe der Zivilisation zu heben, deren politische und rechtliche Ordnung ihr programmatisches Ziel ist? In Wirklichkeit findet das Gesetz jene, die gegen es verstößen, erstens unter den reaktionären gesellschaftlichen Elementen, denen es die Macht genommen hat; zweitens unter den progressiven Elementen, die das Gesetz unterdrückt; und drittens unter jenen Elementen, die den Stand der Zivilisiertheit, den das Gesetz zum Ausdruck bringt, noch nicht erreicht haben. Deshalb kann die von einer Partei ausgeübte Polizeifunktion progressiv wie regressiv sein: Sie ist progressiv, wenn sie darauf gerichtet ist, die reaktionären Kräfte, die von der Macht schon verdrängt wurden, im Rahmen der Gesetzlichkeit zu halten und die rückständigen Massen auf den Stand der neuen Gesetzlichkeit zu heben; sie ist regressiv, wenn sie die lebendigen Kräfte der Geschichte unterdrücken und eine bereits der Vergangenheit angehörende antihistorische Gesetzlichkeit, die den Massen fremd geworden ist, bewahren will. Im übrigen aber ist der Charakter ihrer Tätig-

Bei der Herrschaft einer totalitären Partei verlieren die Verfassungsprinzipien ihre Bedeutung

keit das bezeichnende Kriterium einer beliebigen Partei: Ist die Partei progressiv, dann übt sie diese Funktion „demokratisch“ aus; ist die Partei regressiv, dann erfüllt sie diese Funktion „bürokratisch“. Im zweiten Fall ist die Partei nur ein Erfüllungsgehilfe, der sich keine weiteren Gedanken macht, sie ist (in technischer Hinsicht) eine Polizeiorganisation und ihre Bezeichnung als „politische Partei“ ist eine einfache Metapher mythologischer Art.

Cäsarenherrschaft widerspiegelt eine Situation, da die gegeneinander kämpfenden Kräfte im Zustand eines katastrophalen Gleichgewichts sind, d. h. eines solchen Gleichgewichts, bei dem eine Fortsetzung des Kampfes nur ein Ende haben kann: die gegenseitige Vernichtung der Kämpfenden.

Cäsarenherrschaft dient stets als Ausweg aus einer historisch-politischen Situation, gekennzeichnet durch ein Kräftegleichgewicht, das in die Katastrophe zu münden droht; dieser Ausweg nimmt die Form eines „Schiedsspruchs“ an, mit dem eine große Persönlichkeit beauftragt wird. Cäsarenherrschaft ist progressiv, wenn sie zum Triumph einer progressiven Idee beiträgt

— wenn auch mit Hilfe bestimmter Kompromisse und Bedingungen, die die Bedeutung des errungenen Sieges einengen; Cäsarenherrschaft ist reaktionärer Art, wenn sie zum Triumph einer reaktionären Kraft beiträgt, ebenfalls mit Hilfe von Kompromissen und Beschränkungen, doch die in diesem Fall einen anderen Sinn, eine andere Bedeutung haben. Cäsar und Napoleon I. liefern Beispiele für eine progressive Cäsarenherrschaft, Napoleon III. und Bismarck — für eine reaktionäre Cäsarenherrschaft. Übrigens ist Cäsarenherrschaft eine polemisch-ideologische Formel... Die Umstände können zur Errichtung einer Cäsarenherrschaft ohne einen Cäsar, ohne eine große „heroische“ und repräsentative Persönlichkeit führen.

In der heutigen Welt ist die Erscheinung einer Cäsarenherrschaft meist von besonderer Art... Nichtsdestoweniger gibt es selbst heute für Cäsarenherrschaft ein gewisses, mehr oder weniger breites (je nach dem Charakter des Landes und nach dem Platz, den es in der Weltstruktur einnimmt) Feld, da diese Gesellschaftsform „immer“ Möglichkeiten für eine nachfolgende Entwicklung und eine organisatorische Verankerung besitzt. Sie kann besonders mit der relativen Schwäche der ihr gegenüberstehenden Seite rechnen, einer Schwäche, die sich aus ihrer Natur selbst und aus den Besonderheiten ihres Bestehens ergibt, einer Schwäche, an deren Beibehaltung diese Gesellschaftsform interessiert ist; deshalb sagt man auch, die moderne Cäsarenherrschaft trage eher Polizei-Charakter, nicht aber militärischen Charakter.

Gehören die Parlamente zur Staatsstruktur (selbst in den Ländern, wo sie offensichtlich eine sehr effektive Rolle spielen), wenn aber nicht, welche Funktion haben sie dann tatsächlich? Bei einer positiven Antwort stellt sich eine andere Frage: Wie gehören sie zum Staat und wie erfüllen sie ihre spezifische Funktion? Und selbst wenn die Parlamente nicht organischer Bestandteil des Staates sind — beweist das denn, daß ihre Existenz nicht von gesamtstaatlicher Bedeutung ist? Und was für einen Grund gibt es für jene Beschuldigungen, die gegen den Parlamentarismus und das mit ihm untrennbar verbundene Mehrparteiensystem vorgebracht werden? (Der Grund ist natürlich objektiver Art, da er damit zusammenhängt, daß allein schon die Existenz von Parlamenten die *technische* Arbeit der Regierung verhindert und verlangsamt.)

Durchaus verständlich ist, daß repräsentative Herrschaft die Berufsbürokratie politisch „beunruhigen kann“, doch nicht das ist entscheidend. Das Problem läuft auf folgendes hinaus: Ist eine repräsentative und Mehrparteiensherrschaft, bestimmt als Mechanismus für die Auswahl der besten Funktionäre, die die Kaderbürokratie ergänzen und ein Gegengewicht zu ihr auf-

bauen würden, um eine Verknöcherung zu verhindern — ist dieses repräsentative Regime zu einem Hindernis geworden, zu einem Mechanismus genau der entgegengesetzten Art, und wenn ja, warum?

Übrigens schöpft selbst eine Bejahung dieser Frage das Problem nicht voll aus, denn selbst wenn man davon ausgeht (und gerade davon sollte man ausgehen), daß der Parlamentarismus seine Wirksamkeit verloren hat und mehr zu schaden begann, dann bedeutet dies keineswegs, daß man bürokratische Regimes rehabilitieren und lobpreisen sollte. Man muß sich darüber Gedanken machen, ob Parlamentarismus und repräsentative Herrschaft nicht einfach gleichgesetzt werden und ob es nicht die Möglichkeit gibt, sowohl das Problem des Parlamentarismus als auch das bürokratischen Herrschaft anders zu lösen.

Da der Staat selbst eine geordnete Gesellschaft ist, ist er souverän. Er kann keine juristischen Grenzen haben: Für ihn können die subjektiven Normen des öffentlichen Rechts nicht Grenze sein, der Staat kann von sich nicht sagen, daß er sich

selbst beschränkt. Das geltende Recht kann nicht Beschränkung für den Staat sein, da es jeden Augenblick vom Staat um neueren gesellschaftlichen Erfordernisse usw. willen verändert werden kann.

Solange es Klassenstaaten gibt, kann eine geregelte Gesellschaft nur als Metapher bestehen,

hen, d. h. nur in dem Sinn, daß auch ein Klassenstaat eine geordnete Gesellschaft ist. Die Utopisten verstanden, da sie Kritik an der Gesellschaft ihrer Zeit übten, sehr wohl, daß ein Klassenstaat keine geordnete Gesellschaft sein kann, und das wird dadurch bestätigt, daß sie, als sie die Utopien für verschiedene Gesellschaftstypen entwarfen, als notwendige Grundlage der geplanten Reform von dem neuen Begriff der wirtschaftlichen Gleichheit sprachen.

Was einen ethischen und Kulturstaat angeht, so läuft das vernünftigste und konkreteste, was man hierzu sagen kann, meiner Meinung auf folgendes hinaus: Jeder Staat ist ethisch, da eine seiner wichtigsten Funktionen darin besteht, die breiten Volksmassen auf einen bestimmten kulturellen und moralischen Standard (Typ) zu heben, der den Entwicklungserfordernissen der Produktivkräfte und folglich den Interessen der herrschenden Klasse entspricht. In diesem Sinne spielt die Schule, die eine positive erzieherische Funktion erfüllt, eine besonders wichtige Rolle im Staat. Doch in Wirklichkeit sind auf die Erreichung dieses Ziels auch viele andere Formen der Tätigkeit und der Initiative gerichtet, Formen, die sozusagen privater Art sind, die insgesamt den Apparat der politischen oder kulturellen Hegemonie der herrschenden Klassen bilden.

In der (übrigens oberflächlichen) Polemik über die Funktionen des Staates (der eng gefaßt als politisch-juristische Organisation verstanden wird) entspricht der Ausdruck vom „Nachtwächterstaat“ dem italienischen Ausdruck vom „Carabinierstaat“ und muß einen Staat bedeuten, dessen Funktionen sich auf die Bewahrung der öffentlichen Ordnung und die Garantie der Einhaltung der Gesetze beschränken.

Der Ausdruck „Nachtwächterstaat“, der wohl eine sarkastische Färbung hat als der Ausdruck „Carabinierstaat“ oder „Polizeistaat“, stammt, wie es scheint, von Lassalle. Als Gegensatz zu diesem Staat haben der „ethische Staat“ oder der „interventionistische Staat“ zu dienen. Und zwischen diesen beiden Kategorien ist zu differenzieren.

Die Konzeption des ethischen Staates ist philosophischen und intellektuellen Ursprungs (sie ist den Intellektuellen eigen; ein Beispiel dafür sind Hegels Ansichten), und man könnte sie tatsächlich in eine Reihe mit der Konzeption des „Nachtwächterstaates“ stellen, da sie sich eher auf die selbständige (erzieherische und moralische) Tätigkeit eines weltlichen Staates bezieht im Gegensatz zum Kosmopolitismus und zu jener Einnischung, was für die Tätigkeit der religiös-kirchlichen Organisation als

Eine Cäsarenherrschaft ist durchaus auch ohne Cäsar möglich, ohne eine große Persönlichkeit oder einen Helden

Überbleibsel des Mittelalters bezeichnend ist. Die Konzeption eines interventionistischen Staates aber ist wirtschaftlichen Ursprungs und einerseits mit protektionistischen Strömungen oder Strömungen des wirtschaftlichen Nationalismus verbunden, andererseits aber mit dem Versuch, bestimmte staatliche Kader, die von Feudalherren oder Großgrundbesitzern abstammen, zu zwingen, den „Schutz“ der werktätigen Klassen gegen Exesse des Kapitalismus (die Politik von Bismarck und Disraeli) zu übernehmen.

Diese unterschiedlichen Tendenzen können in verschiedenartige Kombinationen treten, was auch geschieht. Natürlich setzen sich die Liberalen (die Anhänger des „Ökonomismus“) für einen Staat mit „Nachtwächter“-Funktionen ein, wollen, daß die historische Initiative an die Gesellschaft der Bürger und an verschiedene Kräfte übertragen wird, die sich stürmisch entwickeln, wenn es einen „Nachtwächterstaat“ gibt, der dafür Sorge trägt, daß dieses Spiel ehrlich erfolgt und seine Gesetze beachtet werden. Die Intelligenz, ob die Liberalen oder gar die Anhänger eines interventionistischen Staates, sehen die verschiedenen Fragen sehr unterschiedlich: Sie können Liberale im wirtschaftlichen Bereich, doch zugleich Interventionisten auf kulturellem Gebiet sein usw.

Wir identifizieren stets Staat und Regierung, diese Identifikation aber ist gerade neuer Ausdruck einer wirtschaftlich-genossenschaftlichen Form (hier: eine Ausdrucksform des sozialökonomischen Wesens des Staates – **die Red.**), d. h. der Vermischung der Gesellschaft der Bürger mit der politischen Gesellschaft, ist ja zu konstatieren, daß vom Gesamtbegriff des Staates Elemente erfaßt werden, die der Gesellschaft der Bürger zuzurechnen sind (in diesem Sinn könnte man sagen, daß Staat gleich politische Gesellschaft plus Gesellschaft der Bürger ist, mit anderen Worten, der Staat ist die Hegemonie mit der eisernen Hand der Nötigung). In der Staatsdoktrin, der zufolge der Staat an das Ende seiner Möglichkeiten kommt und sich in der geregelten Gesellschaft aufzulösen beginnt – in dieser Doktrin steht besagte Frage im Mittelpunkt. Man kann sich vorstellen, wie der Zwangsaspekt des Staates allmählich dadurch hinfällig wird, daß sich immer bedeutendere Elemente einer geregelten Gesellschaft (d. h. eines ethischen Staats oder einer Gesellschaft der Bürger) durchsetzen.

Die Ausdrücke „ethischer Staat“ oder „Gesellschaft der Bürger“ müßten bedeuten, daß es diese „Vorstellung“ vom Staat ohne Staat bei großen Politik- und Rechtswissenschaftlern so weit gibt, wie sie den Boden der reinen Wissenschaft (d. h. der reinen Utopie, da sie sich auf die Hypothese stützt, daß alle Menschen tatsächlich gleich seien...) betreten.

In der Doktrin vom Staat als einer geregelten Gesellschaft wird man von der Phase, in der der „Staat“ gleichbedeutend mit der „Regierung“ ist und mit der „Gesellschaft der Bürger“ identifiziert wird, zu der Phase übergehen müssen, in der der Staat nur eine „Nachtwächter“-Funktion hat, d. h. eine Zwangsorganisation zum Schutz der Entwicklung der Ele-

mente der geordneten Gesellschaft sein wird, die ständig zunehmen, wodurch autoritäre und chaotische Eingriffe dieser Organisation allmählich abnehmen...

Wenn jeder Staatstyp tatsächlich die Phase des wirtschaftlich-genossenschaftlichen Primitivismus (d. h. der direkten Bekundung der Interessen der herrschenden gesellschaftlichen Gruppe – **die Red.**) durchlaufen muß – folgt dann daraus nicht, daß das Wesen der politischen Hegemonie der neuen gesellschaftlichen Gruppe, die einen neuen Staatstyp gegründet hat, vor allem wirtschaftlicher Art sein muß? In einem solchen Fall geht es ja um die Umgestaltung der Wirtschaftsstruktur und der konkreten Beziehungen zwischen den Menschen und der Welt der Wirtschaft, d. h. der Produktion. Die Elemente des Überbaus dürfen dabei nicht schwach ent-

wickelt sein; das Wirken dieser Elemente beschränkt sich dabei auf Prognose und Kampf, wobei das „planmäßige“ Element eine offensichtlich noch unzureichende Rolle spielen wird; das kulturelle Programm wird vor allem negativer Art sein, das wird sich auf die Kritik an der Vergangen-

heit beschränken und darauf, das Alte der Vergessenheit anheimzugeben und es zu zerstören, das Programm des Positiven, Aufzubauenden aber wird erst in den allgemeinsten Zügen entworfen sein, die man jeden Augenblick ändern kann (und muß), damit der Plan in Übereinstimmung mit der neu zu schaffenden ökonomischen Struktur gebracht wird.

Die alten Führer der Gesellschaft, die sie in intellektueller und moralischer Hinsicht leiteten, spüren, daß ihnen der Boden entzogen wird, begreifen, daß ihre „Predigten“ gerade zu „Predigten“ werden – zu etwas Wirklichkeitsfremdem, zu einer nackten Form ohne Inhalt, zu einem Gespenst; so erklären sich auch ihre Verzweiflung, ihre konservativen und reaktionären Tendenzen. Weil sich die besondere Form der Zivilisation der Kultur und der Moral, die Form, die sie vertreten, auflöst, malen sie den Untergang jeglicher Zivilisation, aller Kultur, aller Moral in grellen Farben an die Wand und verlangen vom Staatpressive Maßnahmen. Diese Führer bilden eine Widerstand leistende Gruppe, die außerhalb des realen historischen Prozesses steht; so ziehen sie die Krise in die Länge, kann ja der Untergang einer bestimmten Lebens- und Denkweise nicht ohne Krise erfolgen. Andererseits verbreiten diejenigen, die die neue Ordnung vertreten, die kommen muß, aus „rationalem“ Haß auf das Alte Utopien und freiersonnene Pläne.

Was ist der Ausgangspunkt für diese neue Ordnung, die von der Wirklichkeit ausgetragen wird? Die Welt der Produktion, die Arbeit. Jeder Analyse moralischer und ideologischer Ziele, die zu stellen sind, und der Prinzipien, die zu verbreiten sind, muß das Kriterium des größtmöglichen Nutzens zugrunde liegen; das kollektive und individuelle Leben muß auf der Grundlage der intensivsten Nutzung des Produktionsapparats organisiert sein. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte auf neuen Grundlagen und eine fortschrittliche Entwicklung der neuen Wirtschaftsstruktur werden die unabdingbaren Widersprüche überwinden helfen und neue Möglichkeiten für die Selbstdisziplin, d. h. auch für die individuelle Freiheit, eröffnen.

Der Zwangsaspekt des Staates erschöpft sich mit zunehmender Entwicklung der Gesellschaft der Bürger



Die unzähligen neuen Pressezeugnisse unterschiedlicher Richtungen, die in jüngster Zeit den ungarischen Markt über schwemmten, haben die Soziologin und Journalistin Györgyi Varnai nicht davon abhalten können, eine Quartalszeitschrift herauszugeben, die sich mit Problemen der Gesellschaftswissenschaften befaßt. Das ist aber noch nicht alles. Györgyi Varnai beschloß, ihre Zeitschrift in russischer Sprache erscheinen zu lassen.

Es ist kein Geheimnis, daß die Ungarn heute ihren Blick hauptsächlich gen Westen gerichtet haben. Unter diesen Bedingungen eine Zeitschrift in russischer Sprache vorzubereiten, ist ein risikanter Schritt, moralisch wie materiell.

„Heute ist es nicht „in“, sich auf russischsprechendes Publikum zu orientieren,“ sagte Györgyi Varnai, die Chefredakteurin des „Ungarischen Meridians“, wie ihre Zeitschrift heißt. „Ich habe jedoch gefühlt, daß es gerade auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften etwas gibt, was für sowjetische Leser von Interesse ist und worüber man mit sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern diskutieren kann.“

In der ersten Nummer der Zeitschrift kommen bedeutende Politologen, Juristen und Wirtschaftsexperten Ungarns zu Wort, darunter auch der Vorsitzende der Ungarischen Sozialistischen Partei Rezső Nyers. Das bedeutet jedoch keineswegs, sagte Györgyi Varnai, daß die Zeitschrift irgend eine Partei bevorzugt. Es

handelt sich um eine „überparteiliche“ Zeitschrift der Gesellschaftswissenschaften, die uns mit einem breiten Spektrum verschiedener Standpunkte und Meinungen bekannt macht. Das einzige Kriterium für die Veröffentlichung ist ein hohes wissenschaftliches und journalistisches Niveau.

In ihrer Heimat hat sich die Chefredakteurin schon so manchen Vorwurf anhören müssen, daß man den „Ungarischen Meridian“ nicht Ungarisch lesen kann.

Als erster sowjetischer Wissenschaftler nahm Akademiemitglied Juri Gleba den „Preis für die Förderung der europäischen Wissen-



schaft“ und das Ehrenzeichen „Grüne Rosette“ entgegen. Er leitete eine Gruppe von Wissenschaftlern in Kiew vom Cholodny-Institut für Botanik der AdW der Ukr. SSR, die sich das Ziel

gestellt hat, den Genfonds des nur in Ecuador wachsenden und vom Aussterben bedrohten „Blutbaums“ zu erhalten. Der dunkelrote Saft dieses Gewächses, das entdeckt wurden vor Urzeiten die Indianer, ist ein effektives Mittel für die Bekämpfung von Geschwulstkrankheiten. Eine andere Tätigkeitsrichtung der Gruppe ist die Suche nach Wegen zur Verhinderung der Akkumulation von Schwermetallen in Pflanzen und die Aufzucht neuer Pflanzen mit analogen Eigenschaften.

Juri Gleba studierte an der Staatlichen Universität in Kiew, wo er anschließend seine Promotion ablegte. Mit 30 Jahren habilitierte er.

Er ist Staatspreisträger der UdSSR. Mit 40 konnte er auf mehr als 150 veröffentlichte wissenschaftliche Arbeiten verweisen. Einige davon wurden in Zusammenarbeit mit Kollegen aus der BRD, Belgien und den USA verfaßt.

Der Preis für die Förderung der europäischen Wissenschaft wurde vor einigen Jahren in der BRD von der Körber-Stiftung begründet. Damit sollen Forschungsarbeiten in Europa honoriert werden. Preisträger können nur Autoren von „wissenschaftlichen Arbeiten werden, die einen wesentlichen Beitrag zur Sache der Wahrung der Lebensbedingungen auf unserem Planeten leisten. Die 500 000 DM, die Juri Gleba erhielt, werden für Chemikalien und Ausrüstungen verwendet, die die Durchführung von Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Biotechnologie benötigt werden.

Plattform „Demokratisches Rußland“

Im 411. Wahlkreis des Taganski-Stadtbezirkes von Moskau qualifizierten sich im ersten Wahlgang zwei von neun Kandidaten für den Moskauer Stadtssowjet. Einer davon ist Alexander Berkowitsch.

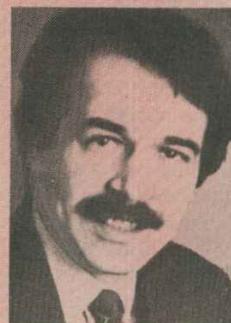
Der 39jährige Kandidat, ein gebürtiger Moskauer, absolvierte die mechanisch-mathematische Fakultät der Lomonossow-Universität. Dr. oec. Berkowitsch arbeitete zwölf Jahre lang an der Universität und wechselte 1985 zur Hochschule für Weiterbildung des Ministeriums für Nachrichtenindustrie der UdSSR über. 1988 gründete er eine wissenschaftlich-technische Genossenschaft, später einen staatlichen wissenschaftlichen Kleinbetrieb, dessen Direktor er ist, und ein sowjetisch-italienisches Marketing-Unternehmen. Daneben ist er Vorsitzender des Verbandes von Genossenschaften und Kleinbetrieben an der Taganka.

Berkowitsch unterstützt die Plattform „Demokratisches Rußland“, sein Opponent kommt vom nationalpatriotischen Block, dem die Vereinigte Front der Werktätigen und andere Organisationen angehören, die die „nationalstaatliche Idee“ unterstützen. Beide sind parteilos.

Seinen Entschluß, gleichzeitig für den Moskauer Stadtssowjet und den Stadtbezirkssowjet zu kandidieren, erklärt Alexander so:

„Auf den verschiedenen Niveaus der kommunalen Verwaltung gibt es völlig verschiedene Aufgaben, die unabhängige Lösungen verlangen. Heute wird jedoch alles vom Moskauer Stadtssowjet entschieden, und die Stadtbezirke sind praktisch rechtlos. Die Einkommenssteuer, mit der die Bevölkerung belegt wird, gelangt in den örtlichen Haushalt und muß vollständig an den Moskauer Stadtssowjet abgeführt werden! Von dort kommt sie nach Quoten wieder in die Stadtbezirke zurück! In die Wohngebiete, wo die Menschen am besten wissen, wie ihre Probleme zu lösen sind, gelangen gar keine Mittel. Also muß man die übergeordneten Instanzen bitten, aber dieser Mechanismus funktioniert nicht und kann auch nicht funktionieren...“

Alexander ist der Ansicht, daß eine Dezentralisierung des Haushalts hilft, den Mechanismus der kommunalen Verwaltung zu demokratisieren. Außerdem ist es nötig, die Aufgaben des Moskauer Stadtssowjets und der Stadtbezirkssowjets präzise gegeneinander abzugrenzen. Zu den Aufgaben für ganz Moskau rechnet Berkowitsch die Entwicklung rentabler Industriebetriebe, die Begründung, die Schaffung eines Wohnfonds und kleiner Gewerbebetriebe. Das letzte kann seiner Meinung nach eine ganze Reihe von Problemen lösen, so u. a. die Schaffung von Arbeitsplätzen für Behinderte, kinderreiche Mütter, Rentner und Studenten, also für alle, die unterhalb der Armutsgrenze leben.



Der Politologie-Professor der New Yorker Universität Alexander Janow besuchte erstmals wieder seine Heimat, die man ihn vor 15 Jahren zu verlassen gezwungen hatte.



1978 war in Kalifornien Janows Buch „Die neue russische Rechte“ erschienen. Gegenstand der Untersuchung war die ideologische Formierung von Neokonservativen, deren radikaler Teil, der Meinung des Wissenschaftlers zufolge, zum Faschismus tendiert. Das Buch löste eine Welle der Empörung aus, sowohl bei den Verfechtern der marxistisch-leninistischen Theo-

rie als auch bei den Propheten einer antikommunistischen Revolution. Jetzt wurde zu einem Dissidenten unter den Dissidenten.

Der Autor von „Die Entstehung der Autokratie“ und „Die Russische Idee und das Jahr 2000“ ist nicht nur gekommen, um die Perestroika mit eigenen Augen zu betrachten. Er hat ein Programm mitgebracht, das seiner Meinung nach die Möglichkeit bietet, unverzüglich eine radikale Wirtschaftsreform in Angriff zu nehmen.



Nicht jeder von uns kann sich damit brüsten, „seinen“ Straßenfeger persönlich zu kennen, der für die Sauberkeit rings um das Wohnhaus verantwortlich ist. Viele Bewohner der Puschkin-Straße und des Strastnoj-Boulevard in Moskau können das. Sie haben **Anatoli Wdowytchenko** zum Kandidaten für den Sowjet des Sverdlowski-Stadtbezirks von Moskau nominiert.

Der 42jährige Wdowytchenko hat als Heizer in einer Wäscherei und als Straßenfeger gearbeitet. Seinerzeit hatte er ein Studium an der Bauman-Hochschule aufgenommen, das er jedoch nicht abschließen konnte: Arbeit und Studium ließen sich nicht unter einen Hut bringen. Er wuchs ohne Vater auf. Eine Zeit lang arbeitete er als Taxifahrer, begriß jedoch, daß bei guter Arbeitsorganisation der Beruf eines Straßenfegers viel einträglicher ist. Außerdem hat man mehr Freizeit.

Jetzt arbeitet Wdowytchenko auf einem Aral, wo früher sechs Leute beschäftigt waren. Vor einigen Jahren wollte er zusammen mit seiner Frau einige Häuser übernehmen, einschließlich Säuberung der Territorien und Treppenhäuser aber auch kleiner Reparatur-, Dachdecker- und Klempnerarbeiten. Diese Idee fand keine Unterstützung. Anatoli setzt sich immer noch für das Pachtssystem ein. Das ist seiner Meinung nach die einzige mögliche Maßnahme, um die kommunale Wirtschaftswirtschaft auf ein erträgliches Niveau zu bringen.

Der 20jährige Tennis-Star **Steffi Graf** besucht gern Diskotheken. Ihr gefällt es aber nicht, daß sich viele junge Leute ans Steuer setzen, nachdem sie zuvor Alkohol getrunken haben.



Steffi beschloß, sich an die Spitze der Kampagne „Nicht trinken und fahren“ in der BRD zu stellen. Ihr Ziel ist es, die Zahl der Verkehrsunfälle nach Diskothekenbesuchen zu mindern, die zumeist an Wochenenden passieren. Den Aufruf der jungen Sportlerin unterstützen das Innenministerium von Hessen und einige Firmen,

darunter Opel und Coca-Cola.

Jedes Jahr sterben in der BRD bei Autounfällen etwa 2000 Jugendliche. Die Zahl der Verletzten ist weitaus höher. Meist passiert es nach dem Besuch von Gaststätten, Diskotheken oder Partys. Obwohl die Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren nur 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen, liegt ihr Anteil bei den Verkehrstoten bei 21 Prozent.

Die von der jungen Tennissportlerin initiierte Kampagne wird von bekannten Musikern und Interpreten unterstützt, u. a. von Robin Beck, Les McKeon, Deborah Sasson und Nino de Angelo. Sie propagieren nicht nur das „nüchterne“ Autofahren, sondern auch die in Baisweil gemachte Erfahrungen, wo die Besitzer kleiner

Restaurants und Cafes abends mit Kleinbussen nach Hause fahren.

Steffi Graf, die Wimbledom-Siegerin von 1988 im Einzel und zusammen mit Gabriela Sabatini im Doppel, hat eine Vorliebe für Musik, Krimis und ihren Hund Ben.



Der legendäre Gitarrist **Richie Blackmore** gehört zu den Initiatoren einer Plattenproduktion zugunsten der Erdbebenopfer von Armenien. An dieser Wohltätigkeitsaktion beteiligten sich Musiker von Deep Purple, Queen, Pink Floyd und Black Sabbath. Der 45jährige Richard Mason Blackmore stand an der Wiege von Deep Purple und gehört zu den Pionieren des „schweren“ britischen Rocks, den man heute als „good old hard“ bezeichnet. Der im Leben verschlossene, tolerante und sehr ruhige Blackmore stellt während der Arbeit an andere Musiker unwahrscheinlich hohe Ansprüche. Seine sprichwörtlich gewordene Schürgelei garantiert Richie ein zuverlässiges musikalisches „Hinterland“, ohne das solche Superhits wie „Child in Time“, „Burn“, „The Gates of Babylon“ und „Wasted Sunsets“ nie zu hören gewesen wären.

Korrespondent Nr. 1



Wodurch unterscheidet sich ein guter Journalist von einem schlechten? Die Individualität eines schlechten beschränkt sich auf die letzte Zeile, wo sein Name steht, die eines guten findet sich in jeder Zeile, und bevor man den Namen liest, hat man ihn schon hundertmal erkannt. **Wassili Peskow**, der Korrespondent Nr. 1 der „Komsomolskaja Prawda“, ist unverwechselbar. Seine Naturbegabung, sein Talent, Feder und Objektiv zu kombinieren, und seine jahrelange aufopferungsvolle Tätigkeit lassen ihn heute seinen 60. Geburtstag im Kreise der angesehensten Journalisten der Sowjetunion feiern.

Peskow, das ist eine ganze Epoche in der Geschichte der „Komsomolskaja Prawda“. Die Zeitung hat ihre astronomische Auflagenhöhe von 22 Millionen Exemplaren u. a. ihm zu verdanken. Programmatische Äußerungen des Journalisten, wie „Vaterland“ oder „Der Fluß meiner Kindheit“ haben schon in den schwersten Jahren der Stagnation Probleme aufgeworfen, die heute zu ökologischen Katastrophen eskaliert sind. Mit ruhiger und nachdenklicher Stimme erzählte Peskow Millionen von Menschen von Einfachem und Ewigem, von der Schönheit der Erde, ihren vielgesichtigen Bewohnern, von Leuten, die ehrlich und talentiert arbeiten. Helden hat es auch gegeben: Wassili Peskow war der erste Korrespondent der „Komsomolskaja Prawda“ auf dem Kosmodrom Baikonur Mitte der 60er Jahre. Eine Novellensammlung Peskows mit dem Titel „Schritte durch den Tau“ wurde 1964 mit dem Leninpreis geehrt.

Der unermüdliche Weltreisende, der die ganze Welt von den afrikanischen Wüsten bis hin zum Eis der Antarktis kennt, vermied bei seinen Auslandsreportagen die damals so übliche „Entlarverei“. Das Thema seiner Arbeit läßt sich ganz einfach umreißen: Wassili Peskow schrieb davon, wie die Menschen in verschiedenen Ländern leben. Gerade das hat uns damals so gefehlt, und auch heute reichen die Informationen darüber nicht aus...

Kürzlich ist Wassili Peskow von einer Reise nach Alaska zurückgekehrt. Wir warten auf deinen Bericht, Wasja...

Jaroslaw Golowanow

Außerirdische: Wo seid ihr?

Ist unsere Zivilisation einmalig oder wird es zum Kontakt mit anderen Welten kommen? Die Wissenschaftler der Welt wollen ihre Chance nicht ungenutzt lassen, jedoch mit Sensationen können sie vorerst nicht aufwarten

Der Astrophysiker Dr. nat. habil. **Wladimir STRELNIZKI**, stellvertretender Vorsitzender der Sektion für Kontakte zu außerirdischen Zivilisationen bei der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, antwortet auf Fragen der „Neuen Zeit“

Gestatten Sie eine direkte Frage: Verheimlichen die Wissenschaftler etwas vor uns? Vielleicht haben sie im Kosmos etwas entdeckt, was die übrigen Erdenbürger besser nicht wissen sollten?

Sie machen der heutigen Wissenschaft ein großes Kompliment. Wenn die Wissenschaftler wirklich Kontakt zu Außerirdischen aufgenommen hätten, wäre das ein umwälzendes Ereignis in der Entwicklung unserer Zivilisation, konkret in der Wissenschaft. Leider gibt es bislang keinen Kontakt.

Dennoch stellt die Suche nach außerirdischen Zivilisationen ein wissenschaftliches Problem dar?

Ja, zumindest seit 1959, als in den USA der berühmte Artikel von Cocconi und Morrison erschien. Darin hieß es, daß man mit außerirdischen Zivilisationen über Radiowellen Kontakt aufnehmen könnte, wenn diese über Sender und Antennen vom selben Typ wie auf der Erde verfügen. Diese Autoren gaben auch die Wellenlänge an, die sich ihrer Meinung nach am besten für eine interstellare Funkverbindung eignet: 21 Zentimeter, also die Wellenlänge der Strahlung von Wasserstoff, dem am häufigsten im All vertretenen Element. So formuliert sieht dieses Problem ebenso seriös aus wie beispielsweise das Problem der Gravitationswellen, der Quarks.

Sind die Anstrengungen nicht vergebens? Wenn jemand behauptet, wahrscheinlich gäbe es außerirdische Zivilisationen, können andere doch auch behaupten, wahrscheinlich gibt es keine...

Natürlich, jedes Wahrscheinlichkeitsdenken ist unbestimmt. Aber selbst dann, wenn wir nichts finden, werden unsere Bemühungen nicht vergebens sein. Ebenso wie im Fall der Gravitationswellen, die bisher noch nicht

nachgewiesen werden konnten, werden zur Suche nach Signalen außerirdischer Zivilisationen hochempfindliche Geräte und kreative Aktivitäten entwickelt. Die Wissenschaft hat auf jeden Fall einen Nutzen davon. Den Wissenschaftlern bleibt immer ein „Nebenprodukt“, eine Menge von Entwicklungen, die speziell oder allgemein-praktisch erfolgreich genutzt werden können. Außerdem ist die Suche auch in philosophischer Hinsicht von Bedeutung. Die wichtigste Schlußfolgerung lautet: Unsere Existenz widerspricht nicht den Naturgesetzen. Würde jemand nachweisen können, daß Leben ein Wunder sei, die Ausnahme von der Regel, dann wäre es sinnlos, nach einem weiteren Wunder zu suchen. Das hat aber noch niemand bewiesen, und deshalb kann und muß man sich weiter mit der Suche nach außerirdischen Zivilisationen befassen. Das ist keine Pseudowissenschaft.

Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit eines Kontaktes?

Die Frage muß anders gestellt werden: Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit der Existenz von Planeten mit lebensgünstigen Bedingungen? Wie groß ist die Wahrscheinlichkeit der Entstehung und Entwicklung von Leben auf ihnen? Als Ergebnis bekommen wir eine Potenz dieser Wahrscheinlichkeiten, und da sie sehr gering sind, wird auch das Ergebnis entsprechend ausfallen. Aber die Wissenschaftler schrekt das nicht ab.

Wie erfolgt die Suche?

Es gibt recht viele Verfahren. Das interessanteste daran ist die Ausarbeitung von Strategien. Man stelle sich folgende Situation vor: Es existieren eine Sender- und eine Empfänger-Zivilisation, die beide nichts voneinander wissen. Die Astronomen der Empfänger-Zivilisation richten ihre Teleskope der Reihe nach auf verschiedene Sterne in der Hoffnung, ein Signal zu fixieren, das im selben Augen-

blick in Richtung unserer Sonne gesandt wird. Das ist die Abtastmethode. Die Wahrscheinlichkeit, daß wir unser Teleskop im richtigen Moment auf den richtigen Stern ausrichten, ist zweifellos äußerst gering. Der inzwischen leider verstorben Leningrader Physiker Makowezki offerierte vor 15 Jahren eine interessante Idee, die heute allgemein anerkannt ist. Er sprach von einer Konvergenz der Sende- und Suchstrategien der Zivilisationen, also von einer gegenseitigen Annäherung. Man könnte das so ausdrücken: Sie denken, daß wir denken, daß sie denken, daß wir denken... Es handelt sich also um eine Modellierung eines gegenseitigen Reflexierens, die uns gestaltet, etwas Gemeinsames zu finden. Als Orientierung empfahl Makowezki die Nutzung ungewöhnlicher Erscheinungen in der Galaxis, z. B. die Entstehung oder Zustandsänderung von Sternen. Eine andere Zivilisation wird sie doch auch sehen. Man sollte also die Teleskope in dem Moment auf einen wahrscheinlichen Sender-Stern richten, da das Licht einer Nova oder Supernova diesen erreicht.

Gibt es auch noch andere Strategien?

Ja. Zusammen mit meinen Kollegen L. Filippowa und S. Lichatschow haben wir kürzlich eine neue Idee unterbreitet. Sollten entwickelte Zivilisationen andere Sterne mit scharf gebündelten Laser- oder Radiostrahlen abtasten, wird man diese Signale höchstwahrscheinlich im Raum der Ekliptik fixieren können, also entlang der Himmelslinie, auf der die zwölf Tierkreiszeichen liegen. Man sollte also die Sterne in erster Linie „abhören“, die in der Nähe dieser Linie liegen. Damit würde der Bereich der Suche um ein Vielfaches eingeschränkt.

Das entsprechende Suchprogramm haben wir „Zodiak“ genannt. Nach diesem Programm müßte ein eventueller Sender-Stern über einen gewissen Zeitraum (etwa eine Woche) hinweg „belauscht“ werden, wenn er am Himmel in Opposition zur Sonne steht. Ohne internationale Zusammenarbeit ist das nicht zu realisieren. Wenn ein Patrouillendienst eingerichtet wird, an dem sich die UdSSR, Frankreich, die USA und andere Länder beteiligen, bekommen wir eine reale Chance, ein Signal, sollte es tatsächlich gesendet werden, nicht zu übersehen.

Ist diese Idee im Ausland auf Resonanz gestoßen?



Ja, vor einem Jahr habe ich darüber mit amerikanischen Kollegen gesprochen. Sie zeigten großes Interesse. Gegenwärtig planen wir die ersten gemeinsamen Beobachtungen.

Was schlagen die amerikanischen Astrophysiker Neues vor?

In Amerika beschäftigen sich damit Experten in vielen Spezialobservatorien, aber auch eine Menge Laien, die über äußerst empfindliche Geräte verfügen. Sie beobachten ständig den Himmel und erhalten mehr Informationen als wir. Sie fixieren sehr viele außergewöhnliche Signale. Aber in der Regel lassen sie sich als irgendwelche irdische Störungen identifizieren. Es gibt jedoch eine ganze Menge von Signalen, die sich bisher nicht entschlüsseln ließen.

Bei der ersten Begegnung zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Genf äußerte der USA-Präsident die Idee, daß die USA und die UdSSR ihre Kräfte im Falle einer Invasion Außerirdischer zur Abwehr vereinen sollten. Haben solche Befürchtungen eine reale Basis?

Betrachtet man die Dinge ernsthaft, so werden bereits prinzipielle Maßnahmen zur Vereinigung der Erdenbürger für den Fall einer möglichen Kontaktaufnahme mit außerirdischer Intelligenz getroffen. Es existiert eine Sonderkommission bei der Internationalen Astronautik-Akademie, die sich mit der Frage beschäftigt, was zu tun sei, wenn die Erde Signale einer anderen Zivilisation empfängt. Dabei handelt es sich um ernsthafte Dinge. Wenn die Wahrscheinlichkeit desseins, daß außerirdische Zivilisationen existieren, nicht gleich Null ist, müssen wir uns auf eine mögliche Begegnung vorbereiten.

Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß in jüngster Zeit immer mehr Menschen behaupten, Kontakt zu Außerirdischen auf der Erde aufgenommen zu haben?

Ganz ruhig. Wir haben es hier mit einem völlig anderen Gebiet zu tun. Sie fragen mich danach nicht als Wissenschaftler, sondern als Mensch. Die gesamte Tätigkeit der Kontaktaufnahme zu Außerirdischen auf der Erde liegt vorerst außerhalb der Wissenschaft, obwohl sie einem gewissen Bereich der Kultur zuzuordnen ist. Man kann natürlich nicht hundertprozentig ausschließen, daß derartige

ges tatsächlich geschieht. Hier kommen wir zum Glauben: Glauben Sie diesen Menschen oder nicht? Ich persönlich glaube diesen Mitteilungen nicht. Von den meisten kann ich sogar sagen, daß sie Bluff sind. Selbst die Form dieser Erscheinungen ist oft genug derart, daß das Eingreifen eines Psychiaters angebracht scheint.

Ein Autor schreibt z. B., daß beim Besuch des Landeplatzes die Verschlüsse der Fotoapparate versagten, allerdings schreibt er weiter, daß es ihm dennoch gelungen sei, einige Aufnahmen zu machen. Man darf die Außerirdischen doch nicht für Idioten halten. Wenn sie so mächtig sind, die Verschlüsse von Fotoapparaten zu blockieren, ohne sich den Menschen zu zeigen, warum sollten sie ihre Macht nicht gänzlich nutzen? Mir scheint, der Traum dieser Leute ist es, dieses Thema der Wissenschaft unterzuschieben. Obwohl die Grenzen zwischen Wissenschaft und Pseudowissenschaft fließend sind, gibt es dennoch etwa ein Dutzend Kriterien zu ihrer Unterscheidung. Jeder normale Wissenschaftler fühlt außerdem intuitiv, was zur Wissenschaft gehört und was nicht. Glücklicherweise sind die meisten Wissenschaftler unverbesserliche Skeptiker.

Andererseits kommen in einigen Wissenschaftlern Profi und Banaus gut miteinander aus. Ich kenne einige solcher Leute, die sich sehr für Veröffentlichungen darüber interessieren, wen man zum Mars „mitgenommen“ oder wem man einen Ring aufgesetzt hat. Der Hang der Menschen zu glauben ist offenbar nicht auszurotten. Das hängt mit den Problemen des Lebens und der Hoffnung zusammen, daß irgendwo irgendwer ein Universalmittel für all unsere Nöte hat. Ein Mensch, der unter den Bedingungen des

Informationsmangels über die Welt lebt, denkt sich das Fehlende hinzu. Sonst würde er sich ungemütlich und unwohl fühlen. Eine Möglichkeit, das unvermeidliche Informationsvakuum auszufüllen, besteht in der Annahme, daß es irgendwo im All vollkommene Wesen gibt, die uns kontrollieren, sich jedoch nicht zur Kontaktaufnahme herablassen. So lange aber, bis dieser Kontakt nicht auf wissenschaftlichem Niveau aufgenommen wurde, ist es Unsinn, von diesem Problem als von einem wissenschaftlichen zu sprechen.

Gibt es auch Wissenschaftler, die mit Bestimmtheit sagen, daß ein solcher Kontakt ausgeschlossen ist?

Ja. Zu ihnen gehörte der sowjetische Astrophysiker und Denker Josef Schklowski. Er war der Ansicht, wir seien im All höchstwahrscheinlich allein oder praktisch allein.

Seine Überzeugung beruhte auf astrophysikalischen Beobachtungen. Da es sich bei den meisten Sternen um Doppelsysteme handelt, meinte er, könne es auch keine stabilen Planetenbahnen geben. Sein wichtigstes Argument jedoch lief darauf hinaus, daß die meisten anderen Zivilisationen, wenn sie existieren würden, viel älter wären, denn unsere Sonne ist ein relativ junger Stern. Unter Berücksichtigung ihrer kolossalnen Möglichkeiten müßten sie im Kosmos wahre Wunder vollbringen können. Es dürfte für sie kein Problem sein, die Sterne am Himmel zu Quadraten zu ordnen. Es gibt aber keine Wunder! Was kann daraus gefolgt werden? Schklowski hat meiner Meinung nach die richtige Schlußfolgerung gezogen: Unsere angenommene Einsamkeit darf die Menschen nicht erschrecken, sondern muß ihre Verantwortung für das Schicksal unserer einmaligen Zivilisation erhöhen.

Das Erscheinen des Menschen auf der Erde, scheint mir, ist ein Zufall. Auf der Erde existieren gegenwärtig etwa eine Million Arten von Pflanzen und Tieren. Damit diese Million, darunter auch der homo sapiens, entstehen konnte, mußte mehr als eine Milliarde anderer Arten untergehen. Jemand hat sehr treffend gesagt, die wahren Schöpfer der Evolution seien die Zeit und der Tod. Dank des Zusammentreffens glücklicher Umstände ist auf der Erde Leben entstanden. Ein weiterer wichtiger Zufall und das evolzierende Leben erhielt das mächtige Mittel der Anpassung an die äußere Wirklichkeit wie den Verstand, das abstrakte Denken. Jetzt, da diese Ereignisse stattgefunden haben, sehen sie wie Gesetzmäßigkeiten aus. Es scheint, als sei der Mensch und seine Zivilisation das Ziel des Weltgebäudes. Wir Astrophysiker sehen jedoch, daß es im ganzen All keinen „Fortschritt“ gibt, daß dieser Begriff für die Welt als Ganzes keinen Sinn in sich trägt. Unsere Zivilisation ist als Produkt der Naturkräfte wahrscheinlich einmalig.

**Das Interview führte
Olga Papkowa**



Zeichnung: Hardi Volmer (Tallinn)

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „Neue Zeit“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen.

Die „Neue Zeit“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

- Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
- Association Belge — URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
- Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

- VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Xantener Str. 7
Postfach 10 15 55
4040 Neuss 13
- Lange & Springer GmbH & Co. KG
Postfach 10 16 10
5000 Köln 1
- Kubon und Sagner GmbH
Postfach 34 01 08
8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

- „Sputnik“ International
Vester Voldgade 11
1552 Copenhagen K
- „Akademisk Boghandel“
Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR — alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

- Pegasus Boekhandel
Leidsestraat 25
1017NT Amsterdam
- Swets Subscription Service
347b. Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ
Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

- „Jugoslovenska kniga“,
11 000 Beograd, Trg. Republike,
POB 36
- Prosveta Export-Import Agency,
11 001 Beograd, Terazije 16/1.
- „Mladost“,
Export-Import
41 000 Zagreb, Ilica, 30

- „Drzavna Zalozba Slovenije“,
Export-Import, 61 001 Ljubljana,
Titova 25. P. O. B. 50-1.
- „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz
Ulica Jna 42
71 000 Sarajevo, SFRY
- Knigoizdatelstvo
Makedonska Kniga
Otdelenie za Stranska literatura
Ulica Tiranska b.b.
91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

- Messageries Paul Kraus, Case Postale 2022,
11, rue Christophe Plantin
Luxemburg-Gare

NORWEGEN (132 nkr.)

- „Narvesens“ Info Center
P. O. Box 6125
Etterstad, N-0602, Oslo 6

ÖSTERREICH (400 ÖS)

- „Globus“-Vertrieb ausländischer
Zeitschriften, Höchstädtplatz 3,
A-1206 Wien.
- „Das Internationale Buch“.
Trattnerhof 1,
A-1010 Wien 1

POLEN — Niederlassungen, Postämter
und internationale Presse-
und Bücherclubs

SCHWEIZ (58 SF)

- Cobram, CP 117
CH 1211 Geneve 1MB.
- Pinkus Genossenschaft
Froschaustrasse 7
8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

- PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
- PNS-UED Gottwaldovo nam. 6.
Bratislava

UNGARN — alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

- Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn
Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

- „das europäische buch“
Thielallee 34,
1000 Berlin 33 West.
- Buchhandlung Elwert & Meurer,
Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der oben angeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Fr. / Fa. / Buchhdg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift



SHARTEX QUILTED BEDCOVER



ARTEX (HOLDINGS) CORP., SHANGHAI CO.
1072 Bei Su Zhou Lu, Shanghai, China
Cable: EMBRART Shanghai
Tel.: 3253510
Telex: 33500 CEDAC CN
Fax: 86-21-3246020

UNSER ANGEBOT: GARANTIERTER ERFOLG!

Mit dem selbstfahrenden Mähdrescher „Don – 1500“ ernten Sie schon bei Verluste Getreide-, Bohnen- und technische Kulturen im Mähdreschverfahren durch Aufnehmen von Schwaden.

Die Maschine ist technisch auf höchstem Niveau. Beim „Don – 1500“ werden moderne Erkenntnisse des internationalen Mähdrescherbaus berücksichtigt.

14159 13 100 000 002
UTPATEL, C
1055 3016 4964 MTZR 11

Zur Ausstattung gehören:

- Mäher für 6, 7 und 8,6 m
- Sammelwagen für Stroh und Spelze mit anschließender Verwertung
- Schwadenhaube für Stroh und Spelze
- Häcksler zum Abfüllen der Häckselmasse in den Hängerwagen oder zum Ausstreuen



TECHNISCHE DATEN

Leistung pro Stunde	11,5 – 13,3 t/h
Grundarbeitszeit	162 kW
Motorleistung	13440 kg
Maschinenmasse	1500 mm
Drescherbreite	6; 7; 8,6 m
Mäherbreite	bis 20 km/h
Fahrgeschwindigkeit	



Wir garantieren Service, Ausbildung des Personals und Ersatzteilversorgung

Ihre Anfragen richten Sie bitte an
ROSTSELMASH UdSSR 344701 Rostow-am-Don
ul. Menshinskogo 2
Telefon: 52-10-84, 58-62-14

ROSTSELMASH

